

DIE LINKE. in den Landtag
**Original Sozial –
vor und nach der Wahl**

Landtagswahlprogramm Baden-Württemberg 2011

Inhalt

| | |
|---|----|
| Ein Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit und direkte Demokratie ist nötig – und möglich | 3 |
| 1. Beschäftigung sichern, soziale Spaltung überwinden, Kommunen stärken, Finanzspielräume ausbauen | 6 |
| 2. Gute Bildung für alle – Fördern statt Ausgrenzen | 13 |
| 3. Ohne Frauen ist kein Staat zu machen | 20 |
| 4. Gesundheit ist keine Ware. Für ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben im Alter und im Pflegefall | 22 |
| 5. Willkommen im Einwanderungsland Baden-Württemberg | 27 |
| 6. Diskriminierung bekämpfen – Vielfalt der Lebensweisen fördern – für ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft | 29 |
| 7. Für Demokratie und Bürgerrechte | 33 |
| 8. Für die soziale und ökologische Wende jetzt! | 39 |

Ein Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit und direkte Demokratie ist nötig – und möglich

Baden-Württemberg ist ein Bundesland, das von alten Stärken zehrt. Aber diese Stärken, das macht die Krise deutlich, sind gleichzeitig die Schwächen – bereits heute, erst recht morgen. Das Land ist einseitig auf Automobilindustrie und Maschinenbau ausgerichtet und exportabhängig wie kein anderes Bundesland. Es hat eine schlechte Regierung und im Landtag eine Opposition, die so schwach ist, dass man sie kaum Opposition nennen kann. Die Spaltung der Gesellschaft in Reich und Arm schreitet wie in ganz Deutschland auch in Baden-Württemberg immer schneller fort.

Die von der Regierung Schröder/Fischer verschärfte Politik der sozialen Spaltung durch die Hartz-Gesetze, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die moderne Form der Sklavenhaltung, die sich Zeitarbeit nennt, ist durch die Regierung von CDU und FDP in Baden-Württemberg ungebremst fortgesetzt und weiter vertieft worden. Dabei zeigt die Kombination der Politik der Hartz-Gesetze mit dem von CDU und FDP stur verteidigten dreigliedrigen Schulsystem und der Verweigerung eines ganztägigen Bildungsangebots eine besonders unheilvolle Wirkung. Die soziale Spaltung wird durch das bestehende Bildungssystem zusätzlich verfestigt. Nirgendwo in Deutschland hängen Bildungschancen so sehr von Einkommen und Vermögen der Eltern ab wie in Baden-Württemberg und Bayern.

Auch mit der nahezu totalen Abhängigkeit von der Exportindustrie steht Baden-Württemberg für die Zuspitzung der deutschen Misere. Der Dienstleistungssektor ist vergleichsweise unterentwickelt. Die Entwicklung der Medien-Industrie wurde verschlafen. Bei den Finanzdienstleistungen wird der chancenreiche Sparkassensektor zunehmend durch die miserabel geführte Landesbank belastet. Sie sitzt auf riesigen Beständen so genannter toxischer Papiere, unsicherer Kredite, riskanter Staatsanleihen und Immobilienengagements.

Die lange Zeit von der SPD und den Grünen mitgetragene Politik der Privatisierung des öffentlichen Sektors, der Altersvorsorge und die ursprünglich auch von der SPD befürwortete Einführung von Studiengebühren haben das Land nicht ökonomisch gestärkt, sondern seine Zukunftschancen verringert. Der Verkauf des landeseigenen Energie-Unternehmens und der Technischen Werke der Stadt Stuttgart an den französischen Staatskonzern EDF war eine Fehlentscheidung, die jetzt korrigiert wurde. DIE LINKE begrüßt die Tatsache, dass sich ein Aktienpaket in Höhe von 45 Prozent der Anteile an der EnBW wieder im Besitz des Landes befindet. Sie fordert die Aufklärung über Konditionen und über das Vorgehen von Ministerpräsident Mappus

beim Rückkauf. Sie lehnt aber die Börsenpläne von Ministerpräsident Mappus ab.^[1]

Landesregierung und Landeshauptstadt wollen Milliarden für ein geradezu beispielloses Projekt politischer Fehlplanung – den Tiefbahnhof S21 – investieren. Das erregt zu Recht den Zorn und den Widerstand der Bevölkerung. Bezeichnenderweise wurden und werden sowohl die Misere der Landesbank als auch das Milliardengrab Stuttgart 21 mit Zustimmung der Landes-SPD abgewickelt.

Der von der CDU und FDP massiv betriebene Personalabbau im öffentlichen Dienst zeigt gravierende Folgen, nicht nur bei Schulen, Hochschulen und im Gesundheitssystem, sondern auch bei der öffentlichen Sicherheit. In der Finanzverwaltung wurde Baden-Württemberg geradezu zu einem Paradies für Steuerhinterzieher, hervorgerufen durch mangelnde Kontrolle. Das hinderte die schwäbische und badische Geldaristokratie nicht daran, erhebliche Teile des so erworbenen Geldvermögens in die benachbarte Schweiz zu bringen. Die schwarz-gelbe Koalition wollte den Steuerbetrug auch noch dulden, indem sie sich weigerte, die CD mit den Steuerbetrügern zu kaufen.

Städte und Gemeinden sind nach 25 Jahren neo-liberaler Politik finanziell geschwächt durch Einbrüche der Gewerbesteuererinnahmen, aber auch durch die Verlagerung zusätzlicher Leistungen ohne finanziellen Ausgleich von Bund und Land. Sie sind immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Eine jahrzehntelange rechtskonservative Politik hat dazu geführt, dass Baden-Württemberg in Fragen der Gleichberechtigung von Frauen den Anschluss weitgehend verloren hat. Die Landesregierung propagiert immer noch die Hausfrauen- und Versorger-Ehe, in der sich Frauen »freiwillig« die Haus- und Erziehungsarbeit aufbürden und eine qualifizierte und existenzsichernde Erwerbsarbeit für sie untergeordnete Bedeutung hat.

Baden-Württemberg hat mit 24,8 Prozent den höchsten Anteil von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund. Die Landesregierung hat zwar im Jahr 2008 einen Landesintegrationsplan herausgegeben, betreibt jedoch immer noch keine flächen-deckende und angemessene Integrationspolitik.

Die CDU/FDP verfolgt in Baden-Württemberg eine Innen-, Rechts- und Staatspolitik, die sich am Leitbild eines bevormundenden Obrigkeitsstaates

[1] Formulierung auf Grund der aktuellen Entwicklungen durch den Landesvorstand auf Basis der Beschlüsse des Landesparteitages ergänzt.

orientiert, der die Bürgerinnen und Bürger zu Bittstellern in Bezug auf eigene Rechte und Informationen macht, ihnen misstraut und sie bei wichtigen Entscheidungen möglichst ausschließt. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern bestehen in Baden-Württemberg erhebliche Defizite an Demokratie und Bürgerrechten. Die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung sind gering. Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 hat dies drastisch deutlich gemacht (Heiner Geißler: »Es muss Schluss sein mit der Basta-Politik«).

Auf dem ökologisch entscheidenden Feld der alternativen Energieerzeugung ist Baden-Württemberg Entwicklungsland. Die Stromerzeugung aus Windkraft wurde und wird systematisch blockiert. Deshalb ist Baden-Württemberg bundesweit mit nur 1 Prozent Strom aus Windenergie Schlusslicht. In drei Bundesländern (Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) beträgt der Stromanteil aus Windenergie schon über 35 Prozent.

Den Versuch einiger Stadtwerke, Alternativen zur atomenergieabhängigen Unternehmensstrategie der EnBW zu schaffen, hat die Landesregierung nach allen Regeln der Kunst behindert. Sie gehört zu den entschiedensten Verfechtern der Verlängerung von AKW-Laufzeiten.

Bei den Landwirtschaftssubventionen wird nach dem Gießkannenprinzip verfahren und auf die Durchsetzung ökologischer Standards verzichtet.

Am 1. September 2010 legte die Bundesregierung das so genannte »Sparpaket« vor. Nach jahrelangen Steuersenkungen für Unternehmen, Wohlhabende und Reiche sollen jetzt Millionen und Milliarden Euro ausgerechnet den Arbeitslosen und Lohnabhängigen weggenommen werden. Kurz danach folgte der Entwurf zur »Gesundheitsreform« der Bundesregierung. Sie soll 2011 in Kraft treten. Sie ist neben ihren sozial ungerechten Einzelmaßnahmen die endgültige Aufkündigung der Solidarversicherung. Für Ministerpräsident Stefan Mappus geht das noch nicht weit genug. Er fordert eine weitere Belastung der sozial Schwachen. Das zeigt, was die Wählerinnen und Wähler von einer Fortsetzung der CDU/FDP Politik in Baden-Württemberg zu erwarten haben.

Wofür DIE LINKE steht

Nachdem DIE LINKE bereits im Bundestag, in der Mehrzahl der Landesparlamente, bundesweit und in Baden-Württemberg in Gemeinderäten und Kreistagen vertreten ist, kämpft sie in Baden-Württemberg um den Einzug in den Landtag.

DIE LINKE steht für Alternativen – für eine bessere Zukunft, für demokratische, soziale und solidarische gesellschaftliche Verhältnisse im Land. In den Parlamenten, in Gemeinderäten und Kreistagen tritt DIE LINKE gemeinsam mit gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Bewegungen ein:

- Für ein Leben in sozialer Sicherheit – für die Abschaffung von Hartz IV;
- für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit;
- für Geschlechtergerechtigkeit;
- für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe an;
- für eine armutsfeste gesetzliche Rente – für die Ablehnung der Rente mit 67;
- für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege – medizinische Versorgung und Pflege darf keine Frage des persönlichen Geldbeutels sein;
- 100 Prozent der Bevölkerung in die Sozialversicherungen;
- für ein sozial gerechtes Steuersystem;
- für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg;
- für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft;
- für eine andere, demokratische und soziale Wirtschaftsordnung;
- für eine Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am kulturellen Leben.

DIE LINKE in Baden Württemberg weiß, dass zur Verwirklichung dieser Ziele kapitalistisch bestimmte gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse überwunden werden müssen. Um so entschiedener kann sie aktuell für notwendige strukturverändernde Reformen eintreten und nicht nur für Maßnahmen, die die gegenwärtigen Verhältnisse zementieren. DIE LINKE ist eben nicht der Absicherung und Mehrung persönlichen Reichtums verpflichtet. Deshalb ist sie für eine grundsätzliche Änderung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, für eine stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Reichtum und für eine Umverteilung von oben nach unten. Das ist notwendig für diejenigen, die heute benachteiligt und ausgegrenzt sind und in Abhängigkeit leben und arbeiten müssen. Und es ist vernünftig – auch für diejenigen, denen es besser geht.

DIE LINKE im baden-württembergischen Landtag

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Landespolitik und die geplanten Gesetze und Maßnahmen im Landtag gemessen werden an den Zielen:

- soziale Gerechtigkeit;
- Bildungsgerechtigkeit und gemeinsames Lernen;
- existenzsichernde Arbeit;
- Geschlechtergerechtigkeit;
- mehr Demokratie und eine solidarische Politik im Land;
- Stärkung der Kommunen und Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung;
- sozial gerechte Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben des Landes in Baden-Württembergs Städten und im ländlichen Raum (Krankenhäuser, Schulen, öffentliche Verwaltung, Infrastruktur, Kultur);
- sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft.

Selbstverständlich ist sich DIE LINKE darüber im Klaren, dass sie weder alleine etwas noch sofort alles ändern kann.

Wir wollen schrittweise vorgehen und Schwerpunkte setzen:

- Entschiedener Widerstand gegen jeden weiteren Sozialabbau des Bundes über den Bundesrat; Einführung eines regelmäßigen Armuts-/Reichtumsberichts der Landesregierung; Einführung eines Baden-Württemberg-Sozialpasses;
- für gute Arbeit: bei öffentlichen Aufträgen orts- und branchenübliche Tariflöhne für alle; keine Aufträge an Firmen, die sich nicht an diese Auflagen halten. Für die Beschäftigten: feste Arbeitsverträge nach maximal dreimonatiger Probezeit;
- Stopp des Personalabbaus im öffentlichen Sektor, besseres Angebot in Bildung, Kultur und Gesundheitswesen;
- Bekämpfung der Kinderarmut und Durchsetzung flächendeckender Versorgung mit gebührenfreien Kitaplätzen im Land;
- Einführung eines Schulsystems, das auf längerem, gemeinsamen Lernen, stärkerer Förderung der Kinder und Jugendlichen und völliger Kostenfreiheit bei flächendeckendem ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebot beruht.
- Für das Recht auf einen Ausbildungsplatz;
- Demokratisierung des öffentlichen Sektors, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Erweiterung der Mitbestimmung und die Erleichterung von Volksentscheiden, eine grundlegende Reform des Landeswahlrechts;

- gleiche Rechte und Lebensmöglichkeiten für alle im Einwanderungsland Baden-Württemberg – gleiche Rechte und Chancen für Migrantinnen und Migranten, mehr Schutz für Asylsuchende, Flüchtlinge und für Menschen ohne gesicherten Aufenthalt; Auflösung der Abschiebegefängnisse;
- für ein Landes-Gleichstellungs-Programm mit gezielter Frauenförderung;
- Keine Chance für Rassismus und Neofaschismus; für das Verbot faschistischer Organisationen;
- Transparenz, Öffentlichkeit, Demokratie in der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit des Landes – Reform des Polizei- und des Strafvollzugsgesetzes;
- gezielte Förderung aller Formen alternativer Energieerzeugung verbunden mit der Stilllegung der Atomkraftwerke;
- gezielte Förderung des öffentlichen Verkehrs in den Ballungsgebieten wie in der Fläche und Verzicht auf das Projekt Stuttgart 21;
- mehr Personal in den Finanzämtern, gezielte Verfolgung von Steuerhinterziehung und damit eine nachhaltige Verbesserung der Staatseinnahmen.

Und schließlich:

Nur mit der LINKEN im Landtag wird ein möglicher Politikwechsel zu einem tatsächlichen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit.

Die SPD hat hinreichend bewiesen, dass sie nur unter Druck der LINKEN im Parlament und von Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen soziale Positionen aufnimmt und vertritt. Die Grünen werden diesen notwendigen Druck nicht ausüben, denn soziale Gerechtigkeit, die Bekämpfung von Armut und die Umverteilung von Reichtum ist nicht gerade ihr Hauptanliegen.

Nur der Einzug der LINKEN in den Landtag wird SPD und Grüne vor die Frage stellen, ob sie als unterwürfige Koalitionspartner der CDU existieren oder wirklich eine Politikwende einleiten wollen.

Nur mit der LINKEN im Landtag kommt mehr soziale Gerechtigkeit in die Landespolitik in Baden-Württemberg. Und nur bei der LINKEN gilt: **»Original sozial – vor und nach der Wahl«.**

Stuttgart 21 bedient Profitinteressen

Stuttgart 21 ist nicht wirklich ein Verkehrsprojekt. Es ist mit seinen 100 Hektar frei werdenden Gleisflächen ein Projekt für Immobilienspekulanten.

Es ist ein Projekt zur Bedienung der Profitinteressen vor allem von Banken, Börsenbahn und Baukonzernen. Es geht um Aufträge im Umfang von 10 bis 20 Milliarden Euro. Oder wie der bekannte Krimi-Autor und Stuttgart-21-Gegner Wolfgang Schorlau es ausdrückt: »S21 ist der Transfer von zehn Milliarden Euro an öffentlichen Geldern in private Kassen.«

Und dieser Transfer ist mit einer unglaublichen Zerstörung verbunden. Der denkmalgeschützte Bahnhof wurde und wird teilweise abgerissen. Im Mittleren Schlossgarten sollen 282 bis zu 200 Jahre alte und ökologisch nicht zu ersetzende Bäume abgeholzt werden. Stuttgart ist bereits jetzt die deutsche Hauptstadt der Feinstaubbelastung. Mit Stuttgart 21 hätten wir 10 bis 15 Jahre eine Großbaustelle mit enormen Lärm- und Staubbelastungen. Hinzu kommen die Gefährdung der Mineralquellen und die geologischen Risiken des Untergrunds. Am Ende hätten wir mit dem S-21-Durchgangsbahnhof und seinen Tunneln ein Nadelöhr und damit ein vorprogrammiertes Chaos im Zug- und S-Bahnverkehr.

■ Stuttgart 21 fördert nicht den Schienenverkehr, sondern beschränkt ihn dauerhaft. Wir kritisieren den stetigen Abbau von Schienenkapazitäten durch die Deutsche Bahn AG und die Orientierung auf den Börsengang.

■ Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm bringen unbedeutende Zeitgewinne. Vor allem stehen sie im Widerspruch zum Ziel eines Integralen Taktfahrplans.

■ Stuttgart 21 folgt einem Wachstums-Fetischismus und zielt auf eine bedenkliche Stadtverdichtung – mit mehr Auto- und Flugverkehr und einer

Verschlechterung des Stadtklimas. Geologische Risiken werden ausgeblendet und der Schutz von Natur und Mineralquellen nicht ausreichend beachtet.

■ Stuttgart 21 und die Neubaustrecke sind mit kaum kontrollierbaren Milliardenkosten verbunden. Die Ausgabefreudigkeit von Bund und Land steht dabei in scharfem Kontrast zur Sparwut im sozialen Bereich. Diese Milliarden aus dem Landeshaushalt fehlen bei sozialen Aufgaben, in der Bildung und beim Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in der Fläche.

■ Bei Stuttgart 21 handelt es sich vor allem um eine Macht- und Gewaltdemonstration und um einen verheerenden Umgang mit Tradition, Denkmalpflege und Stadtkultur. Die brutale Räumung des Stuttgarter Schlossgartens am 30. September 2010 mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Reizgas, um illegale Baumfällarbeiten durchzusetzen, muss politische Konsequenzen haben.

■ Stuttgart 21 wurde nicht »demokratisch beschlossen«. Vielmehr wurden Verträge wider Treu und Glauben unterzeichnet. Die Verhinderung eines Bürgerentscheids mit fragwürdigen juristischen Winkelzügen hat der demokratischen Kultur schweren Schaden zugefügt.

*»Nicht die Politik, das Kapital regiert das Land«
(Oskar Lafontaine)*

1. Beschäftigung sichern, soziale Spaltung überwinden, Kommunen stärken, Finanzspielräume ausbauen

Deutschland definiert sich im Grundgesetz als »demokratischer und sozialer Bundesstaat«. In den vergangenen Jahren stand die Politik der Bundes- und der Landesregierung jedoch in krassem Widerspruch zum Sozialstaatsgebot der Verfassung. Der fortgesetzte Sozialabbau hat das Sozialstaatsprinzip ausgehöhlt. Soziale Gegensätze wurden nicht ausgeglichen, sondern verschärft. Die Einkommen und Vermögen drifteten auseinander wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik, die Kluft zwischen Arm und Reich wurde breiter und tiefer. Millionen Menschen erleben den sozialen Abstieg aus der Mittelschicht. Der Anteil der Armen, insbesondere der Kinder, nimmt selbst im reichen Baden-Württemberg erschreckend zu.

Hinzu kommt, dass die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise Baden-Württemberg als stark exportorientiertes, wesentlich von der Automobilindustrie und dem Maschinenbau geprägtes Bundesland besonders hart getroffen hat. Arbeitsplätze wurden und werden abgebaut, wichtige industrielle Kernbereiche sind nach wie vor bedroht. Die Kurzarbeitergeldregelung hat insbesondere die baden-württembergische Industrie vor einem dramatischen Arbeitsplatzabbau

geschützt. Die Krise ist noch lange nicht überwunden, und der Zuwachs an Aufträgen kommt fast ausschließlich aus China und anderen Schwellenländern. Die Landesregierung hat es versäumt, in der Krise einen nachhaltigen sozial-ökologisch verträglichen Umbau der baden-württembergischen Industrie zu forcieren. Eine weitere Chance für die Zukunftsfähigkeit des Landes wurde vertan.

Gescheitert ist eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich die Steigerung der Exporte gefördert und auf der anderen Seite mit der jahrelangen bewussten Senkung der Reallöhne die Binnennachfrage geschwächt hat.

Gescheitert ist eine Arbeitsmarktpolitik, die die steigende Produktivität nicht zur Arbeitszeitverkürzung nutzte und die Gewinne weitgehend den Reichen zuschanzte. Darüber hinaus wird der notwendige sozial-ökologische Umbau von dieser Regierung nicht gewollt.

In den öffentlichen Einrichtungen werden mehr und mehr Arbeitsplätze gestrichen. Den Kommunen wurde durch die Steuerpolitik sowohl rot-grüner als auch schwarz-roter und schwarz-gelber Bundes-

regierungen die finanzielle Grundlage für eine gute, gemeinwohlorientierte Arbeit entzogen. Gleichzeitig bekamen sie mehr Aufgaben auferlegt.

Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die neuen unsozialen Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Bundesregierung, heftig begrüßt vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus, werden die Verarmung der Kommunen und der Schwächsten der Gesellschaft weiter beschleunigen. Selbst in Baden-Württemberg, einem der reichsten Bundesländer, gibt es immer mehr Kommunen, die in finanzielle Not geraten und keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr vorlegen können.

Ausbildungsplätze gehen verloren

Besorgniserregend entwickelt sich die Situation der Ausbildung. Allein in der Metall- und Elektroindustrie wurde 2009 jeder zehnte Ausbildungsplatz gestrichen, und Gleiches wird für das Jahr 2010 erwartet. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich im Öffentlichen Dienst. Das bedeutet nicht nur eine dramatische Einschränkung der Zukunftsperspektiven unserer Jugend, diese Entwicklung steht auch in völligem Widerspruch zum Bedarf an qualifizierten Fachkräften in der Industrie, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Sträflich rächt sich, dass die baden-württembergischen Landesregierungen die Warnungen von Gewerkschaften und Forschungsinstituten vor den Folgen der einseitigen Export- und Automobil-Lastigkeit in den Wind geschlagen haben und nach dem Motto »der Markt wird's schon richten« verfahren.

Arm trotz Arbeit – prekäre Beschäftigung verschlechtert Arbeits- und Lebensbedingungen

Während an vielen Arbeitsplätzen die Menschen unter ständiger Verlängerung der Arbeitszeit und ihr Ausufern ins Privatleben, unter Stress und Überlastung leiden, nehmen die prekären Beschäftigungsverhältnisse zu und wächst der Niedriglohnbereich. Arm trotz Arbeit – darunter leiden auch in Baden-Württemberg mehr und mehr Menschen. Mit Teilzeitarbeit, 400-Euro-Jobs, Befristungen, Leiharbeit, oder gar Ein-Euro-Jobs wird gezielt ein System unsicherer und prekärer Arbeitsverhältnisse aufgebaut. Immer mehr Menschen, die Vollzeit arbeiten, verdienen so wenig, dass sie, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie finanzieren zu können, zusätzlich ergänzendes Arbeitslosengeld II beantragen müssen. Zunehmend nutzen dies Arbeitgeber vor allem im Dienstleistungsbereich als Rechtfertigung, die Löhne weiter abzusenken. Ermöglicht wurde dies durch die Agenda-Politik der rot-grünen Bundesregierung. In keinem anderen Land wuchs der Niedriglohnsektor seither schneller als in der Bundesrepublik. Diesem Lohndumping würde die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes entgegenwirken. Die schwarz-gelbe Bundesregierung lehnt dies ab und fördert somit faktisch Lohndumping auf Kosten der Steuerzahler.

Das will DIE LINKE ändern:

- Gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro einführen;
- Sozialversicherungspflicht für jede Art der Erwerbsarbeit;
- Ein-Euro-Jobs verbieten;
- Leiharbeit abschaffen;
- Kündigungsschutz verbessern, Befristungen auf Ausnahmen beschränken;
- Bekämpfung der Scheinselbständigkeit.

Soziale Gerechtigkeit: Armut bekämpfen

In Mannheim ist jedes vierte Kind arm, in Pforzheim und Freiburg etwa jedes fünfte und selbst in der reichen Stadt Stuttgart jedes zehnte. Durch Entsolidarisierung der Gesellschaft, durch das Ausspielen eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen, wurde und wird versucht, diese Politik mehrheitsfähig zu machen.

DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft. Armut darf es in einem reichen Land nicht geben. Eine Millionärssteuer auf hohe Vermögen, höhere Steuern auf große Erbschaften, ein höherer Spitzensteuersatz und eine Finanztransaktionssteuer sollen die Handlungsfähigkeit von Bund, Land und Kommunen wieder herstellen und zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen.

Aktuell werden den baden-württembergischen Kommunen 80 Millionen Euro durch die Landesregierung vorenthalten, die eigentlich dafür gedacht waren, den gesetzlich garantierten Betreuungsplatz für Kleinkinder gegen zu finanzieren. Solche Maßnahmen treffen vor allem jene Mütter, für die die Wiederaufnahme einer beruflichen Tätigkeit (und damit die eigenständige Sicherung ihres Lebensunterhalts) von einem Betreuungsplatz für ihr Kind abhängen. Alleinerziehende und ihre Kinder sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt.

■ DIE LINKE setzt sich für die Erneuerung und Fortentwicklung der sozialen Sicherungssysteme ein. Wir wollen jedem Menschen ein Leben in Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglichen, denn soziale Sicherheit ist Voraussetzung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die von sozialpolitischen Entscheidungen betroffenen Menschen und ihre Interessenvertretungen sowie organisierte soziale Bewegungen wollen wir stärker in den politischen Entscheidungsprozess mit einbeziehen. Die Bemühungen dieser Organisationen, darunter Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbände, müssen unterstützt werden.

■ Mit ganzer Kraft setzen wir uns in Baden-Württemberg für eine gerechte Sozialordnung und eine Überwindung der sozialen Gegensätze ein. Ein jähr-

licher Armuts- und Reichtumsbericht soll die soziale Lage der Menschen in Baden-Württemberg dokumentieren. Die Ergebnisse dieses Berichts bilden die Grundlage unseres sozialpolitischen Handelns. Wir wollen vor allem die Kinderarmut bekämpfen, deren Ursache häufig in der Arbeitslosigkeit der Eltern liegt.

■ Durch die Agenda 2010 hat sich die Lage der Erwerbslosen drastisch verschlechtert. Hartz IV bedeutet Regelsätze, die das Existenzminimum weder für Erwachsene noch für Kinder sichern – geschweige denn soziale Teilhabe ermöglichen. Wir verurteilen, dass selbst diese Minimalversorgung in vielen Fällen verweigert wird und lediglich Lebensmittelgutscheine ausgegeben werden.

■ Deshalb muss Hartz IV weg. Wir wollen ein Modell einer sanktionsfreien und bedarfsorientierten Grundsicherung. Für entsprechende Bundesratsinitiativen Baden-Württembergs werden wir uns stark machen. Wir lehnen Zwangsumzüge ab. Wir fordern, die als »angemessen« geltenden Mietpreise von SGB-II-Betroffenen an den ortsüblichen Mieten der am Wohnungsmarkt verfügbaren Wohnungen zu orientieren. DIE LINKE wird sich der von der Bundesregierung geplanten optionalen Pauschalierung der Mietkosten entgegenstellen. Wir wollen überdies einen kostenlosen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Vereinen für Kinder aus Hartz-IV-Haushalten und zumindest auch anderen gering Verdienenden.

■ Arbeitslosigkeit abzubauen, bleibt ein zentrales Ziel linker Politik. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist für uns das wichtigste Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. In einem ersten Schritt fordern wir die Absenkung der Wochenarbeitszeit für die Landesbeschäftigten auf 35 Stunden in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen menschenwürdige Arbeit, das Einhalten von Tarifverträgen und einen gesetzlichen Mindestlohn. Wir lehnen Ein-Euro-Jobs mit Nachdruck ab und setzen uns für den Ausbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen ein. Öffentlich geförderte Beschäftigung im Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich werden wir unterstützen.

Darüber hinaus fordern wir zur Überwindung von Armut und Kinderarmut:

■ Elterngeld auch für Hartz IV-Bezieher und -Bezieherinnen;

■ Sozialabgaben (RV-Beitrag) auch für Hartz-IV-Bezieher und sonstige Geringverdiener;

■ Einführung eines Sozialpasses mit Sozialticket, um Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen;

■ Förderung und Ausbau von Erwerbslosenzentren und Erwerbslosenberatung;

■ Kostenloses warmes Mittagessen in den Schulen und Kindertagesstätten.

Bezahlbare Wohnungen schaffen, eine gute Sozialinfrastruktur herstellen

Das Fehlen bezahlbarer Wohnungen für einkommensschwächere Menschen und Familien mit Kindern trägt zu Armut und Kinderarmut bei. Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht den Gesetzen des Marktes überlassen bleiben. Die baden-württembergische Landesregierung hat den sozialen Wohnungsbau jedoch faktisch eingestellt. Mit der Umstellung der bisherigen »Kostenmiete« bei Sozialwohnungen auf eine »Vergleichsmiete« wurde durch die Landesregierung eine Mieterhöhungsspirale ausgelöst, die sowohl die Mieter als auch die Kommunen trifft, da sie einen Teil der Mieterhöhungen über das Wohngeld ausgleichen müssen.

■ Der soziale Wohnungsbau muss dauerhaft wieder belebt werden. Wir unterstützen daher die Forderung des Mieterschutzbundes Baden-Württemberg nach einem sofortigen Wohnraumförderprogramm von 100 Millionen Euro.

■ Wiedereinführung der »Kostenmiete« bei Sozialwohnungen.

■ Einkommensschwächeren Menschen, Familien mit Kindern, Rentnerinnen und Rentnern und Menschen mit Behinderungen muss geeigneter bezahlbarer Wohnraum vorrangig zur Verfügung gestellt werden.

■ Altersgerechtes Wohnen darf kein Privileg für einkommensstarke Schichten bleiben.

■ Wir lehnen die Privatisierung von Wohnungen in öffentlichem Eigentum ab. DIE LINKE will die Zahl der Wohnungen in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum deutlich erhöhen.

■ Die soziale Infrastruktur wie Jugendhäuser, Spielplätze, Schulsozialarbeit, mobile Jugendarbeit muss ausgebaut werden.

■ Das Leben in Mehrgenerationenhäusern und im Betreuten Wohnen muss durch den sozialen Wohnungsbau für alle Menschen finanzierbar sein.

Öffentliche Daseinsvorsorge und Finanzkraft der Kommunen stärken

Städte und Gemeinden sind nach 25 Jahren neoliberaler Politik finanziell geschwächt durch dramatische Einbrüche ihrer Einnahmen, aber auch durch die Verlagerung zusätzlicher Leistungen ohne finanziellen Ausgleich von Bund und Land. Sie sind immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg stellt sich dieser Entwicklung entgegen. Die Kommunen sind Zent-

ren der wirtschaftlichen, sozialen, demokratischen und kulturellen Entwicklung und der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit lebenswichtigen Gütern. Wer die Kommunen finanziell ausblutet, verschlechtert die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung. Alle Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf bezahlbare öffentliche Güter der Daseinsvorsorge. Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst müssen gerade in Krisenzeiten unabhängig von den »Profitaussichten« der Unternehmen gesichert werden.

Seit vielen Jahren beherrscht das neoliberale Credo der Privatisierung öffentlicher Güter die Politik der Landesregierung und eines Teils der Kommunen. Nicht immer konnten Privatisierungen durch den Widerstand der Bürger und Bürgerinnen und der Gewerkschaften und andere soziale Organisationen verhindert werden.

In der Krise hat sich die neoliberale Privatisierungs-ideologie selbst widerlegt. Privat kann es nicht besser als öffentlich. Cross-Border-Leasing-Modelle haben sich ebenso wie »Public-privat-partnership«-Projekte als unsolide und sehr teuer erwiesen. Am Beispiel der baden-württembergischen Energieversorgung kann schnell nachgewiesen werden, dass Stadtwerke billigeren Strom liefern als die EnBW.

Deshalb fordert DIE LINKE eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen. Die EnBW gehört in öffentlicher Hand und muss demokratisch kontrolliert werden. Die Strukturen in der Energiewirtschaft müssen entflochten und dezentralisiert, bereits privatisierte oder teilprivatisierte Stadtwerke rekommunalisiert werden.

Güter der Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit, Mobilität, Pflege im Alter, aber auch die Versorgung mit bezahlbarer Energie und Trinkwasser – gehören in öffentliche Hand!

DIE LINKE ist die einzige Partei, die bei den Landtagswahlen antritt und die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen grundsätzlich ablehnt. DIE LINKE lehnt auch die Umwandlung öffentlicher Betriebe in AGs, GmbHs oder gemeinnützige GmbHs ab. Das ist meist der erste Schritt zur weiteren Privatisierung. Durch diese Gesellschaftsformen können öffentliche Betriebe weitestgehend einer parlamentarischen Kontrolle entzogen werden. Die öffentliche Kontrolle durch die gewählten Gemeinderäte muss gewährleistet sein.

DIE LINKE tritt für bezahlbare, qualifizierte Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind ordentlich zu bezahlen und zu qualifizieren. Die Arbeitsplätze müssen sozial und tariflich reguliert sein. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge ist finanzierbar. Wir leben in einem reichen Bundesland, aber der Reichtum ist falsch verteilt. Die Reichen und die Konzerne müssen sich

durch ihrem Einkommen angemessene Steuern am Gemeinwesen beteiligen.

DIE LINKE im Land fordert:

- Keine weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen;
- Rekommunalisierung privatisierter oder teilprivatisierter Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge;
- Stärkung der Kommunen durch eine bessere Finanzausstattung;
- Die instabile Gewerbesteuer soll zu einer konjunkturunabhängigen Gemeinwohlsteuer weiterentwickelt werden.
- Die geplante Abschaffung der Gewerbesteuer, um die Steuerausfälle dann durch eine höhere Umsatzsteuer zu ersetzen, lehnt DIE LINKE ab. Es darf nicht sein, dass die Verbraucher zu Gunsten der Unternehmen belastet werden.
- Auflösung der baden-württembergischen Landesstiftung. Die freiwerdenden Millionen werden dringend zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge benötigt. Über ihre Verwendung muss in demokratisch gewählten Gremien entschieden werden.
- Die Umsatzsteuerbefreiung kommunaler Ver- und Entsorgungsbetriebe muss beibehalten werden.
- DIE LINKE fordert bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an private Unternehmer die Einhaltung sozialer Standards als zwingendes Vergabekriterium. DIE LINKE setzt sich für ein baden-württembergisches Tariftrueugesetz ein. Ist ein Tariftrueugesetz aus europarechtlichen Gründen nicht zulässig, setzt sich DIE LINKE für Sozialstandards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ein.

Wir streben kurzfristig eine Bundesratsinitiative an, um die katastrophale Finanzlage der Kommunen zu verbessern.

Wirtschaft sozial-ökologisch umbauen

Die baden-württembergische Wirtschaft, insbesondere die Automobilindustrie und die Energiewirtschaft, ist ökologisch und sozial umzubauen. DIE LINKE wird dazu ein Zukunftsgesetz erarbeiten, mit dem der soziale und ökologische Umbau der Gesellschaft für alle Politikbereiche geregelt und begleitet wird.

Arbeitsplätze und Lebensqualität lassen sich nur sichern, wenn jetzt Weichen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung gestellt werden und zugleich dafür gesorgt wird, dass Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten und ausgebaut werden.

DIE LINKE fordert für die Sozial- und Wirtschaftspolitik: Fünf Milliarden Euro für eine bessere Zukunft!

DIE LINKE will ein Zukunfts-Investitionsprogramm von 5 Milliarden Euro. Damit verfolgen wir folgende Ziele:

- Die öffentliche Daseinsvorsorge stärken: Bereits privatisierte Bereiche rekommunalisieren, den Öffentlichen-Personen-Nahverkehr ausbauen, die Gesundheitsversorgung verbessern, in Bildung und Soziales investieren;

- Den ökologischen Umbau voranbringen: Regenerative Energien und energetische Gebäudesanierung ausbauen, neue Technologien erforschen. Die Neuausrichtung der Automobilindustrie oder zumindest erheblicher Teile von ihr auf umweltfreundliche Mobilitätsentwicklung und Produktion sichert Arbeitsplätze und Zukunftschancen.

- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken: Kindertagesstätten und Horte ausbauen und die Situation der Erzieherinnen und Erzieher verbessern.

- Aktive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Erwerbslosen Jugendlichen – allen voran Förder- und Hauptschülerinnen und -schülern, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keinen Ausbildungsplatz bekommen – soll vom Land eine Ausbildungsplatz-Garantie gegeben und so eine Erstqualifikation ermöglicht werden. Die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor muss erhöht werden. DIE LINKE fordert unverändert eine Ausbildungsumlage zur Finanzierung neuer Ausbildungsplätze. Wer nicht ausbildet, muss zahlen.

- DIE LINKE Baden-Württemberg wendet sich grundsätzlich gegen Rüstungsproduktion und Rüstungsexport und wird deshalb nach Wegen suchen, die Rüstungsproduktion im Land in zivile Produktion umzuwandeln.

Überteuerte Kredite und Bürgschaften dürfen Arbeitsplätze nicht gefährden

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gerade in Baden-Württemberg vielen Betrieben große Finanzierungsprobleme gebracht. Klein- und mittelständische Betriebe, die dringend auf bezahlbare Kredite angewiesen sind, um zu investieren oder eine drohende Insolvenz abzuwenden, werden von den Banken abgewiesen oder müssen überhöhte Zinsen zahlen. Der Skandal ist: Die Banken leihen sich bei der Europäische Zentralbank billiges Geld und vergeben es als weit überteuerte Kredite an Betriebe.

Baden-Württembergs Wirtschaftsstruktur ist nicht nur von der Automobilindustrie, sondern auch von Klein- und mittelständischen Betrieben geprägt. Hier steckt innovatives und kreatives Potential. Hier wird die Mehrzahl unserer Jugendlichen ausgebildet.

Zukunftsfonds zum Schutz von Arbeitsplätzen und Betrieben einrichten!

- Zusätzlich zu ihrem Zukunfts-Investitionsprogramm will DIE LINKE einen ebenfalls mit 5 Milliarden Euro ausgestatteten Zukunftsfonds einrichten. Er soll Betrieben einerseits Bürgschaften und günstige Kredite gewähren, um Arbeitsplätze zu sichern, und andererseits den dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben.

- Das Geld soll in einen Landesfonds eingestellt werden. Dieser Fonds soll dazu beitragen, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten und damit gleichzeitig die Finanzkraft der Kommunen zu stärken.

- Die Wirtschaft ist für die Menschen da – mehr Demokratie durch Mitbestimmung!

- Die an kurzfristigen Gewinnen und hohen Profitraten ausgerichtete Logik des Finanzkapitalismus ist äußerst krisenanfällig. Eine andere, an den Interessen der Beschäftigten und der Konsumentinnen und Konsumenten ausgerichtete Wirtschaftspolitik ist nötig. DIE LINKE steht für die Demokratisierung der Wirtschaft. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

- DIE LINKE schlägt vor, Teile der Mittel aus dem Zukunftsfonds in Regionalfonds zu investieren. Das soll Unternehmen helfen, über finanzielle Durststrecken hinwegzukommen oder längerfristige, zukunftsweisende Entwicklungen einzuleiten. Die Allgemeinheit, die dieses Geld aufbringt, ist entsprechend an den Unternehmen zu beteiligen. So können sich die Regionalfonds langfristig refinanzieren und wachsen.

- Die Regionalfonds betreiben eine der Beschäftigung und einer sozial-ökologischen Orientierung verpflichteten Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftspolitik der derzeitigen Landesregierung ist weder geeignet, langfristig Arbeitsplätze zu sichern, noch den erforderlichen sozial-ökologischen Umbau auf den Weg zu bringen.

- DIE LINKE will, dass die Fonds von landesweiten beziehungsweise von jeweils regional zu gründenden Wirtschafts- und Sozialräten verwaltet werden. Sie sollen drittelparitätisch und fachkompetent aus Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften, der Öffentlichen Hand und der Arbeitgeber besetzt sein. Sie sind verpflichtet, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten und neu zu schaffen. Ihre Entscheidungen müssen sich an der sozial-ökologischen Zukunftsfähigkeit vorhandener oder zu schaffender Wertschöpfungsketten orientieren.

Ressourcen schonen – ökologisch wirtschaften!

Eine der wichtigsten Herausforderungen ist der Umbau der Wirtschaft zu einer ressourcensparenden und ökologisch verträglichen Produktionsweise. Die

heutige Wirtschaftspolitik beschränkt sich ausschließlich auf die aktuelle Wettbewerbsfähigkeit und lässt die Frage der Zukunftsfähigkeit außen vor. Ressourcenverbrauch wird als Kostenfaktor gesehen, aber nicht wirklich als künftige Bedrohung wahrgenommen.

Der Aufbau einer Industrie für regenerative Energien, wie er von den Grünen gefordert wird, reicht nicht aus, um unsere Industrie vollständig für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte fit zu machen. Die sonstigen Vorschläge der Parteien in Baden-Württemberg betreffen den sparsameren Umgang mit Ressourcen. Dies ist eindeutig zu wenig. Den Focus auf die Energieversorgung zu legen, täuscht darüber hinweg, dass mit dem Ende der fossilen Energie auch das Ende der Bodenschätze auf uns zukommt. Bereits heute nimmt der Kampf um Bodenschätze zu, bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Deshalb ist Konversion der Industrie auch Friedenspolitik.

DIE LINKE fordert eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik:

- Sie muss zügig den Prozess des sozial-ökologischen Umbaus einleiten.
- Die Entwicklung neuer Energie und fossile Rohstoffe ersetzender Technologien muss staatlich gefördert werden.
- Sie muss die Kommunen in die Lage versetzen, Einkommen und Arbeitsplätze zu generieren.
- Sie muss sozial verträglich gestaltet werden, darf also keine höheren Energie- und Produktpreise für Kleinabnehmer und Kleinabnehmerinnen verursachen.
- Es muss bei allen Produkten und Dienstleistungen die volle Transparenz über die verbrauchte Menge an Energie und nicht nachwachsenden Rohstoffen hergestellt werden. Auf Landesebene erreichen wir dies durch Förderung deklarierter Produkte und Dienstleistungen.
- Das Null-Energiehaus im privaten wie im gewerblichen Gebäudebau muss Normalität werden. Dies muss auch erreicht werden über die Novellierung der Bauvorschriften und durch Landesförderprogramme.
- Ausbau eines steuerfinanzierten und kostengünstigen ÖPNV
- Der Verkehr der Zukunft verlangt intelligente und integrierte Verkehrskonzepte, die Antriebstechnik wird elektrisch sein. Solche Konzepte und Techniken sind mit Priorität zu fördern.
- Rüstungsproduktion in Baden-Württemberg muss auf die Herstellung von allgemein nützlichen und friedlichen Produkten umgestellt werden.

Banken im Visier – gesellschaftliche Interessen vor Bankenprofit!

Der Schutzschirm für die Banken, die uns die Finanzkrise eingebrockt haben, war schnell aufgespannt und selbstverständlich. Über Nacht wurden 480 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Unverständlich ist, dass bis heute keinerlei gesetzliche Vorkehrungen getroffen wurden, um die Bankenmacht und das Finanzgebaren zu kontrollieren. Am Ende, wenn's schief geht, wird alles zulasten der Allgemeinheit gehen.

Die LBBW, die größte deutsche Landesbank, ist Teil des Spiels. Sie musste mit fünf Milliarden Euro vom Land, den Sparkassen und der Stadt Stuttgart gestützt werden, um zu überleben. Infolge der hohen Verluste müssen nun 2500 Beschäftigte, knapp 20 Prozent der Gesamtbelegschaft, bis zum Jahr 2013 aus der LBBW ausscheiden.

Die Parlaments-Parteien CDU, FDP und SPD fordern die Ursachenklärung und Verantwortung für die Milliardenverluste der LBBW im Landtag nicht ein, DIE LINKE wird sie verlangen!

DIE LINKE im Land fordert:

- Die LBBW bleibt ein öffentlich-rechtliches Institut. Sie gehört wie die Sparkassen den Bürgerinnen und Bürgern. Die Forderung der EU-Kommission, die Bank in eine AG umzuwandeln, wird zurückgewiesen.
- Alle Wertpapier- und Kreditgeschäfte inklusive der dazu gehörenden Restlaufzeiten, Risiken und realistischen Bewertungsansätze müssen transparent und detailliert offen gelegt werden. Alle Baden-Württemberger sollten erfahren dürfen, wie ihre eigene Bank mit Geldern umgeht.
- Der Rechnungshof übt als oberste Landesbehörde die so genannte Finanzkontrolle für das gesamte Land aus und wäre daher geeignet, die Kontrollfunktion zu übernehmen.
- Alternativ oder auch ergänzend dazu könnte ein neu zu schaffender Wirtschafts- und Sozialrat im Land die Steuerungs- und Kontrollfunktion übernehmen.
- Die LBBW wie auch die Sparkassen agieren im Rahmen ihres öffentlichen Auftrages. Spekulationsgeschäfte gehören definitiv nicht dazu.
- Die im Landtag beschlossenen Gehälter für Vorstände müssen eingehalten werden.
- Die Beschäftigten haben die Misere bei der LBBW nicht verursacht. Sie müssen deshalb vor Entlassungen geschützt werden. Die Ausbildungsquote darf nicht gesenkt und die Übernahme nach der Ausbildung muss sichergestellt werden.

■ Die öffentlichen Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, dass Erwerbslose, Hartz-IV-Bezieher und -Bezieherinnen ein kostenloses Konto einrichten können.

Finanzierung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsfonds

Das Zukunftsprogramm und der Zukunftsfonds für den sozial-ökologischen Umbau kosten jeweils fünf Milliarden Euro, wobei die 5 Milliarden Euro für den Zukunftsfonds für Bürgschaften und Kredite zur Sicherung von Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt werden, also zurückzuzahlen sind.

Seit 2008 gibt es im Grundgesetz die so genannte Schuldenbremse. Sie schreibt den Ländern vor, dass bis zum Jahr 2019 die Neuverschuldung auf null zurückgefahren wird. DIE LINKE hat diese Regelung immer kritisiert und tritt dafür ein, sie wieder aus dem Grundgesetz herauszunehmen.

Staatliche Mehrinvestitionen erfordern staatliche Mehreinnahmen. Die sind möglich durch:

Die Millionärsteuer:

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Gestalt der Millionärsteuer. Wenn das Vermögen eine Million Euro übersteigt, soll es mit fünf Prozent besteuert werden. Allein mit dieser Millionärsteuer wären Mehreinnahmen von 80 Milliarden Euro bundesweit möglich. Da diese Vermögenssteuer eine Ländersteuer ist, fließt sie direkt in die Kassen der Länder. Damit wären in Baden-Württemberg zusätzliche Einnahmen von etwa zehn Milliarden Euro möglich.

Eine Gemeindegewerbesteuer:

DIE LINKE will die Gewerbesteuer erhalten und zu einer Gemeindegewerbesteuer ausbauen. Alle Betriebe und gut verdienende Selbständige, zum Beispiel Notare und Architekten, sollen in Zukunft einen Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten. Auf Baden-Württemberg umgerechnet sind mindestens 1,4 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen möglich.

Die Erbschaftsteuer:

Rund 200 Milliarden Euro werden zurzeit jährlich in Deutschland vererbt, Tendenz steigend. In Anbetracht der neuen Regelung zur Erbschaftsteuer sind nur noch Steuereinnahmen von ein bis zwei Milliarden zu erwarten. DIE LINKE will mit der Erbschaftsteuer zusätzliche Mehreinnahmen erzielen. Unsere Zielmarke liegt bei einem zusätzlichen Steueraufkommen von acht Milliarden Euro. Da die Erbschaftsteuer auch eine originäre Ländersteuer ist, würde dies für Baden-Württemberg zu Mehreinnahmen von etwa einer Milliarde Euro führen.

Weiterhin streben wir an:

■ Die Zinsen müssen wieder nach den Einkommensteuersätzen besteuert werden.

■ Körperschaften – vor allem GmbHs und Aktiengesellschaften – müssen wieder einen adäquaten Beitrag zum Gemeinwohl tragen. Die Körperschaftsteuer ist auf den Stand vor 1998 anzupassen.

■ Der Spitzensteuersatz ist ebenso auf den Stand vor 1998 anzupassen.

■ Die Einführung der Finanztransaktionssteuer würde das Spekulantentum bremsen und Milliarden-erträge in die Staatskassen spülen.

Allein mit den zuerst genannten drei Steuererhöhungen könnten dem Land Baden-Württemberg zusätzliche Mehreinnahmen von 12,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Kommen weitere steuerpolitische Reformen im Rahmen des steuerpolitischen Gesamtpaketes der Linken hinzu, würde das für Baden-Württemberg bis zu 15 Milliarden Euro Mehreinnahmen bedeuten. Hierzu gehören auch Mittel aus der Auflösung der Landesstiftung sowie Mehreinnahmen aus dem Einsatz von 500 zusätzlichen Steuerbeamtinnen und -beamten. Die durch sie zu erzielenden Steuermehreinnahmen sind mindestens dreimal so hoch wie die Kosten für das zusätzliche Personal.

Das Problem: Die Länder sind bei den Steuereinnahmen komplett von der Bundesgesetzgebung abhängig. Sie haben keine eigene Steuerhoheit. Die Länder können ihre steuerpolitischen Interessen nur über den Bundesrat vertreten. DIE LINKE wird darauf hinwirken, dass die nächste Landesregierung über den Bundesrat eine Initiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem Steuersatz von fünf Prozent ab der zweiten Million Euro Privatvermögen startet. Ebenso sind Initiativen zur Gemeindegewerbesteuer und zur Erbschaftsteuer notwendig.

Generell geht es aber darum, für einen Politikwechsel im Land und im Bund einzutreten. Wenn in Baden-Württemberg Schwarz-Gelb abtritt, wird dies erhebliche Auswirkungen auch auf die Regierung im Bund haben. Selbst wenn ein Regierungsverlust für Schwarz-Gelb in Baden-Württemberg nicht zu einem hinreichenden Politikwechsel führt, wäre damit doch ein wichtiger Schritt getan, um auch im Bund die Mehrheitsverhältnisse zu ändern. Damit wäre perspektivisch auch die Chance gegeben für eine andere Finanzpolitik, die auch die finanziellen Handlungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg im Interesse der Menschen deutlich verbessert.

Bis sich die Finanzierungsbedingungen für Baden-Württemberg durch Bundesgesetze verbessern, müssen die notwendigen Reformen, insbesondere

das Zukunftsprogramm und der Zukunftsfonds für den sozial-ökologischen Umbau, durch Kreditaufnahme finanziert werden. Baden-Württemberg ist in der positiven Situation, dass es selbst mit einer Neuverschuldung von zehn Milliarden Euro nicht einmal den Schuldenstand des Durchschnitts aller Bundesländer erreichen würde.

DIE LINKE würde eine Finanzierung durch höhere Steuern für Reiche und Vermögende vorziehen. Aber bevor nichts unternommen wird, halten wir den Weg einer vorübergehenden Ausweitung der Neuverschuldung für unumgänglich, wenn damit nachhaltige und notwendige Maßnahmen der Zukunftsentwicklung finanziert werden.

2. Gute Bildung für alle – Fördern statt Ausgrenzen

Das Bildungswesen in Baden-Württemberg befindet sich im Umbruch. Die Schul- und Ausbildungszeiten wurden verkürzt, Zeit- und Leistungsdruck enorm erhöht, Schulen geschlossen und die soziale Auslese vom Kindergartenalter an verschärft. CDU und FDP schafften die Chancengleichheit faktisch ab.

Sie fördern Eliteschulen, staatliche Schulen lassen sie ausbluten. Unter dem Deckmantel der Begabtenförderung hängt es wieder vom Geldbeutel der Eltern ab, welche Kinder die besseren Bildungs- und Startchancen bekommen.

Bildung ist die Grundlage für die Zukunft unserer Gesellschaft. Diese Zukunft setzt aufs Spiel, wer die arbeitenden Menschen, die unseren gesellschaftlichen Reichtum erwirtschaften, von der Bildung ausschließt.

Bildung ist für DIE LINKE eine zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung und individuelle Gestaltung des Lebens sowie für ein verantwortliches, solidarisches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft. Bildung eröffnet Wege für die persönliche Entwicklung eines Menschen und für berufliche Perspektiven. Bildung muss allen Menschen frei und in gleichem Maße zugänglich sein.

DIE LINKE tritt für eine grundlegende Wende in der Bildungspolitik ein. Sie steht für ein Bildungssystem, das alle Kinder unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Religionszugehörigkeit oder körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit einbezieht und das jedes Kind individuell ohne Konkurrenz- und Leistungsdruck fördert. Dieses Bildungssystem muss bei der frühkindlichen Bildung beginnen, in Schule, Hochschule, beruflicher Bildung und Weiterbildung fortgesetzt werden und in allen Bereichen gebührenfrei sein.

Gute Kitas braucht das Land!

Mit dem Begriff »Kinderland Baden-Württemberg« gaukelt uns die Landesregierung eine Idylle vor. Auch in unserem reichen Musterlände bedeutet Kinderwunsch erhöhtes Armutsrisiko. Besonders dramatisch ist die Lage für alleinerziehende Mütter und Väter. Fehlende Krippenplätze oder unflexible Öffnungszeiten behindern eine armutsfeste Erwerbstätigkeit.

Eine gute frühkindliche Bildung ist der Schlüssel zu einer positiven Lernentwicklung und kann Benachteiligungen wie beispielsweise Sprachdefizite bei Kindern entgegenwirken. Dazu müssen jedoch Diagnose und Förderung durch gut ausgebildete Erzieherinnen Teil der Kindergartenarbeit werden. Die interkulturelle Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher und eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern fördert Migrantenkinder und verbessert ihre Mitwirkungs- und Entwicklungsmöglichkeiten von Anfang an. Ebenso müssen alle Kinder mit Behinderung einbezogen werden.

Kinder, die eine Krippe besuchen, haben bessere Bildungschancen. Wenn die Kinder schon vor dem dritten Lebensjahr eine Krippe besuchten, schnellte der Anteil von Gymnasiasten unter den Migrantenkindern von 17,2 Prozent auf 26,8 Prozent. Bei Kindern, deren Eltern eine Hauptschule besucht hatten, stieg der Prozentsatz von 11,2 Prozent auf 20,4 Prozent (Bertelsmann-Studie 2008).

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Die Kleinkindbetreuung muss entsprechend dem Bundes-Kinderförderungsgesetz vom April 2008 bis zum Jahr 2013 planmäßig und ohne Abstriche ausgebaut werden. In Großstädten, wo häufig ein Bedarf an Kinderbetreuung besteht, der über der festgelegten Betreuungsquote liegt, sind darüber hinausgehende Kapazitäten zu schaffen.
- Auf kommunaler Ebene ist nach dem Vorbild der Stadt Dormagen eine diskriminierungsfreie soziale Präventionskette (als Präventionsmaßnahme) ab Schwangerschaft/Geburt in den Großstädten Baden-Württembergs für alle Kinder zu entwickeln und einzurichten.
- Der Besuch des Kindergartens muss gebührenfrei sein. Kitas müssen als Bildungseinrichtung anerkannt und als solche vom Land finanziert werden. In einem ersten Schritt streben wir zudem an, dass Bund, Land und Kommunen die Kosten zu je einem Drittel tragen. Wir lehnen jede Gebührenerhöhung ab.
- Die Öffnungszeiten der Kitas müssen sich nach dem Bedarf der Eltern richten. Das darf weder zulasten von Kindergartenplätzen gehen noch die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher verschlechtern.

■ Die Kita-Gruppen müssen verkleinert werden, um eine wirklich kindgerechte Betreuung zu gewährleisten und Erzieherinnen und Erzieher zu entlasten. Ziel ist ein Betreuungsschlüssel von mindestens eins zu neun für Drei- bis Sechsjährige, von mindestens eins zu vier für unter Dreijährige. Eine ausreichende Vorbereitungszeit ist einzuplanen.

■ Das Personal muss durch Studium und Weiterbildung umfassend qualifiziert werden und interkulturelle und sonderpädagogische Kompetenzen erwerben. Das gilt besonders für die Sprachförderung in Kitas, aber auch für die Förderung von Sozialverhalten, Bewegung, Feinmotorik, Kreativität und Denkfähigkeit sowie die Früherkennung von Gewalt gegen Kinder.

■ Für alle Kinder mit sprachlichen Defiziten muss es ausreichende Sprachförderangebote geben. Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund ist eine Chance und muss gefördert werden.

■ Kinder mit und ohne Behinderungen sollen gemeinsam betreut und gefördert werden. Dazu bedarf es außer barrierefreier Räumlichkeiten auch sonderpädagogischer Begleitung und Beratung im Gruppenalltag und für die Erzieherinnen und Erzieher und Eltern. Bei Bedarf werden dem Kind mit Behinderungen speziell ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher zur Seite gestellt.

Schule: Gemeinsam lernen – bessere Chancen für alle

In kaum einem Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so stark über den Bildungserfolg wie hierzulande. Je früher Kinder auf unterschiedliche Schularten verteilt werden, desto schärfer greift die soziale Auslese. Die frühe Selektion ab der 4. Klasse verbaut Kindern mit Migrationshintergrund, Kindern mit Behinderungen und Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten meistens die Chance auf höherwertige Bildungsabschlüsse.

Die Bildungspolitik in Baden-Württemberg ist dadurch geprägt, dass CDU und FDP ihre besser verdienende Klientel bevorzugen. Das sture Festhalten der CDU-FDP-Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem bewirkt ein bildungspolitisches und gesellschaftliches Desaster. Ihre Bildungspolitik gefährdet den sozialen Zusammenhalt und die Grundlagen der Demokratie, sie macht Kinder zu Außenseitern und sie macht Kinder arm, sie macht Kinder krank, setzt Eltern unter Druck und vergiftet das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern.

Kinder aus armen Familien können immer weniger an Ausflügen und Schullandheimaufenthalten sowie am gemeinsamen Mittagessen in der Schulmensa teilnehmen. Unser Bildungssystem züchtet Ellenbogenmentalität und Überheblichkeit bei den »Gewinnern«, während die »Verlierer« nicht selten durch problematisches Verhalten auffällig werden.

Die andauernden Proteste von Schülern, Eltern und Lehrern zeigen eine zunehmende Unzufriedenheit und eine steigende Bereitschaft, sich für Veränderungen einzusetzen. Dadurch vergrößert sich die Chance, das bestehende selektive Bildungssystem grundlegend zu verändern.

Das Land hat bei der Förderung der Kinder von Migrantinnen und Migranten versagt, denn die Leistungsunterschiede steigen während der Schulzeit noch an. Während die Landesregierung von Integration spricht, macht sie die Hauptschule zunehmend zur Restschule für ausländische Jugendliche. Da einerseits der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften sinkt und andererseits nur ein Viertel der Migrantinnen und Migranten eine Lehre antreten kann, ist das eine Bankrotterklärung der Bildungspolitik. Menschenrechte werden verletzt und Zukunftschancen Baden-Württembergs werden verspielt.

Eine Bestandsaufnahme:

Grundschule

Obwohl die Grundschule eine im Kern gut funktionierende Gemeinschaftsschule mit hervorragenden pädagogischen Ansätzen ist, steht sie zunehmend unter Selektionsdruck durch die verbindliche Schulartenzuordnung. Depressionen, Ängste, Selbstverletzungen und andere psychische Auffälligkeiten nehmen massiv zu. Das Sortieren der Kinder in der 4. Klasse verschlechtert das Klima von der ersten Klasse an. Es schafft Ausgrenzung und Auslese von Anfang an, wenn Kinder mit Defiziten nicht gefördert werden. Der zunehmende Druck nimmt den Kindern die Lernfreude und die Kindheit und den Eltern die Freude an Kindern. Er verstößt gegen die Menschenwürde und verletzt Menschenrechte.

Hauptschule und Werkrealschule

Drastisch abnehmende Schülerzahlen zeigen, dass die Hauptschule in der Bevölkerung auf immer weniger Zustimmung stößt. Sie wird zunehmend zu einer Restschule für Kinder mit Migrationshintergrund und solchen aus sozial benachteiligten Schichten. Häufig haben Absolventen und Absolventinnen der Hauptschule auf dem Ausbildungsmarkt keine Chance. Auch die Einführung der neuen Werkrealschule ändert an dieser Benachteiligung nichts: Werkrealschulen machen aus dem dreigliedrigen ein viergliedriges Bildungssystem. Der Abschluss ist mit demjenigen an einer normalen Realschule nicht vergleichbar, verringert aber die Chancen von Hauptschülern noch weiter, in eine Berufsausbildung zu kommen. Ein Werkrealschulabschluss ist dann allenfalls ein »Hauptschulabschluss erster Klasse«. Da Werkrealschulen zwingend zweizügig sein müssen, werden im Lande viele kleine Hauptschulen geschlossen. Hierdurch verlieren selbst große Gemeinden einen wichtigen Teil ihrer kulturellen Identität und ihrer Attraktivität für junge Familien. Durch das Schulsterben auf dem Lande werden Schulwege länger. Dadurch

entstehen unnötige Belastungen für die Schülerinnen und Schüler, für die Umwelt, für die öffentliche Hand und für den Geldbeutel der Eltern.

Realschule

Die Realschule leidet zunehmend unter schlechten Lernbedingungen, die gekennzeichnet sind durch große Klassen und wenig externe Unterstützung. Sie muss immer mehr die Rolle der bisherigen Hauptschule übernehmen. In den Städten steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stark an, ohne dass es Fördermöglichkeiten gibt. Wir meinen: Die Förderung muss sich nach dem Bedarf und nicht nach der Schulart richten.

Gymnasium

Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit um ein Jahr während der Unterstufe führte zu einer massiven zeitlichen und inhaltlichen Überlastung von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern. In der Oberstufe geht es um Spitzennoten, um Studienplätze zu erreichen. Auch die Eltern geraten unter Druck, sie müssen zunehmend Zeit als Nachhilfelehrer, Geld für Nachhilfe, Privatschulen, Zusatzkosten und Fahrkosten investieren.

Sonderschulen

In Baden-Württemberg gibt es neun verschiedene Sonderschularten nach Behinderungen sortiert, mit derzeit über 50 000 Schülerinnen und Schülern. Von ihnen erhalten rund 70 Prozent keinen Schulabschluss. Dies führt zu einer Stigmatisierung, die sich auf das ganze Leben auswirkt. Damit ist Baden-Württemberg Schlusslicht in der Bundesrepublik Deutschland, erst recht im europäischen Vergleich.

Berufliche Schulen

Im Jahr 2009 fielen an den beruflichen Schulen im Schnitt 4,6 Prozent der Unterrichtsstunden aus, in einzelnen Schulen sogar bis zu 20 Prozent. An keiner anderen Schulart ist der Unterrichtsausfall so groß. Es gibt viel zu wenig Förderung und Schulsozialarbeit. Dies führt zu hohen Abbrecher- und Durchfallquoten. Zudem steigt die Nachfrage nach Plätzen an beruflichen Gymnasien. Hier müssen im Sinn der Chancengleichheit dringend mehr Klassen eingerichtet werden.

Auswirkungen des dreigliedrigen Schulsystems

Das dreigliedrige Schulsystem setzt wenig Anreize, Schüler individuell zu fördern, und verhindert den für die Bildung wichtigen soziokulturellen Austausch. Wer den Anforderungen nicht gerecht wird, dem wird häufig der Wechsel an eine andere Schulart nahegelegt, die zu einem geringwertigen Bildungsabschluss führt. Dieses Abschieben auf niedrigere

Schularten hat unter anderem auch dazu geführt, dass heute 22 Prozent mehr Schüler eine Sonderschule besuchen als noch im Jahr 1990.

Dieser Abstieg betrifft insbesondere sozial Benachteiligte und Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Ihnen fehlen zudem im Elternhaus häufig die finanziellen Mittel, um diese Benachteiligungen durch Nachhilfeunterricht abzumildern. Kinder, die schon in ihrer Schulzeit den sozialen Abstieg erleben müssen, verlieren den Glauben an sich selbst. Zudem fehlen ihnen positive Vorbilder in Form von leistungsstarken und leistungsbereiten Mitschülerinnen und Mitschülern. Solche positiven Vorbilder könnten sie am ehesten unter den Schülern finden, die das jetzige Gymnasium besuchen.

Wir fordern:

- Mehr Lehrer und Lehrerinnen und eine echte Krankheitsreserve von mindestens fünf Prozent;
- eine vom Land finanzierte Ausstattung der Berufsschulen, die mit der technologischen Entwicklung Schritt hält;
- eine neue Förderstruktur durch individuelle Förderpläne und Schulsozialarbeit;
- Fremdsprachenunterricht auch für alle Teilzeitberufsschülerinnen und Teilzeitberufsschüler;
- den Rechtsanspruch auf einen Platz an einem wohnortnahen beruflichen Gymnasium.

Wofür DIE LINKE steht:

Eine Schule ohne Angst

DIE LINKE tritt für eine Gemeinschaftsschule ein, die Spaß macht. Sie soll Neugier und Motivation wecken und Schülerinnen und Schüler zu Kritikfähigkeit und starken Persönlichkeiten erziehen, indem sie individuelle Förderung und Wertschätzung erhalten. In einer solchen inklusiven Gemeinschaftsschule können alle Schülerinnen und Schüler, auch mit Lern-, Körper-, Sinnes- und psychischen (sozialen) Behinderungen, bis zum 10. Schuljahr gemeinsam ohne Noten und Selektionsdruck lernen.

Soziale Schulen

In sozialen Schulen erleben Schülerinnen und Schüler Gemeinschaft und erlernen die Übernahme von Verantwortung. Die dafür am besten geeignete Schulform ist die Ganztagschule. Denn durch sie entsteht Zeit für eine andere Lernkultur. Der Stundenplan kann so gestaltet werden, dass Zeit für individuelle Förderung, für die Arbeit an Projekten, für kulturelle und sportliche Angebote entsteht und sich Phasen von Anspannung und Entspannung sinnvoll abwechseln. DIE LINKE setzt sich für einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagschule ein und will,

dass Ganztagschulen als Regelschulform im Schulgesetz verankert werden. DIE LINKE fordert, dass alle Schulen, die Ganztagschule werden wollen, vom Land die nötigen finanziellen Mittel für Umbau und Personal erhalten.

Zu Ganztagschulen gehört das gemeinsame Mittagessen. Niemand darf ausgeschlossen werden. Das Mittagessen in Ganztagschulen und Kitas muss genauso gebührenfrei sein wie erforderliche Betreuungsangebote vor und nach dem Unterricht (bisher »Kernzeit«).

Zum verfassungsmäßigen Recht auf gebührenfreien Unterricht gehört die Übernahme der Schülerbeförderungskosten durch Schulträger und Land. An Schulen entstehende Kosten dürfen nicht zur weiteren Verarmung beitragen. Lernmittel und alle Angebote einer Ganztagschule müssen unentgeltlich sein.

Eine Schule der Demokratie – eine Schule in Selbstverwaltung

Bildung dient der Herstellung von Zusammenhalt, Solidarität und der Beteiligung der Menschen an der Gestaltung ihrer Lebensumstände, der Demokratie. Daher muss sie selbst nach diesen Prinzipien aufgebaut sein. Klassenräte, Schul- und Hochschulversammlungen sind zentrale Instrumente der direkten Demokratie und unabdingbare Bestandteile guter Bildung.

Schul- und Hochschulleitungen werden von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, Eltern und Lehrkräften auf Zeit gewählt. Sie wiederum wählen die Vertreterinnen und Vertreter der Schulaufsicht. Auf Landesebene streben wir einen Landesschulrat an, der aus gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Betroffenen besteht und im Rahmen der Verfassung und der Gesetze weitgehende Selbstverwaltung des Schulwesens ausübt.

DIE LINKE wird im Landtag einen Gesetzentwurf zum Schulgesetz mit folgendem Inhalt einbringen: Beurlaubungen vom Unterricht sind in besonders begründeten Einzelfällen auf Antrag möglich. Dazu gehören auch Schüleraktivitäten, die darauf abzielen, in Grundgesetz und Landesverfassung verankerte Werte und Grundrechte wie Frieden, Demokratie, Umweltschutz, Solidarität und Meinungsfreiheit durchzusetzen. Widerspricht die Schulleitung einem Antrag, so kann die Schulkonferenz zur abschließenden Entscheidung angerufen werden.

Freiheit für regionale Schulentwicklung – Schulreform durch Bürgerinitiative

Wir setzen uns ein für eine wohnortnahe Gemeinschaftsschule und unterstützen Kommunen und Elterninitiativen, die ein längeres gemeinsames Lernen und »Eine Schule für alle« bis Klasse 10 anstreben. Jede Kommune kann weiterführende Schulen bei einer Mindestgröße zu einer Gemeinschaftsschule erklären. Eine Privatisierung von Bildung lehnen wir ab, da sie zur Entsolidarisierung führt. Schul-

modelle in genossenschaftlicher Trägerschaft können aber als öffentliche Schulen anerkannt und wie sie finanziell unterstützt werden.

Bildung – frei von militärischer und wirtschaftlicher Einflussnahme

Die Landesverfassung ist unmissverständlich: Die Jugend ist »zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe« zu erziehen. Wir werden beantragen, den Kooperationsvertrag zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr zu kündigen. Darüber hinaus fordern wir ein generelles Verbot von Bundeswehrvertretern in Schulen und in der Lehreraus- und fortbildung. Schulpraktika und Klassenfahrten zu militärischen Standorten sowie zu Rüstungsbetrieben sollen ausgeschlossen werden. Zudem sollen baden-württembergische Schülerinnen und Schüler nicht weiter mit Unterrichtsmaterialien, die vom Verteidigungsministerium oder der Bundeswehr produziert werden (wie zum Beispiel die Materialien von »Frieden und Sicherheit«) unterrichtet werden. Nach dem Motto »Kontakt schafft Sympathie« sponsern auch Wirtschaftsunternehmen Unterrichtsmaterialien. Sie versprechen sich künftig die Kundschaft der Schülerinnen und Schüler, zudem werben wirtschaftliche Meinungsmacher auch für politische Ausrichtungen und Ideen. DIE LINKE fordert ein Verbot solcher Unterrichtsmaterialien an Schulen, da Schülerinnen und Schüler nicht von Wirtschaftsunternehmen, die nur Interesse an deren Kaufkraft und späterer »Wirtschaftstauglichkeit« haben, manipuliert werden dürfen.

Ausreichende Unterrichtsversorgung – kleinere Klassen

Der chronische Unterrichtsausfall ist ein Skandal. Schuld ist nicht die Fortbildungsbereitschaft der Lehrkräfte, die unterstützt werden muss. Ein Skandal ist die Kürzung der Mittel für Fortbildung. Nur durch eine ausreichende Lehrkräftereserve von fünf Prozent kann der Unterrichtsausfall begrenzt werden. Fehlende Förderstunden zwingen die Eltern zunehmend, teure Nachhilfe in Anspruch zu nehmen. Wenn 2009 trotzdem über 2500 Grundschullehrkräfte arbeitslos wurden, ist auch dies ein Skandal. Nur die anhaltenden Proteste von Eltern, Schülerinnen und Schülern und GEW haben dazu geführt, dass der Klassenteiler in der Grundschule von 31 auf 28 abgesenkt wurde. Doch auch 28 Kinder sind in einer ersten Klasse völlig unvertretbar. Wir unterstützen weitere Protestmaßnahmen. 20 Schülerinnen und Schüler sind genug!

Die Ausbildung der Lehrkräfte muss gleichwertig sein. Lehrkräfte mit Migrationshintergrund müssen als Brückenbauer der Integration wirken, daher setzen wir uns für eine besondere Förderung solcher Lehramtsstudenten und -studentinnen ein. Wir fordern zudem eine Verstärkung der Lehrereinstellung, um der Überalterung der Lehrkräfte entgegen zu wirken. DIE LINKE fordert, dass die pädagogische Arbeit an allen Schulen durch Sozialarbeiter und

Psychologen ergänzt wird, um im Team den zunehmenden sozialen Problemen wie Gewalt, Mobbing, Verweigerung sinnvoll entgegenwirken zu können.

Bildungsinvestitionen als Konjunkturprogramm

Besonders in den Großstädten sind Schulgebäude oft in katastrophalem Zustand. Sanierungsbedürftige Klassenräume und Toiletten sind auffällige Symptome einer Unterfinanzierung. Auch die Schalldämmung und ausreichende Beleuchtung werden oft vernachlässigt. Die Schulbaurichtlinien müssen an pädagogische Veränderungen (Ganztagsschule, offener Unterricht) angepasst werden. Daher ist eine Finanzierungsinitiative für Schulausbau und Schulsanierungen unter Beteiligung des Landes und des Bundes dringend notwendig und darf nicht auf Energiesparmaßnahmen wie beim Konjunkturpaket II begrenzt werden.

Ethik als Schulfach

Wir setzen uns dafür ein, dass Ethik in allen Schularten, Schulen und Klassenstufen als gleichwertiges Wahlfach angeboten wird. Die diskriminierende Gewissensprüfung bei der Abmeldung vom Religionsunterricht lehnen wir ebenso ab wie die Beteiligung der Eltern bei religionsmündigen Schülerinnen und Schülern.

DIE LINKE fordert:

Die landesweite Einführung von Gemeinschaftsschulen wird nicht von heute auf morgen erfolgen können. Bis dahin fordern wir folgende Übergangsmaßnahmen:

- Die Abschaffung der verbindlichen Grundschul- »Empfehlung«. Individuelle Förderpläne und Rückmeldungen sollen in der Grundschule das Notensystem ersetzen. Kinder sollen bis Klasse 10 in Klassenverbänden mit höchstens 20 Schülern lernen dürfen. Gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Stärken (Heterogenität) ist ein Gewinn für alle Kinder. Es muss aber in den höheren Klassen ein Ausgleich geschaffen werden bei Über- oder Unterforderung durch begleitende beziehungsweise klassenüberschreitende Arbeitsgemeinschaften, Förder- und Stützkurse. Inklusiver Unterricht entsprechend Artikel 28 der UN-Charta über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Dazu bedarf es kleinerer Klassen und sonderpädagogischer Unterstützung.

- Ein 10. Schuljahr für alle Haupt- und Werkrealschüler, damit die Chancen der Schwächeren auf eine Berufsausbildung verbessert werden.

- Mittelfristig streben wir die Einführung einer inklusiven Gemeinschaftsschule mit gemeinsamem Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler bis einschließlich zur 10. Klasse an. Die bisherige Sekundarstufe II soll ersetzt werden durch die Einrichtung

von Oberstufenzentren, in denen die bestehenden gymnasialen Oberstufen zusammengefasst werden, um ein breit gefächertes Kursangebot zu gewährleisten. Kurzfristig streben wir die Rücknahme der Schulzeitverkürzung an den Gymnasien (»G8«) an.

- Berufliche Gymnasien brauchen ausreichende Kapazitäten. Es darf nicht sein, dass ein Drittel der Bewerberinnen und Bewerber keinen Platz bekommt, weil der geforderte Notendurchschnitt ständig hochgeschraubt wird. Dies verstößt massiv gegen die Chancengleichheit. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Aufnahme in ein berufliches Gymnasium für alle Absolventen mit einem Mittleren Bildungsabschluss.

Berufliche Bildung verbessern – Weiterbildung fördern

DIE LINKE steht für ein Recht auf Ausbildung. Sie bekennt sich ausdrücklich zur dualen Ausbildung mit einer Regeldauer von drei bis vier Jahren. Ziel der Ausbildung ist es, mit den erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten fachspezifisch, aber betriebsunabhängig einen qualifizierten Beruf ausüben und sich bis hin zu einem Studium weiterbilden zu können.

DIE LINKE lehnt eine Modularausbildung, wie sie ein Teil der Unternehmen in Baden-Württemberg anstrebt, ab. Sie würde ein Baukastensystem bedeuten, nach dem die Geschäftsführungen festlegen, welche Inhalte der Ausbildung für den jeweiligen Betrieb sinnvoll sein sollen. Die Ausbildung und die Entscheidung über ihre Inhalte und Dauer ist Sache der ganzen Gesellschaft, nicht eines einzelnen Unternehmens. Berufsbilder müssen auf der breiten Vermittlung allgemein einsetzbarer Qualifikationen beruhen. Künftig sollen Auszubildende, die nicht in der Lage sind, das Ausbildungsziel in der Regelbildungszeit zu erreichen, weitere Förderung erhalten und ihre Ausbildung gegebenenfalls verlängern können.

Jugendliche aus Migrantenfamilien ohne Ausbildung finden nur schwer Arbeit. Doch gerade sie bilden ein beträchtliches und wichtiges Potenzial für die Gesellschaft von Morgen. Deshalb sollen sie besonders gefördert, begleitet und beraten werden, um einen beruflichen Bildungsabschluss erlangen zu können.

Es gibt einen beunruhigenden Qualitätsverlust bei der dualen Ausbildung. Vor allem in den Dienstleistungsberufen ist zu beobachten, dass Jugendliche und junge Erwachsene als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Ausbildungspläne werden oft nicht eingehalten. Nicht selten gibt es in Dienstleistungsbetrieben mehr Auszubildende als geschultes Personal, das in der Lage wäre, jungen Menschen fachliche Kenntnisse zu vermitteln.

DIE LINKE wird im Landtag einen Entwurf für ein Landes-Ausbildungsplatzumlagegesetz einbringen, wie es sich bereits in der Krankenpflegeausbildung in Baden-Württemberg bewährt hat.

DIE LINKE fordert:

- Eine festgelegte Quotierung zwischen Auszubildenden und Ausbilderinnen oder Ausbildern. Die Quoten sollen für die einzelnen Branchen von Gewerkschaften und Unternehmen festgelegt werden.
- Die Verpflichtung eines jeden Ausbildungsbetriebs, das Ausbildungspersonal regelmäßig berufsfachlich und pädagogisch zu schulen.
- Die Umsetzung des Grundsatzes, dass für 100 angehende Auszubildende mindestens 120 Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen müssen. Das Land muss mehr überbetriebliche Ausbildungsplätze anbieten, um diesen Grundsatz umzusetzen. Produktions- und Dienstleistungsunternehmen aller Art, die keine oder zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, müssen eine Abgabe entrichten.
- Die Förderung lebenslangen Lernens durch Einführung großzügiger Regelungen für Bildungs- und Qualifizierungsurlaub. Dazu gehört ebenso das Bereitstellen von Landesmitteln, um die berufliche Weiterbildung weit stärker als bisher zu unterstützen.
- Bezahlten Bildungsurlaub zur beruflichen und politischen Bildung für alle arbeitenden Menschen durch ein Landesbildungsurlaubsgesetz, wie es in vielen anderen Bundesländern seit langem gängig ist. Bildungsgebühren in der Erwachsenenweiterbildung müssen genauso wie Studiengebühren entfallen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Weiterbildung neben Kitas, Schule, beruflicher Bildung und Hochschule als fünfte Säule des Bildungswesens und als öffentliche Aufgabe anerkannt wird. Außerdem sollen für die in der Weiterbildung beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer dieselben sozialen Standards gelten wie für andere.

Für eine kritische Hochschule: selbständig denken und fragen lernen

Die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks hat zum wiederholten Mal gezeigt, wie stark die soziale Selektion im Bildungssystem ist: Während 71 Prozent der Kinder von Akademikerinnen und Akademikern studieren, sind es nur 24 Prozent der Kinder aus einem nicht-akademischen Elternhaus. Wenn die Studierendenzahlen in Baden-Württemberg steigen, so aufgrund derjenigen, die über einen entsprechenden finanziellen und kulturellen Hintergrund verfügen. Nicht nur die zunehmende Privatisierung der Bildungsausgaben, insbesondere durch Studiengebühren, hat daran ihren Anteil, sondern maßgeblich auch der enorme Erfolgsdruck und der Drang zur wirtschaftlichen Verwertbarkeit von Wissen. Die Ökonomisierung der Bildung verwandelt ein Menschenrecht in eine Ware.

Studienfinanzierung für ein selbstbestimmtes Leben

Das herrschende System der Studienfinanzierung besteht aus Zuckerbrot (Bafög) und Peitsche (Studiengebühren). Es ist darauf ausgerichtet, Studierende möglichst schnell durch den Apparat Hochschule zu schleusen, um ihre Arbeitskraft mit höchster Rendite zu vermarkten. Für DIE LINKE steht dagegen die persönliche Entwicklung im Vordergrund. Dazu gehört eine ausreichende und repressionsfreie Studienfinanzierung. Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.

Studienreform ausgestalten

Unter dem Deckmantel der Internationalisierung wurde mit der Bologna-Reform die Ökonomisierung der Bildung weiter voran getrieben. Statt internationaler Vergleichbarkeit gibt es jedoch schon gravierende Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern. Viele positive Ansätze wurden im Sinne einer »Effizienzsteigerung« des Ausbildungsbetriebes bereitwillig von CDU und FDP geopfert. Unter diesen Gesichtspunkten ist ein Bachelor-Abschluss oft nicht mehr als ein »besserer Studienabbruch«. Der Bologna-Prozess ist gescheitert. DIE LINKE setzt sich dagegen für eine Studienreform ein, die auch diesen Namen verdient: Im Dialog mit Studierenden und Lehrenden müssen Studieninhalte überarbeitet werden und auf ihre Studierbarkeit und Vergleichbarkeit überprüft werden.

Moderne Hochschulstrukturen für eine exzellente Wissenschaft

Personalstruktur und Mitbestimmungsinstrumente an Hochschulen befinden sich im Wesentlichen noch auf dem Stand von 1848. Durch das elitäre System von Habilitation und Berufung wird vielen hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, insbesondere Frauen, jegliche Perspektive genommen. Aufgrund der etablierten Praxis, in der Wissenschaft grundsätzlich befristet einzustellen, ist keine Karriereplanung möglich. Auf der anderen Seite verlangen immer größere Zahlen von Studierenden und Studienmöglichkeiten deutlich mehr Lehrpersonal. Gleichzeitig wurden die einst vorbildlichen Mittel der akademischen Selbstverwaltung immer weiter ausgedünnt: Nach der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft wurden die Kompetenzen der Senate und Fakultätsräte schrittweise an Vorstände und Aufsichtsräte übertragen. Hinter der angeblichen Selbstbestimmung der Hochschulen steckt in Wirklichkeit eine Fremdbestimmung durch Daimler & Co. – Exzellente Wissenschaft braucht Freiheit und keine Stichwortgeber aus dem Großkapital.

DIE LINKE in Baden-Württemberg fordert:

- Die Verdoppelung des Wissenschaftsetats auf 8 Milliarden Euro;

- ein Sofortprogramm zur Deckung des erhöhten Lehrbedarfs durch den doppelten Abiturjahrgang 2012;
- einen Ausbau von Beratungsangeboten, auch in Zusammenarbeit mit Schulen und Arbeitsämtern;
- ein gebührenfreies Studium – die sofortige Abschaffung aller Studien-, Verwaltungs- und Prüfungsgebühren; Durchsetzung der verfassungsrechtlich garantierten Lehr- und Lernmittelfreiheit;
- die Abschaffung aller Zulassungsbeschränkungen;
- den Master (MA) als Regelabschluss an allen Hochschulen und den Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz;
- Reduktion der studentischen Arbeitslast;
- Förderung von studentischer und wissenschaftlicher Mobilität, kein Zwang zur Mobilität;
- eine Initiative Baden-Württembergs zur Umgestaltung des BAföG zu einer Bedarf deckenden, elternunabhängigen, rückzahlungs- und repressionsfreien Studienfinanzierung als Teil eines umfassenden Sozialsystems;
- Anspruch auf ganztägige Betreuung von Kindern ab dem 3. Lebensmonat für Studierende und wissenschaftlich Beschäftigte;
- Dauerstellen für Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Verwaltung; tarifliche Regelung aller Arbeitsverhältnisse an Hochschulen;
- Modernisierung der Personalstruktur, zum Beispiel über die flächendeckende Einführung von Tenure-Track-Verfahren und Abschaffung der Habilitation;
- das Ende der Fremdbestimmung durch die Kirchen bei Berufungen und Studienordnungen in der Theologie;
- Förderprogramme für die wissenschaftliche Qualifikation von Frauen beziehungsweise Personen mit Migrationshintergrund;
- die Pflicht zur Veröffentlichung aller wissenschaftlichen Erkenntnisse;
- die Einführung von Zivilklauseln (Forschung und Lehre nur für friedliche und zivile Zwecke) in die Grundordnungen der Hochschulen und in das Landeshochschulgesetz;
- ein Betätigungsverbot für studentische Verbindungen;
- die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat;
- Stärkung der akademischen Selbstverwaltung und Demokratie, insbesondere durch die Abschaffung

von Aufsichtsräten, der Erweiterung der Kompetenzen der Senate und Fakultätsräte, die Gleichheit der Wahl aller Hochschulangehörigen.

Jugendpolitik

Erziehung, Bildung, Ausbildung und der Übergang in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis sind unverändert die wichtigsten Säulen für ein gelingendes Hineinwachsen junger Menschen in die Gesellschaft. Jugendpolitik geschieht innerhalb verschiedener Politikfelder, die an zahlreichen Stellen nicht besonders gut aufeinander abgestimmt sind. Besonders dramatisch ist dies beim Auszugsverbot für arbeitslose junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr erkennbar. Während es ein allgemeines Erziehungsziel und zugleich eine Aufgabe der Jugendhilfe darstellt, Jugendliche möglichst früh selbständig und verantwortlich handeln zu lassen, wozu auch die Ablösung vom Elternhaus gehört, verbieten die Regelungen des SGB II (»Hartz IV«), dass unter 25-jährige arbeitslose Menschen – abgesehen von eng umrissenen Ausnahmetatbeständen – aus der elterlichen Wohnung ausziehen.

Auf der anderen Seite können die Städte und Gemeinden als Jugendhilfeträger wegen der zum Teil gravierenden Finanzprobleme der Kommunen immer weniger ihren gesetzlichen Verpflichtungen gerecht werden.

Die jugendpolitischen Forderungen der LINKEN in Baden-Württemberg sind:

- Offene Jugendarbeit, Jugendverbands- und Jugendbildungsarbeit sind unverändert wichtige Bestandteile kommunaler Daseinsvorsorge. Um eine gleichartige Ausgestaltung der Jugendarbeit auch dann zu gewährleisten, wenn die einzelne Kommune zu einer bedarfsgerechten Finanzierung nicht mehr im angemessenen Umfang in der Lage ist, soll künftig der Praxis anderer Bundesländer gefolgt werden, die in Verbindung mit dem Gemeindefinanzausgleich eine Jugendpauschale leisten. Hieraus werden Angebote für Kinder und Jugendliche vor Ort gefördert, so etwa im Bereich der Projektarbeit, der Freizeitgestaltung, des bislang stark vernachlässigten Kinder- und Jugendschutzes, der Jugendbildung und der Jugendsozialarbeit.
- Trotz günstiger Arbeitsmarktprognosen gibt es auch in Baden-Württemberg eine erhebliche Zahl Jugendlicher und junger Erwachsener, deren berufliche und gesellschaftliche Integration dauerhaft gefährdet ist. Zahlreiche Forschungen belegen: Von jenen, die bis zum 25. Lebensjahr noch kein Beschäftigungsverhältnis am ersten Arbeitsmarkt erlangt haben (ausgenommen: Hochschulabsolventinnen und -absolventen), gelingt dies nur noch jeder und jedem Neunten. Daraus folgen langfristige Kosten und oftmals eine Bündelung sozialer Schwierigkeiten. Aus den Erfahrungen, dass sich die Vorrangstellung des SGB II (»Hartz IV«) für

Jugendliche und junge Erwachsene in nunmehr sechs Jahren nicht bewährt hat, soll das Verhältnis von Arbeitsförderung und Jugendhilfe für besonders gefährdete Jugendliche neu bestimmt werden. Die Angebote der Jugendsozialarbeit nach SGB VIII sollen für diese jungen Menschen den Eingliederungsleistungen des SGB II beziehungsweise des SGB III vorgehen.

■ Da absehbar ist, dass die für Jugendhilfe zuständigen Kommunen eine derart veränderte Aufgabenstellung nicht eigenständig finanzieren können, müssen sich die Bundesagentur für Arbeit und die Träger der Grundsicherung an den Kosten beteiligen.

■ Seit 2008 fällt die Landesregierung mit dem Verzicht auf eine Jugendhilfeberichterstattung hinter die Standards der anderen Bundesländer zurück. Das zuständige Ministerium hat dieser fachlich gebotenen Aufgabenstellung künftig wieder nachzukommen.

■ Das Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (LKJHG) wurde letztmals am 4. Mai 2009 in einer geänderten Fassung vorgelegt. Es ist dringend zu überarbeiten, da es an mehreren Stellen nicht mit geltendem Bundesrecht in Einklang steht. So wurde beispielsweise vergessen, das bereits 2005 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetz (KICK) zu berücksichtigen.

3. Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

DIE LINKE steht für eine engagierte Frauenpolitik auch in Baden-Württemberg. Wir streben eine demokratische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung an und bekämpfen die patriarchale Kultur, in der die Leistung und Arbeit von Frauen ausgebeutet und gering geschätzt wird. Die Gleichberechtigung von Frauen zu verwirklichen, ist vorrangiges Ziel unserer Politik.

Eine jahrzehntelange rechtskonservative Politik in Baden-Württemberg hat dazu geführt, dass Baden-Württemberg in Fragen der Gleichberechtigung von Frauen den Anschluss weitgehend verloren hat. Die Landesregierung propagiert immer noch die Hausfrauen- und Versorger-Ehe, in der sich Frauen »freiwillig« die Haus- und Erziehungsarbeit aufbürden und eine qualifizierte und existenzsichernde Erwerbsarbeit als zweitrangig ansehen sollen. Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten auf der einen und schlecht bezahlte Teilzeitjobs auf der anderen Seite zwingen Frauen in Baden-Württemberg dazu, anspruchsvolle Berufspläne und finanzielle Eigenständigkeit bei einem Kinderwunsch hintenan zu stellen.

Die Situation von Alleinerziehenden in Baden-Württemberg – heute etwa jede sechste Familie, Tendenz steigend – ist schlecht: Ihr Armutsrisiko ist besonders hoch, sie sind stark überlastet und haben einen weit geringeren Lebensstandard als die durchschnittliche Bevölkerung. Fast 90 Prozent der Alleinerziehenden sind weiblich. Die baden-württembergische Sozialministerin Monika Stolz hat im Bundesrat beantragt, den staatlichen Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende, die mit einem neuen Partner zusammenleben, zu streichen. Das trifft gerade Alleinerziehende mit kleinem Einkommen. DIE LINKE fordert mit Nachdruck, dass der Unterhaltsvorschuss bei Bedarf bis zum 18. Lebensjahr des Kindes gezahlt wird (bisher 72 Monate und höchstens bis zum 12. Lebensjahr).

Die Leistung und Arbeit von Frauen bei der Erziehung und Sorge wird auch in den Pflege- und Erziehungs-

berufen ausgenutzt, was sich an den niedrigen Löhnen in diesen Bereichen zeigt. Eine ernsthafte Förderung von Frauen ist von der baden-württembergischen Landesregierung politisch nicht gewollt, ganz gleich ob es um berufliche Motivierung von jungen Frauen in naturwissenschaftlich-technische Berufe oder in Führungspositionen geht oder um Unterstützung von Familien, die sich die Elternarbeit wirklich partnerschaftlich teilen wollen.

Ergebnis dieser Politik ist unter anderem, dass Frauen im Industrieland Baden-Württemberg besonders von Altersarmut bedroht sind. Mit 520 Euro beziehen sie nur halb so viel monatliche Rente wie Männer (1055,39 Euro) und weniger als Frauen im Bundesdurchschnitt. Migrantinnen als Angehörige einer doppelt benachteiligten Gruppe finden immer schlechter eine existenzsichernde Arbeit.

Seit Jahrzehnten kämpfen Frauen in verschiedenen Organisationen auch in Baden-Württemberg für politische Veränderungen, für Frauenhäuser und Notrufe sowie für Selbsthilfe- und Beratungseinrichtungen. Feministische Konzepte und Aktivitäten liefern wesentliche Impulse für die Friedens- und Ökologiepolitik. Diese in der Frauenbewegung der siebziger Jahre entstandenen Gruppen, Projekte und Einrichtungen arbeiten in Baden-Württemberg schlecht oder gar nicht bezahlt und stehen auf den Kürzungslisten zumeist ganz oben.

Ziel feministischer Politik der LINKEN ist, ein anderes Verständnis für alle gesellschaftlich wichtigen Aufgaben, Arbeiten und Bereiche zu entwickeln und damit einem veränderten, partnerschaftlichen Verhältnis der Geschlechter näher zu kommen. Auch in Baden-Württemberg setzen wir neue Maßstäbe in der Politik, indem wir uns nicht an frauenfeindlichen Familienmodellen orientieren, sondern verschiedene Lebensformen von Generationen, Wahlverwandtschaften oder Einzelnen – mit oder ohne Kinder – fördern und absichern.

Das steht Frauen zu:

- Alleinerziehende haben Anspruch auf ein sicheres Einkommen und eine planbare Zukunft für sich und ihre Kinder;
- alterssichere Rente für alle Frauen;
- Frauen brauchen sichere und existenzsichernde Arbeitsplätze – das gilt für die Hartz-IV-Bezieherin ebenso wie für Frauen mit Migrationshintergrund, für Frauen in der Erziehung, im Einzelhandel, in der Pflege, in der Gastronomie und in Putzdiensten.
- Recht auf eine freie Wahl der Berufsausbildung – unabhängig von Herkunft und Religion;
- Sicherheit vor Gewalt und sexistischen Übergriffen;
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit; sozialversicherungspflichtige, unbefristete und gut bezahlte Beschäftigung für alle und Abschaffung von Lohndiskriminierung;
- die flächendeckende Einrichtung, der Erhalt und Ausbau von Gleichstellungs- und Beratungsstellen;
- Förderung von Projekten für eine Veränderung des geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens von Frauen und Männern sowie zur Motivation für die partnerschaftliche Übernahme von Verantwortung in Beruf und Familie;
- verbindliche Vorgaben zur Durchsetzung von Gleichstellungsprogrammen;
- die Förderung und Absicherung von bestehenden und neuen feministischen Projekten von der Mädchen-Webseite über Genderforschung bis zur Seniorinnen-WG;
- Einrichtung von Landesprogrammen zur beruflichen Förderung speziell von Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erfahren, zum Beispiel Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen nach der Familienphase oder Frauen mit Behinderungen.

Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen

Frauen sind im öffentlichen und privaten Raum vielfältigen Formen von physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt. Das reicht von Vergewaltigungen über Zwangsehen und Misshandlungen im sozialen Nahraum bis hin zu Belästigungen am Arbeitsplatz oder zu sexuellen Übergriffen in Einrichtungen wie Heimen oder Krankenhäusern. Sexuelle Gewalt ist patriarchale Gewalt. Um Mädchen, Jungen und Erwachsene vor ihr zu schützen, hilft keine Sicherheitsverwahrung für die Täter, sondern nur eine ernsthafte gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Gewalt, mit männlicher Gewaltbereitschaft als Teil des traditionellen Rollenverständnisses und mit sexualisierter Gewalt als Form der Machtausübung.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern und unbürokratische, ortsungebundene und zuzahlungsfreie Aufnahme von Frauen und Kindern in Not; Aufstockung der Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt gegen Frauen; bessere Hilfen und Bleiberecht für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, die Gewalt erfahren haben;
- Stärkung der Opferrechte (zum Beispiel durch die Absicherung der ausländer- und sozialrechtlichen Stellung der Betroffenen) sowie die Gewährleistung von Opferschutz;
- mehr Schutz für Frauen, die von Gewalt bedroht sind, und konsequente Strafverfolgung von Menschenhandel und Zwangsprostitution;
- die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen und Frauen in besonderen Abhängigkeitsverhältnissen;
- ein umfassendes Konzept zur Gewaltprävention durch Information, Aufklärung und Forschung auf allen Ebenen.

Wir brauchen mehr demokratische Willensbildung und Demokratie in Baden-Württemberg. Dazu gehört, dass Frauen in allen Entscheidungsgremien von Politik, Wirtschaft und Verwaltung gleichberechtigt und kompetent vertreten sein müssen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg fordert:

- eine Quote von 50 Prozent Frauen vor allem in Entscheidungspositionen im Zuständigkeitsbereich des Landes;
- flächendeckende Einstellung von hauptamtlichen Frauenbeauftragten, Erhöhung ihrer Kompetenzen und Verabschiedung eines landesweiten Aufgabenprofils;
- Novellierung des Gleichstellungsgesetzes sowie des Vergabegesetzes zur Absicherung der Frauenförderung;
- mehr Geld für autonome Frauen- und Lesbenprojekte;
- Bei allen frauenpolitischen Forderungen ist die besondere Situation von Frauen mit Behinderungen einzubeziehen. Die volle Inklusion von Mädchen und Frauen mit Behinderungen in alle Daseinsbereiche ist ein zentrales Anliegen der Partei DIE LINKE. Wir setzen uns für umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein.

Eine feministische Perspektive für alle Menschen

DIE LINKE Baden-Württemberg verfolgt eine langfristige Politik der schrittweisen Veränderung der Gesellschaft hin zu einem solidarischen und

herrschaftsfreien Zusammenleben. Auch auf Landesebene leiten uns folgende Ideen:

- Ein neues Verständnis von Arbeit mit radikaler Arbeitsumverteilung;
- die Entwicklung demokratischer Politik von allen für alle;

■ Bildung und Zeit für persönliche Entwicklung für jeden Menschen;

- die liebevolle, verantwortliche und gemeinschaftliche Ausgestaltung der Aufgaben und Arbeiten, die für das Leben der Generationen und für menschliches Zusammenleben wichtig sind.

4. Gesundheit ist keine Ware. Für ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben im Alter und im Pflegefall

Für ein solidarisches Gesundheitssystem

Gesundheit ist Menschenrecht. Sie zu schützen, wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern ist als Teil der Daseinsvorsorge eine öffentliche Aufgabe. Niemand darf auf Grund seiner sozialen Herkunft, seines Einkommens, Vermögens oder sonstiger sozialer oder persönlicher Merkmale von Gesundheitsleistungen ausgeschlossen werden. Ziel linker Gesundheitspolitik ist ein unter Beteiligung aller Betroffenen zu schaffendes Gesamtkonzept »Gesundheit in Baden-Württemberg«. Wir setzen uns ein für eine an den Menschen ausgerichtete Vorsorge, heilende Medizin und Nachsorge in öffentlicher Verantwortung und in öffentlicher Trägerschaft.

Das Gesundheitssystem in Baden-Württemberg ist jedoch heute mehr denn je von neoliberaler Politik geprägt: Statt die beste Qualität zu fördern, werden Gewinnerwartungen geweckt und Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen privatisiert. Der angeheizte Wettbewerb um »gute Risiken« und die Bewertung eines durchschnittlichen »Marktwerts« von Kranken und Krankheiten fördert die Haltung: »Was sich nicht rechnet, wird nicht gemacht.« Dies grenzt nicht nur »unrentable« Patienten, Alte, chronisch Kranke, Arme und Behinderte aus, sondern führt auch zu einer rücksichtslosen Ausbeutung aller, die in Krankenhäusern, Polikliniken, Arztpraxen oder Pflegeeinrichtungen tätig sind. Gleichzeitig wird Leistungsabbau bei der Behandlung der Patienten betrieben.

Die Kosten, die durch medizinischen Fortschritt, Verbesserung der Gesundheitsversorgung, demographischen Wandel, aber auch durch Preistreiber entstehen, tragen die Versicherten weitgehend allein: durch Praxisgebühren, Zuzahlungen, Beitragssteigerungen, Kopfpauschalen und Wegfall von Leistungen. Die Arbeitgeberanteile werden dagegen eingefroren.

Armut und gesundheitliche Schäden stehen in einem deutlichen Zusammenhang: Wer arm ist, muss notgedrungen ungesünder leben, hat weniger Zugang

zu medizinischen Leistungen, ist viel häufiger krank und stirbt deutlich früher. Einen besseren Gesundheitszustand der Bevölkerung zu erreichen, heißt also auch, Armut zu bekämpfen. Mit Krankheit und Not von Menschen Profit zu machen, widerspricht dem Grundverständnis linker Politik.

Eine Klassenmedizin darf es nicht geben. Die Gesundheitsleistungen sind am Bedarf der Menschen auszurichten und nicht einer marktgesteuerten Preisbildung zu unterwerfen. Jeder Mensch muss Zugang haben zu einer qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Gesundheitsversorgung auf dem neuesten Stand der medizinischen Kenntnisse. Das bedeutet die Ausgestaltung des Gesundheitssystems als Solidarsystem, in das alle nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen und jeder nach seinem gesundheitlichen Bedarf Leistungen erhält.

Das Land Baden-Württemberg kommt seit Jahren seiner gesetzlichen Verpflichtung nicht nach, in den Bau von Krankenhäusern zu investieren. Ein Investitionsstau von 1,5 Milliarden Euro hat sich herausgebildet. Die fehlenden Mittel werden zum Teil von den Kommunen übernommen oder aus Mitteln für den laufenden Betrieb aufgebracht. So werden letztlich Krankenhausbauten durch den Wegfall von Personal bezahlt. Schlecht finanzierte Bauvorhaben sind zudem durch ihre Ineffizienz ein Einfallstor für den Verkauf öffentlicher Krankenhäuser an finanzstarke Klinikketten durch finanzschwache Kommunen.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst wurde im Rahmen der baden-württembergischen Verwaltungsreform erheblich geschwächt und personell reduziert, sodass er seinen Aufgaben etwa im Bereich des schulärztlichen Dienstes, des Gesundheitsunterrichts, der allgemeinen Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung und im Impfwesen kaum noch erfüllen kann.

DIE LINKE fordert:

- Die Rückkehr zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung, in die Beschäftigte und Arbeitgeber zu gleichen Anteilen einzahlen;

- die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer allgemeinen Bürgerversicherung, in der alle nach ihrem Einkommen einzahlen, wobei alle Einkommensquellen einbezogen werden. Die bisherige Versicherungspflichtgrenze fällt dann weg, die Beitragsbemessungsgrenze soll schrittweise wegfallen;

- eine sofortige gründliche Revision und langfristig die Abschaffung der Abrechnung von laufenden Betriebskosten von Krankenhäusern und Kliniken nach den 2004 eingeführten diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRGs);

- keine Kopfpauschale! Sie ist nicht nur unsolidarisch, sondern bereitet die Übernahme des Gesundheitsmarkts durch private Versicherungskonzerne vor. Es geht um ein Finanzvolumen von etwa 250 Milliarden Euro jährlich, das bisher durch solidarische Umverteilungssysteme einer Kapitalverwertung nicht zugänglich war.

- keine Vorauszahlungen bei Arztbesuchen und Medikamenten, Hilfs-, und Heilmitteln. Dies führt zum späteren Aufsuchen von Ärzten und verteuert letztendlich Behandlungen. Außerdem verhindert sie eine bedarfsdeckende Versorgung;

- Die Privatversicherungen sind in das System der Bürgerversicherung zu integrieren. Alle Versicherungen können zusätzliche Leistungen außerhalb des allgemeinen Leistungskatalogs anbieten;

- Notwendig ist eine strikte Regulierung der Arzneimittel-Preise, insbesondere eine Herabsetzung der meist stark überhöhten Preise bei neu entwickelten und vor kurzem zugelassenen Arzneimitteln; dasselbe gilt auch für die Kosten medizinischer Geräte. Der Mehrwertsteuersatz für Arzneimittel und medizinische Geräte ist deutlich zu senken. Wir sehen es als dringend an, für Patienten und Ärzte mehrere öffentlich finanzierte und wissenschaftlich unabhängige Einrichtungen zu schaffen, die objektive und unverzerrte Gesundheitsinformationen, insbesondere zu Arzneimitteln erarbeiten.

Gesundheit – die Vorsorge

Die Gesundheitsprävention ist deutlich auszubauen. Auch ohne ein bundesweites Präventionsgesetz kann in Baden- Württemberg viel getan werden:

- Gebührenfreie Prävention;

- Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes auch in Mittel- und Kleinbetrieben;

- Erkennung und Abbau physischer und psychischer Belastungsfaktoren durch mehr Analysen von Arbeitsplätzen und Ausbau des betriebsärztlichen Dienstes;

- Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens durch geschlechter- und altersspezifische Angebote (Ernährung, Bewegung, Sport);

- Förderung der Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsvorsorge durch benachteiligte Bevölkerungsgruppen;

- Ausbau einer geschlechtsspezifischen Gesundheitsvorsorge und -forschung;

- Abbau von Umweltbelastungen.

Gesundheit – ambulante Versorgung

Die ambulante Gesundheitsversorgung ist bedarfsgerecht auszubauen:

- Bessere Anreize für Allgemein- und Fachärzte, sich im ländlichen Bereich niederzulassen; dazu sind die ärztlichen Honorare über die Kassenärztlichen Vereinigungen entsprechend umzuschichten.

- Praxisgebühren abschaffen und Zuzahlungen abbauen; dazu bedarf es Initiativen des Landes auf Bundesebene.

- Die doppelte Facharztstruktur im ambulanten und stationären Bereich ist ein besonderer Kostentreiber im deutschen Gesundheitswesen. Deshalb sind Krankenhäuser für die ambulante Versorgung zu öffnen sowie poliklinische Strukturen zu fördern, zum Beispiel in Form medizinischer Versorgungszentren mit freiberuflichen und angestellten Ärzten.

- Im dünner besiedelten Süden unseres Bundeslandes ist ein wesentlich engmaschigeres Netz von Rettungsdiensten und Notarztsitzen einzurichten, um schnellere Einsatzzeiten zu ermöglichen und die steigende Zahl von Einsätzen auszugleichen. Notärzte sind vom Land fest anzustellen und adäquat zu bezahlen. Ferner ist die Position eines »Ärztlichen Leiters Rettungsdienst« einzurichten, um eine hohe Behandlungsqualität zu erreichen und zu sichern.

- Notwendig ist ferner eine organisatorische Reform des allgemeinen ärztlichen Notdienstes (nachts und an Wochenenden): Nicht nur wie bisher in den wenigen Großstädten, sondern in allen Kreisstädten sind leistungsfähige Notfallambulanzen einzurichten, in denen oder über die jederzeit alle für die Notfallversorgung wichtigen Fachrichtungen erreichbar sind.

Gesundheit – stationäre Versorgung, Krankenhäuser

In der stationären Versorgung in Krankenhäusern ist die permanente Unterfinanzierung der laufenden Kosten zu beseitigen:

- Die in einem krankenhausspezifischen Warenkorb ermittelten wirklichen Kosten und die absehbaren Kostensteigerungen sind in voller Höhe und zeitnah in die Fallpauschalen einzurechnen. Dazu bedarf es einer Landesinitiative auf Bundesebene.

■ Personalkostensteigerungen durch tarifvertragliche Lohnerhöhungen und die Einhaltung der Fachpersonalquote sind voll auszugleichen. Krankenhäuser ohne Tarifbindung erhalten diesen Ausgleich nicht.

Der Grundsatz der Bedarfssteuerung ist im stationären Bereich gefährdet. Es sind alle Bestrebungen abzuwehren, durch selektive Verträge zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern beziehungsweise Krankenhausketten die festgestellten Fallkosten zu unterlaufen (Einkaufmodell). Dies würde eine marktwirtschaftliche Steuerung befördern. Um eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten, ist die duale Finanzierung – die Krankenkassen tragen die laufenden Kosten, die Bundesländer die Investitionen – unabdingbar. DIE LINKE lehnt die Finanzierung aller Kosten des Gesundheitssystems durch einen Finanzträger allein – durch die gesetzlichen Krankenkassen (GKV), wie es geplant ist – ab. Die Einrechnung der Krankenhausinvestitionen in die Fallpauschalen lehnt DIE LINKE ab. Die Krankenhausbedarfspläne des Landes, die den Ausschlag für Investitionen geben, sind zu stärken. Dazu sind gesundheitspolitische Beiräte aus Vertreterinnen und Vertretern der Regionen, der Patientinnen und Patienten, der Beschäftigten, der Kassen und der Leistungserbringer zu bilden, die den Bedarf feststellen.

DIE LINKE fordert:

■ DIE LINKE fordert als Sofortmaßnahme die Verdoppelung der Investitionsmittel für Krankenhäuser auf 600 Millionen Euro im Jahr und einen stufenweisen Abbau des Investitionsstaus von 1,5 Milliarden Euro.

■ DIE LINKE lehnt den Verkauf von öffentlichen Krankenhäusern an private Klinikbetreiber ab. Öffentliche Krankenhäuser sind durch Kooperationen und Spezialisierungen untereinander effektiv und kostendeckend zu führen. Deshalb ist es auch möglich, private Kliniken im Rahmen des Bedarfs zu rekommunalisieren.

■ Kranke Kinder haben entsprechend der UN-Charta für Kinderrechte ein Recht darauf, von Kinderärzten und Kinderkrankenschwestern behandelt zu werden. Besondere Aufmerksamkeit benötigen Behandlung und Versorgung von Früh- und Mangelgeborenen.

Universitätskliniken und Psychiatrien – ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung

Die neun Zentren für Psychiatrie und die vier Universitätskliniken sind als Anstalten des Öffentlichen Rechts zu erhalten. Alle Bestrebungen, Zentren für Psychiatrie und die Universitätskliniken in private Trägerschaft zu überführen, sind mit Entschiedenheit abzuwehren. Das Land als Gewährsträger hat die Qualität der Universitätskliniken in Forschung, Lehre und medizinischer Versorgung zu gewährleisten. Die Autonomie von Unikliniken und Zentren für Psychia-

trie ist zu stärken, Kooperationen mit umliegenden Krankenhäusern und eigene Schwerpunktbildungen sind zu fördern. Auch hier sind die nötigen Investitionen vom Land abzudecken.

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) ausbauen

Der Öffentliche Gesundheitsdienst wurde durch die baden-württembergische Verwaltungsreform erheblich geschwächt und personell reduziert, sodass er seinen Aufgaben etwa im Bereich des schulärztlichen Dienstes, des Gesundheitsunterrichtes und der allgemeinen Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung und im Impfwesen kaum noch erfüllen kann. DIE LINKE fordert, die Leistungsfähigkeit des ÖGD wieder herzustellen, und ihm die Bewältigung seiner verantwortungsvollen Aufgaben zu ermöglichen.

Für eine bessere Teilhabe der älteren Generation und eine zukunftsfeste Rente

Heute erreichen immer mehr Frauen und Männer das 80. Lebensjahr und sind nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben länger gesund, aktiv und autonom. Das ist eine zivilisatorische Errungenschaft und ein gesellschaftlicher Reichtum, der bewahrt und gestärkt werden muss.

DIE LINKE stellt jedoch mit Sorge fest, dass unsere Gesellschaft auf die Herausforderungen, die sich aus der niedrigen Geburtenrate, höherer Lebenserwartung und einem wachsenden Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung ergeben, nicht eingestellt ist. Wir brauchen eine andere Seniorenpolitik, damit Alter in Würde gelebt werden kann. Die menschenfeindlichen Antworten der neoliberalen Parteien bedrohen Millionen Bürgerinnen und Bürger mit Altersarmut, führen zum Absinken des Versorgungsniveaus im Alter und beschädigen auf unverantwortliche Weise den Generationenzusammenhalt. Ein immer größerer Teil der Altersvorsorge wird privatisiert und dem Kapitalmarkt überantwortet. Die Neoliberalen sind dabei, mit ihren »Reformmaßnahmen« die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zu privatisieren und die Unternehmer aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Die fortschreitende Privatisierung in den sozialen Bereichen ist eine der Hauptursachen dafür, dass beträchtliche Teile der finanziellen Mittel, die für Alte, Behinderte, Kranke und Pflegebedürftige bereitgestellt werden, bei diesen nicht ankommen und die Effizienz dieser Mittel insgesamt geschmälert wird. Diese Politik ist ungeeignet, die demographischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu bewältigen.

Im Zentrum der Seniorenpolitik der LINKEN stehen die Interessen der Seniorinnen und Senioren, die infolge der neoliberalen Politik sowie der globalen

Finanz- und Wirtschaftskrise zur Wahrung ihrer Rechte und Chancen der Hilfe und Unterstützung des Gemeinwesens im besonderen Maße bedürfen.

Unser Ziel ist, die Generationensolidarität zu stärken, die Gesundheitspotentiale in allen Lebensphasen zu erhöhen, das Rentensystem zukunftsicher zu machen und eine Erwerbsalterskultur zu entwickeln, die einen menschenwürdigen Übergang ins Rentenalter ermöglicht. Die Ursachen für Altersarmut müssen an der Wurzel bekämpft werden.

DIE LINKE im neuen baden-württembergischen Landtag wird mit Bundesrats-Initiativen ihre Forderungen zur Rentenpolitik in die Bundespolitik einbringen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg fordert:

- Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre muss zurückgenommen werden!
- Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder ins Zentrum der Alterssicherungspolitik rücken. Alle Bürgerinnen und Bürger, ob arm oder reich, sind in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Die Beitragsbemessungsgrenze ist zu erhöhen und schrittweise aufzuheben.
- Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren und weitere Dynamisierung der Rente, damit alle Generationen gleichermaßen am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben können;
- gerechter Rentenanspruch für Frauen, insbesondere durch Anerkennung von Kindererziehungszeiten, sowie für Geringverdienende und für Menschen mit unterbrochenen Erwerbsarbeitsbiographien;
- Subventionierung des Solidarausgleichs statt staatlicher Förderung der privaten Versicherung und der Versicherungskonzerne;
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, nachhaltiger an der Verhinderung drohender Altersarmut zu arbeiten und die Grundsicherung im Alter so zu gestalten, dass das Leben nach der Erwerbszeit für alle lebenswert bleibt.
- DIE LINKE setzt sich für eine bessere Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben ein. Dazu gehören kostengünstige Senioren-Taxi-Tarife in ländlichen Gebieten, verbilligte Eintrittskarten bei kommunalen Veranstaltungen und die Unterstützung von Seniorenvertretungen in den Landkreisen.
- DIE LINKE befürwortet Wohnalternativen wie Mehr-Generationen-Häuser in kommunaler Verantwortung, in denen Jung und Alt unter einem Dach wohnen und die soziale Teilhabe der Älteren und Pflegebedürftigen gewährleistet ist.

Für ein selbstbestimmtes Leben im Pflegefall

Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird mit höherer Lebenserwartung und medizinischem Fortschritt beständig größer. In Baden-Württemberg leben etwa 90 000 Menschen in Altenpflegeheimen, 150 000 werden zu Hause von Angehörigen oder von ambulanten Pflegediensten versorgt. Eine gute und ausreichende Pflege scheitert jedoch oft an Pflegerichtlinien, die eine menschenwürdige Versorgung erschweren. Der Pflegebereich ist gekennzeichnet durch miserable Arbeitsbedingungen, hunderte von Überstunden ohne Ausgleich und schlechte Bezahlung für die Beschäftigten. Das hat für viele Pflegebedürftige im Pflegeheim schwerwiegende Folgen. Mängel in der medizinischen und pflegerischen Versorgung und fehlende tagesstrukturierende Angebote bestimmen den Ablauf im Pflegeheim. Überlastung des Personals durch überbordende Bürokratie, fehlende Neueinstellungen und Repressalien für Pflegekräfte, die ihren Beruf ernst nehmen, kommen dazu. In der ambulanten Versorgung bestimmt die »Minutenpflege« nach völlig unzureichenden zeitlichen Vorgaben den Pflegealltag. Die heutige Pflegesituation ist das Ergebnis einer gesellschaftlichen Ausgrenzung von Alten, Kranken und Sterbenden sowie einer Geringschätzung der überwiegend von Frauen geleisteten Pflegearbeit.

DIE LINKE steht für umfassende Verbesserungen in der Alten- und Krankenpflege. Der Leitgedanke in der Pflege muss sein, dass hilfebedürftige Menschen über ihre Lebensbedingungen und die angebotenen Maßnahmen so weit wie möglich selbst bestimmen können, und dass pflegende Angehörige mehr Unterstützung erhalten. Die Arbeitsbedingungen der im Pflegebereich Beschäftigten müssen grundlegend verbessert werden.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Ältere und pflegebedürftige Menschen sollen auf Wunsch in ihrem gewohnten Zuhause bleiben können. Das System der Pflegestufen ist durch ein ganzheitliches Pflegekonzept zu ersetzen. Kurzfristig müssen die Pflegestufen zumindest erweitert werden. Das Land muss flächendeckend für Einrichtungen der ambulanten Pflege mit gut ausgebildeten und bezahlten Beschäftigten sorgen (=Pflegestützpunkte).
- Das Leben in Mehrgenerationenhäusern und im Betreuten Wohnen muss durch den sozialen Wohnungsbau für alle Menschen finanzierbar sein.
- Altenpflege muss dem Erhalt und der Förderung der Lebensqualität und verbliebener Fähigkeiten der pflegebedürftigen alten Menschen dienen. Daran ist die Qualität der Arbeit aller an der Altenpflege Beteiligten zu messen. DIE LINKE unterstützt den Vorschlag für einen neuen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriff, der die Überwindung der körperbezogenen Hilfeleistung und eine verbesserte soziale Teilhabe, auch für Demenzzranke, vorsieht.

■ DIE LINKE begrüßt die Einführung von Transparenz-Kriterien, die Pflegeheime für die Öffentlichkeit und potentielle Heimbewohner durchsichtiger machen sollen. Erforderlich dabei ist jedoch ein Bewertungssystem, das wesentlich näher an der Realität liegt. An der Bewertung sollen maßgeblich auch Angehörige der Pflegeheim-Bewohner und der Heimbeirat beteiligt werden.

■ Freiheitsentziehende Maßnahmen im Pflegeheim sind grundsätzlich abzulehnen und nur im Fall bewiesener Selbst- und Fremdgefährdung gestattet. Aktivitätshemmende Medikamente dürfen nur auf begründete ärztliche Verordnung verabreicht werden.

■ DIE LINKE setzt sich für die Durchsetzung des Rechts auf freie Heimplatzwahl von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern ein.

■ DIE LINKE setzt sich für eine Verbesserung der Mindestheimbauverordnung ein. Das Recht auf ein Einzelzimmer und ausreichenden Wohnraum im Altenheim muss unverzüglich in schon bestehenden wie neu gebauten Heimen umgesetzt werden.

■ Nur eine permanente Überwachung gesetzlicher Anforderungen kann Missstände in Pflegeheimen aufdecken und beseitigen. DIE LINKE fordert daher eine deutliche personelle Aufstockung der Heimaufsicht in den Landratsämtern. Inspektionen von Heimaufsicht und Medizinischem Dienst müssen grundsätzlich ohne Anmeldung erfolgen, auch nachts und an Wochenenden.

■ Die kommunalen, karitativen und privaten Träger von Pflegeheimen müssen das Personal in den Heimen so weit aufstocken, dass sie ihre Angebote im Sinn einer menschenfreundlichen Pflege ausbauen und umfassend gewährleisten können.

■ DIE LINKE fordert eine Weiterentwicklung der Heimmitwirkungsverordnung. Die Heimbeiräte müssen über alle Angelegenheiten des Heimbetriebes mitbestimmen können. Ihre Effektivität ist durch Hinzuziehung externer Fachleute zu verbessern. Angehörige und Bekannte, die Pflegebedürftige unterstützen, sollen Informations-, Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte erhalten.

■ Um den jetzigen katastrophalen Zustand im Pflegebereich zu ändern, ist es unter anderem wichtig, dass gefährliche und fahrlässige Pflege strafrechtlich verfolgt wird.

■ DIE LINKE will den sofortigen und verpflichtend flächendeckenden Ausbau der Pflegestützpunkte. Hierzu sind auch vom Land Mittel bereit zu stellen.

Für eine schadensmindernde Drogenpolitik

Die baden-württembergische Drogenpolitik muss weg von ihrer vornehmlich diskriminierenden und bestrafenden Ausrichtung. Durch den an der Realität

orientierten und akzeptierenden Ansatz der Schadensminimierung lassen sich die Probleme in diesem Bereich weitaus besser mildern, ohne hunderttausende Menschen zu kriminalisieren. DIE LINKE fordert deshalb die kostenfreie Versorgung mit THC Produkten für Menschen mit Behinderungen, die diese aus medizinischen Gründen benötigen. Da die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes eine Sache des Bundes ist, setzt sich DIE LINKE für eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg ein.

DIE LINKE fordert:

■ Die vom Bundesverfassungsgericht bereits 1994 geforderte Festlegung einer »Geringen Menge«, bei der von der Strafverfolgung von Konsumenten abgesehen werden kann, ist auch in Baden-Württemberg einfach und transparent umzusetzen. Bei der Höhe soll die Regelung im Land Berlin als Vorbild dienen.

■ Nach den positiven Erfahrungen in der Schweiz und in Österreich sollten Drug-Checking-Angebote auch in Baden-Württemberg eingeführt werden, das heißt Möglichkeiten zur chemische Analyse von zumeist auf dem Schwarzmarkt gehandelten Substanzen, um potentielle Konsumenten vor besonders gesundheitsschädlichen Präparaten warnen zu können. Dies mindert die Gefahren, die beim Konsum von Substanzen mit einer nicht bekannten Zusammensetzung entstehen können.

■ Das sehr erfolgreiche Modellprojekt des Bundes zur heroingestützten Therapie Schwerstabhängiger hat zu einer Anpassung des Betäubungsmittelrechts geführt. Die schwarz-gelbe Landesregierung blockiert diese Leben rettenden Maßnahmen weiterhin, indem sie daran interessierte Kommunen wie zum Beispiel Karlsruhe im Regen stehen lässt. DIE LINKE will solche ideologischen Blockaden aufbrechen, damit Schwerstabhängige endlich auch in Baden-Württemberg die Therapie bekommen können, die ihnen am besten hilft.

■ Viele größere Städte in Deutschland verfügen über Drogenkonsumräume, um gesundheitliche Gefahren für die Betroffenen zu verringern. Die schwarz-gelbe Landesregierung blockiert solche Einrichtungen auch gegen den Wunsch und Rat von Experten und Bürgermeister. DIE LINKE will den Kommunen die Einrichtung von Konsumräumen ermöglichen.

Keine Ausweitung des Glücksspiels und mehr Spieler- und Jugendschutz im Glücksspiel-sektor – für eine Beibehaltung des staatlich kontrollierten Glücksspiels

Am 8. September 2010 hat der Europäische Gerichtshof ein Urteil gefällt, welches das staatliche Glücksspielmonopol in Frage stellt. Aus der Sicht der Landes-sportbünde ist dieses Urteil problematisch, da die Mittel aus staatlichen Sportwetten und Lotterien eine tragende Säule der Finanzierung des Breitensports darstellen.

Dass der Gerichtshof ausgerechnet beim harmlosen Lottospiel das Problem mangelnder Suchtprävention in den Vordergrund stellt, überrascht. Denn gerade beim Automatenenspiel, von dem eine wesentlich höhere Suchtgefährdung ausgeht, hat die große Koalition 2006 erhebliche Liberalisierungen zugelassen. So wurden die Gewinnmöglichkeiten deutlich erhöht, die zulässige Automatenzahl pro Spielhalle erweitert und die Spielfrequenz verdichtet. Rund 80 Prozent aller behandlungsbedürftigen Spielsüchtigen sind Automatenspieler. Daraus folgt, dass gewerbliches Automatenenspiel reguliert werden muss. Die Belange des Spielerschutzes sind gleichwertig neben die wirtschaft-

lichen Interessen zu stellen. Aktuell ist hier politisches Handeln der Bundesregierung und der einzelnen Länder gefordert.

DIE LINKE setzt sich im Landtag von Baden-Württemberg dafür ein, die Voraussetzungen zu schaffen, dass der gemeinwohlorientierte Glücksspielvertrag weitergeführt werden kann. Ausschließlich staatlich organisiertes Glücksspiel kann erhalten bleiben, wenn die Suchtprävention verstärkt, der Spielerschutz verbessert, der gesetzlich vorgeschriebene Jugendschutz in der Praxis strikter eingehalten und die im Glücksspielbereich auftretende Kriminalität systematischer als bislang verfolgt wird.

5. Willkommen im Einwanderungsland Baden-Württemberg

Menschen aus aller Welt prägen das Leben in Baden-Württemberg und tragen zum wirtschaftlichen Reichtum dieses Bundeslandes bei – ob als Arbeitskräfte in Wirtschaft und Wissenschaft, ob als Geschäftsleute und Reisende oder als Familien. Auch Flüchtlinge und Asylsuchende setzen Hoffnung auf Baden-Württemberg. Heute beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg etwa ein Viertel. Stuttgart hält mit 31 Prozent die Spitzenposition bei den deutschen Großstädten. Vergeblich sucht man jedoch eine Migrations- und Asylpolitik, die interkulturelle Kompetenzen fördert und den Interessen und Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund gerecht wird. Stattdessen herrscht ein politisches Klima der Ausgrenzung. Migrantinnen und Migranten tragen ein hohes Risiko, zu verarmen oder arbeitslos zu werden. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen in Schule und Ausbildung. Frauen, die in der Familie von Gewalt bedroht sind oder Opfer von Menschenhandel wurden, finden auch in Baden-Württemberg nur selten wirksame Unterstützung.

DIE LINKE Baden-Württemberg setzt sich für volle politische Rechte für alle Menschen ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben. Sie wendet sich gegen Ausgrenzung und fordert umfassende Änderungen in der Asylpolitik. Für DIE LINKE bilden gleiche Rechte, gegenseitiger Respekt und die gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft die Grundlage des Zusammenlebens von Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern und mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund.

Wir fordern:

- Umfassende Förderprogramme zur vollen beruflichen und sozialen Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund;

- das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben;

- ein auch unter Gesichtspunkten der Integration grundlegend verändertes Bildungs- und Ausbildungssystem; dies schließt Vorschulförderung, interkulturelle Jugendarbeit sowie geschlechtersensible Bildungsprogramme und Projekte ein.

- ein Angebot von Ausbildungsplätzen, das die Bedürfnisse und Interessen von Migrantinnen und Migranten berücksichtigt;

- Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund;

- Maßnahmen, die einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt fördern;

- eine einheitliche, erleichterte und beschleunigte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen;

- die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Erleichterung der Einbürgerung durch die Abschaffung der Optionspflicht;

- die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (Antidiskriminierungsgesetzes);

- die Stärkung der Integrationsbeauftragten, den Ausbau ihrer Befugnisse und eine ihren Aufgaben entsprechende finanzielle Ausstattung;

- den Ausbau von Beratungs- und Hilfeangeboten für Frauen und Mädchen in Not, die Förderung von Projekten der Selbstorganisation und internationaler Zusammenarbeit zum Schutz von Frauen und Kindern vor Menschenhandel und Gewalt.

Nicht Flüchtlinge bekämpfen sondern Fluchtursachen

So lange es Kriege, Verfolgung, Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit gibt, wird es auch Flucht geben. Mit einer repressiven Asylpolitik bekämpft die Landesregierung in Baden-Württemberg jedoch die Flüchtlinge und nicht die Ursachen der Flucht. Viele Flüchtlinge, Asylsuchende und Menschen ohne gesicherten Aufenthalt werden in Baden-Württemberg in Sammellagern untergebracht und durch die so genannte Residenzpflicht in ihrer Bewegungsfreiheit auf einen bestimmten Landkreis eingeschränkt. Sie erhalten Gutscheine und Sachleistungen, die etwa 35 Prozent unter dem Sozialhilfesatz liegen.

DIE LINKE fordert, die Menschenwürde der Flüchtlinge nicht länger zu verletzen, die diskriminierenden Regelungen in der Asylpolitik abzuschaffen und Abschiebungen einzustellen. Der Flüchtlingsschutz und die Bekämpfung von Fluchtursachen sind wichtige Bestandteile unserer Politik. Aufnahme und Schutz von in Not geratenen Menschen sind Pflicht und Selbstverständlichkeit für ein demokratisches Gemeinwesen.

Flüchtlinge aus den Krisenzentren der Welt und vor allem Kinder bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit. Es ist unhaltbar, dass die UN-Kinderrechtskonvention nicht umgesetzt wird.

Wir setzen uns ein für:

- Die Wiederherstellung des Asylrechts nach Artikel 16 des Grundgesetzes;
- ein dauerhaftes Bleiberecht für alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen;
- die Aufhebung der Residenzpflicht – diese Entscheidung kann der Landtag treffen;
- die Abschaffung der Stichtagsregelungen und Kettenduldungen.
- das Verbot von Abschiebungen, die ersatzlose Abschaffung der Abschiebehaf und die Auflösung der Abschiebegefängnisse;
- die Finanzierung eines menschenwürdigen Lebens der Flüchtlinge anstelle der Abschiebepolitik;
- die Umwandlung der Ausländerbehörde in eine Aufenthaltsbehörde;

- interkulturelle Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Behörden und Institutionen;
- den Schutz der Migrantenfamilien durch Verbot der Familientrennung und Unterstützung der Familienzusammenführung;
- das Ende der Abschottungspolitik gegenüber Migranten und Migrantinnen aus Drittstaaten;
- die finanzielle Förderung von Flüchtlingsorganisationen als eine selbstverständliche Aufgabe des Landes.
- konkrete Maßnahmen und Kontrollen zum Stopp von Frauenhandel, von Heiratstourismus in den ärmsten Ländern der Welt und von Zwangsprostitution;
- ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen ohne deutschen Pass.

Kein Mensch ist illegal

Nach Schätzungen von Beratungsstellen leben 100 000 Menschen ohne offizielles Aufenthaltsrecht in Süddeutschland. Sie sind zum Teil durch kriminelle Schlepperbanden nach Deutschland geschleust worden oder verstecken sich aus Angst vor Abschiebung vor den Behörden. Diese »Illegalisierten« sind in keiner Weise vor ökonomischer oder sexueller Ausbeutung geschützt und können weder Krankenhaus noch Schulen aufsuchen.

DIE LINKE fordert eine Garantie der Grundrechte auch für Menschen ohne Papiere in Baden-Württemberg. Ein prekärer oder fehlender Aufenthaltsstatus darf in keinem Fall zu einer Verletzung von Menschen- und Grundrechten führen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Legalisierung des Aufenthalts von Flüchtlingen, die länger als sechs Monate in der Bundesrepublik leben;
- auf Wunsch die sofortige Legalisierung des Aufenthalts von Opfern von Gewaltverbrechen, Schlepperbanden und Zwangsprostitution;
- die sofortige Legalisierung des Aufenthalts von Minderjährigen und das Recht auf Bildung für alle in Baden-Württemberg lebenden Kinder;
- ein Verbot, persönliche Daten von Schülerinnen und Schülern an das Zentrale Schülerregister (ZSR) weiterzugeben.

6. Diskriminierung bekämpfen – Vielfalt der Lebensweisen fördern – für ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft

Die konservative Regierung in Baden-Württemberg betreibt eine Politik der Ausgrenzung und Benachteiligung von Minderheiten, ob Menschen mit Migrationshintergrund, Lesben und Schwule, Menschen mit Behinderungen, Menschen in Armut oder Obdachlose. Das trägt dazu bei, dass immer mehr Angehörige von Minderheiten (zum Beispiel Asylsuchende, Hartz-IV-Empfänger oder Menschen ohne festen Wohnsitz) als vermeintliche Sündenböcke für verfehlte Politik und persönliches Elend angegriffen werden. In der Gesellschaft wächst eine gefährliche Stimmung von Furcht und Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern von Diskriminierung und Gewalt.

In der Partei DIE LINKE kämpfen Menschen aus den benachteiligten Gruppen selbst gemeinsam mit anderen für die Rechte und Forderungen von Minderheiten. Eine wirkliche Akzeptanz von Menschen verschiedenster Herkunft und Lebensweise ist das gemeinsame Ziel. Gemeinsam können alle Minderheiten zur Mehrheit gegen die Minderheit der Herrschenden werden.

Selbstbestimmte Behindertenpolitik ist linke Behindertenpolitik

In Baden-Württemberg leben rund 1,4 Millionen Menschen mit Behinderungen, das sind etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die meisten erleben täglich Einschränkungen, vor allem dann, wenn sie ein eigenständiges Leben führen möchten. Barrieren zum Beispiel in Gebäuden, Verkehrssystemen oder in der Kommunikation, fehlende Sachkenntnis und mangelndes Verständnis bei Verantwortlichen oder diskriminierende Regelungen zum Beispiel im Gesundheitssystem sind an der Tagesordnung. Doppelt betroffen sind Frauen mit Behinderungen von Erwerbslosigkeit, Armut und Abhängigkeit.

Die Auflösung der Landesversorgungsverwaltung im Zug der Verwaltungsreform 2005 hat für behinderte Menschen nur Nachteile gebracht. Mit den vier Regierungspräsidien als jeweiliger Widerspruchsbehörde gibt es vier verschiedene Ausprägungen der Anerkennungspraxis für Grade der Behinderung. Die Anerkennung als Schwerbehinderter ist seit 2005 nicht nur von der Schwere der Behinderung, sondern auch vom Wohnort abhängig. DIE LINKE setzt sich daher dafür ein, diesen Teil der »Verwaltungsreform« rückgängig zu machen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die 2009 in Deutschland unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention zum Recht auf vollständige »Inklusion« sofort und konsequent umgesetzt wird. Das bedeutet, dass Menschen mit und ohne Behinderungen auf

allen Ebenen von Anfang an selbstverständlich zusammenleben. Das umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche von Bildung, Arbeit, Wohnen und Familie, bis zum Recht auf umfassende Barrierefreiheit und selbstbestimmte Teilhabe am öffentlichen Leben.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten aus Selbsthilfegruppen;
- inklusive Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und damit die schrittweise Umwandlung von »Förderschulen« in qualifizierte Regelschulen;
- das Recht auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen zu einem Tarif- beziehungsweise Mindestlohn. Das Recht auf unterstützte Arbeit für Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mit dem Ziel, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen zu überwinden;
- Beschäftigungspflicht für alle Betriebe, die Menschen mit Behinderung aufnehmen können. Erfolgt keine oder eine nicht ausreichende Beschäftigung von behinderten Menschen, soll eine Ausgleichsabgabe erhoben werden, die deutlich über den Kosten des möglichen Arbeitsplatzes liegt. Die Schwerbehindertenvertretung in den Betrieben muss rechtlich gestärkt werden.
- das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause statt einer Unterbringung in Heimen. Auch in Heimen muss zunächst Eigenverantwortung gefördert und müssen Zwangsmaßnahmen verboten werden.
- ein sofortiges Bauverbot neuer Einrichtungen, die der stationären Unterbringung Behinderter dienen, und die Auflösung der bestehenden Sondereinrichtungen innerhalb der nächsten zehn Jahre, wobei gleichzeitig die dafür nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden;
- das Recht auf eine bedarfsdeckende, vermögens- und einkommensunabhängige »selbstbestimmte Persönliche Assistenz« ohne Kostenvorbehalt;
- die Abschaffung der diskriminierenden Unterhaltungspflicht Familienangehöriger bei behinderungsbedingten Kosten;
- die Anerkennung des Rechts auf Sexualität, gleiches Recht auf Adoption und ein Recht auf Elternassistenz;

■ das Ende der Diskriminierung von Autistinnen und Autisten sowie psychisch Kranker. Psychotherapeutische heilpädagogische Behandlung muss unter Berücksichtigung medizinischer Notwendigkeit Vorrang vor medikamentöser Behandlung haben.

■ Menschen mit Behinderungen wollen sich selbst vertreten nach dem Motto »Nichts über uns ohne uns«. Daher müssen Behindertenbeauftragte von Land, Stadt und Kreisen selbst Betroffene sein. In Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern müssen sie hauptamtlich beschäftigt und mit den entsprechenden Kompetenzen (Einspruchsrecht) und Ressourcen (Büro, Sekretariat, Finanzmitteln) ausgestattet werden.

■ Tariflöhne für die Beschäftigten im Pflegebereich, eine bessere Personalsituation und das Verbot, Billiglohnanbieter zu beauftragen;

■ Hilfen für behinderte Menschen wie Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, Medizinische Behandlungspflege nach § 37 Sozialgesetzbuch V in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Leistungen zur Teilhabe in der Gesellschaft müssen solange aus Landesmitteln bestritten werden, bis es ein einheitliches Bundesleistungsgesetz gibt. Das Land Baden-Württemberg muss sich hierfür im Bundesrat einsetzen.

■ Die besondere Situation mehrfach diskriminierter Menschen mit Behinderungen wie Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund verlangt verstärkte Aufmerksamkeit. Hier sind Maßnahmen zu entwickeln, welche die besonderen Benachteiligungen dieser Gruppen zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen oder bei einer eigenständigen Lebensplanung im Blick haben;

■ Öffentliche und private Räume (auch Wohnungen und Eigenheime), der öffentliche Nah- und Fernverkehr und Dienstleistungen – zum Beispiel in der Information und Kommunikation – müssen barrierefrei sein. Davon profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch alle anderen. Das Recht auf Mobilität behinderter Menschen muss sich am Bedarf orientieren und darf nicht wie bisher an Bedingungen geknüpft sein.

■ In allen stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens muss die Übernahme der Assistenz für alle Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden. Auch für Menschen mit psychischer Behinderung muss der Grundsatz gelten, Assistenz vor medikamentöser Behandlung.

Vielfalt der Lebensweisen und Lebensgemeinschaften

Nur knapp ein Viertel der Menschen in Baden-Württemberg lebt in der klassischen »Vater-Mutter-Kind«-Konstellation. Dagegen steigt die Zahl von Frauen und Männern in einem Single-Haushalt oder einer so genannten Patchwork-Familie. Bei älteren Menschen

gibt es neben vielen Alleinlebenden einen Trend zum Leben in alternativen Wohnformen. Selbstverwaltete Wohnprojekte und Modelle für alternative Wohnformen im Alter führen jedoch in Baden-Württemberg ein Schattendasein und finden oft nur zögerliche Unterstützung bei den Behörden.

Mit dem Recht auf Verpartnerung sind seit 2004 auch in Baden-Württemberg lesbische und schwule Lebenspartnerschaften in der Öffentlichkeit sichtbarer geworden. Auch sie leben oft als »Regenbogen«-Familien mit Kindern zusammen.

Was die Akzeptanz und Förderung der Vielfalt von Lebensweisen, vor allem von Schwulen und Lesben betrifft, hinkt das »Innovationsland« Baden-Württemberg weit hinterher. Nur Baden-Württemberg und Thüringen nutzen noch die Länderöffnungsklausel des Lebenspartnerschaftsgesetzes, um homosexuellen Paaren die Trauung beim Standesamt zu verweigern. In Baden-Württemberg müssen Lebenspartnerschaften in mehr oder weniger geeigneten Abteilungen und Räumlichkeiten geschlossen werden. Das kostet statt 40 Euro wie für eine heterosexuelle Heirat bis zu 160 Euro. Auch verweigert das Land schwulen und lesbischen Paaren gleiche Rechte zum Beispiel bei der Adoption oder bei der Hinterbliebenenversicherung.

Die jüngsten Fälle von offener Gewalt gegen Schwule in Baden-Württemberg zeigen, dass homosexuelle Frauen und Männer auch heute noch in der Öffentlichkeit und im privaten Umfeld vielfach unter Diskriminierung und Gewalt zu leiden haben. Auch ihre Geschichte zum Beispiel als Verfolgte der NS-Diktatur ist wenig sichtbar. Projekte zur Akzeptanz homosexueller Lebensweisen werden kaum gefördert.

DIE LINKE steht für die Gleichberechtigung einer Vielfalt von Lebensweisen. Neue Formen des Zusammenlebens der Generationen und Geschlechter tragen dazu bei, patriarchale Familienmuster und Arbeitsteilungen infrage zu stellen und den Blick für ein emanzipatorisches, menschenfreundliches und nachbarschaftliches Miteinander zu öffnen.

DIE LINKE fordert:

■ Jede Diskriminierung von Schwulen und Lesben muss aufhören. Die rechtliche Gleichstellung in allen Bereichen ist umzusetzen.

■ Homosexuelle Menschen, die besonderer Diskriminierung oder Gewalt ausgesetzt waren oder sind, benötigen Beratung und Unterstützung.

■ Die Vielfalt an Lebensweisen muss gesellschaftlich gefördert und auf rechtlicher, kultureller und politischer Ebene gleichgestellt werden.

■ Initiativen und Projekte im gesamten Spektrum des »queeren«, von der heterosexuellen Norm abweichenden Lebens sind zu fördern.

■ Schwule und lesbische Lebensweisen dürfen nicht länger Tabu-Thema im Schulunterricht sein; Themen wie Homophobie, Coming Out oder lesbisch/schwule Familien sind in die Landes-Bildungskonzepte aufzunehmen.

■ Das ehemalige Hotel Silber in Stuttgart muss als ein Ort des Erinnerns an die Verfolgung durch den NS-Staat erhalten bleiben. Zu den Opfern der Vernichtung, in die das Hotel Silber als ehemalige Gestapo-Zentrale eingebunden war, gehörten Menschen jüdischen Glaubens, Homosexuelle sowie Sinti und Roma.

■ Alternatives Zusammenleben und neue Wohnmodelle sind mit Landesprogrammen zu fördern. Sie sollen dazu beitragen, dass Wohninitiativen leichter umsetzbar sind und neue Modelle des Zusammenlebens durch eine höhere Bekanntheit zur Nachahmung einladen.

Religion und Gesellschaft und die Trennung von Kirchen und Staat

Fragen des Umgangs mit Religionsgemeinschaften waren in Baden-Württemberg in den letzten Jahren häufig Gegenstand von landespolitischen Debatten (»Kopftuchstreit«, Kontroversen um den Bau von Moscheen, Anerkennung der Zeugen Jehovas und so weiter).

DIE LINKE verfolgt drei Grundsätze:

■ Die individuelle Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist unter allen Umständen zu verteidigen. Niemand darf wegen seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer bestimmten Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft benachteiligt oder diskriminiert werden.

■ Die Trennung von Staat, Religionsgemeinschaften und Kirchen ist konsequent durchzusetzen. Wir leben heute in einer durch religiöse und weltanschauliche Vielfalt geprägten Gesellschaft. Dies ist eine Bereicherung. In einer solchen Lage kann es nicht angehen, dass bestimmte religiöse Richtungen als vermeintliche »Leitkultur« andere Richtungen dominieren oder benachteiligen wollen.

■ Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sollen keine Sonderrechte beanspruchen können. Für sie gelten in Gesellschaft und Staat sowie innerhalb ihrer Gemeinschaften die gleichen Rechte und Gesetze. DIE LINKE hat ein grundsätzlich respektvolles und wohlwollendes Verhältnis zu allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die die demokratische Grundordnung akzeptieren und auch intern nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut sind. Dazu gehört auch, Frauen und Männern in jeder Hinsicht gleiche Rechte zuzubilligen. Alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die diese Voraussetzungen erfüllen, sind rechtlich gleich zu behandeln.

Kulturelle Vielfalt fördern – Teilhabe ermöglichen, Kulturschaffende absichern

Kunst und Kultur gehören zum Menschen seit Beginn seiner Entwicklung. Sie verbinden Menschen unterschiedlicher Herkunft und Altersgruppen, fördern das gegenseitige Verständnis und die Gemeinschaft. Sie helfen, die demokratische Gesellschaft weiterzuentwickeln. Sie machen Freude, erschließen neue Phantasie- und Gedankenwelten, regen zum Nachdenken und zur Kritik an. Sie sind ein Motor gesellschaftlichen Fortschritts.

Wir verstehen Kultur als die Gesamtheit der von Menschen geschaffenen materiellen und geistigen Werte einer Gesellschaft. Sie drückt sich nicht nur in der Bildenden Kunst, der Musik, der Literatur, im Film oder im Theater aus, sondern in allen Lebensformen, Traditionen, Glaubensrichtungen und Wertesystemen. Wir achten und schätzen die Güter der verschiedenen Kulturen und der verschiedenen kulturellen Stile. Es ist Aufgabe der Kulturpolitik, Zugang zum kulturellen Erbe, zum Neuen und zum Fremden zu eröffnen. Das kann nur gelingen, wenn sich die Kunst der Verwertungslogik entzieht.

DIE LINKE schützt und fördert die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt der Träger kultureller Produktion. Sie tritt für den unbeschränkten Zugang aller Menschen zu kulturellen Angeboten ein. Niemand darf – etwa aufgrund seiner materiellen Verhältnisse oder anderer Barrieren – ausgeschlossen bleiben. Kultureinrichtungen, Kulturvereine und freie Träger der Kulturarbeit sind auf die Absicherung ihrer ökonomischen Grundlagen ebenso angewiesen wie Künstler, Autoren und Publizisten. Die Kulturförderung darf sich nicht auf Hochkultur und Prestigeprojekte beschränken. Einen Ausverkauf kultureller Güter lehnt DIE LINKE ab.

DIE LINKE fordert:

■ Die Freiheit der Kunst und der Kulturproduktion muss unangetastet bleiben.

■ Die öffentlichen Kassen dürfen nicht auf Kosten von Kunst und Kultur saniert werden.

■ Kulturförderung ist eine Kernaufgabe der Kommunen. Sie muss angemessen und nachhaltig sein und vom Land finanziell unterstützt werden.

■ Sponsoren und Mäzene dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf öffentliche Kulturangebote erhalten. DIE LINKE lehnt die Privatisierung von Museen, Orchestern, Theatern und anderen Einrichtungen ab – auch die Umwandlung von Kulturstätten des Landes in Landesbetriebe.

■ Volkshochschulen, Bibliotheken und Musikschulen sind kulturelle Pflichtaufgaben. Das Land und die Kommunen müssen sie auskömmlich finanzieren und ihnen ermöglichen, ihren Lehrkräften eine Festanstellung anzubieten.

■ Die Förderung darf sich nicht auf bereits etablierte Einrichtungen beschränken, sondern muss auch neuen Projekten Chancen eröffnen. Auch die »freie Kulturszene« braucht Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers, Ausstellungs- und Probenräume oder Stipendien. Bildende Künstler und Künstlerinnen müssen Ausstellungshonorare erhalten.

■ Besondere Förderung verdient die kulturelle Jugendarbeit. DIE LINKE unterstützt vor allem antirassistische und interkulturelle Bildungsangebote mit dem Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt zu fördern und Migrantinnen und Migranten zu stärken und zu integrieren.

■ Kunst-, Musik- und Theaterpädagogen und -pädagoginnen sollen in den Unterricht an Ganztagschulen einbezogen werden, sofern sie es wollen. Sie müssen angemessen bezahlt werden. Werden sie von Musik- oder Jugendkunstschulen entsandt, besteht das Anstellungsverhältnis fort.

■ Kultur- und Medienschaffende dürfen nicht mit Mini-Honoraren abgespeist werden. Sie brauchen Arbeitsverträge, angemessene Gehälter und auskömmliche Honorare.

■ DIE LINKE setzt sich für den Ausbau und die Stärkung der Künstlersozialkasse ein.

■ DIE LINKE unterstützt die Zusammenschlüsse und die Selbstorganisation von Kulturschaffenden, damit sie ihre Anliegen und Interessen besser durchsetzen können.

■ DIE LINKE setzt sich für den kostenlosen Zugang der Bevölkerung zu staatlich-kulturellen Einrichtungen wie Museen oder Bibliotheken ein.

Pressefreiheit und Meinungsvielfalt schützen – Hände weg vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk!

Eine freie und unabhängige Presse und eine vielfältige Medienlandschaft sind Grundvoraussetzungen einer funktionierenden Demokratie. Vielfalt und Qualität der Presse in Baden-Württemberg sind durch Konzentration, steigende Renditeerwartungen der Verleger und Stellenabbau in den Redaktionen und Verlagshäusern bedroht. Um eine funktionierende Medienlandschaft zu erhalten, ist ein starkes

Gegengewicht durch öffentlich-rechtliche Medien wie den SWR nötig – auch im Internet und bei digitalisierten Medien.

■ DIE LINKE setzt sich für die Vielfalt und Freiheit der Medien und moderner Kommunikationsmittel wie Internet ein.

■ DIE LINKE verteidigt das durch Gebühren finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunksystem. Die öffentlich-rechtlichen Medien leisten die Grundversorgung mit Angeboten an Information und Meinung, Kultur, Bildung und Unterhaltung.

■ DIE LINKE verurteilt politische Einflussnahme auf öffentlich-rechtliche Medien. Einen »Fall Brender« wie beim ZDF darf es beim SWR niemals geben.

■ DIE LINKE unterstützt die Forderung des VS (Verbands Deutscher Schriftsteller) in Ver.di nach einem Sitz im SWR-Rundfunkrat.

■ In allen Medienhäusern muss die innere Pressefreiheit durch Redaktionsstatute gesichert werden. Die redaktionellen Inhalte müssen frei von äußerer Einflussnahme sein.

■ Die Beschäftigten der Medien müssen wie alle anderen vor prekären Arbeitsbedingungen etwa durch unbezahlte Praktika oder sittenwidrige Honorare geschützt werden. Die Zeitungsverlage müssen alle freien Mitarbeiter nach den Vergütungsregeln für freie Journalisten oder gegebenenfalls nach dem Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche freie Journalisten bezahlen.

■ Redakteursarbeitsplätze dürfen nicht durch den Einsatz von Honorarkräften ersetzt, Redaktionen nicht in Leiharbeitsfirmen oder GmbHs ausgegliedert werden.

■ DIE LINKE setzt sich für den Schutz kreativer Urheberrechte ein. Die Rechte der Urheber und Urheberinnen gegenüber den Verwertungsunternehmen sollen ausgebaut werden.

■ DIE LINKE fordert eine Grundversorgung mit kostenlosen Zugängen zum Internet.

■ DIE LINKE tritt dafür ein, die Entwicklung und den Einsatz freier Software zu fördern.

7. Für Demokratie und Bürgerrechte

CDU und FDP verfolgen in Baden-Württemberg eine Politik der Bevormundung und Gängelung. Sie orientieren sich am obrigkeitstaatlichen Denken, das die Bürgerinnen und Bürger zu Bittstellern macht und von wichtigen Entscheidungen ausschließt. In Baden-Württemberg bestehen erhebliche Defizite, was Demokratie und Bürgerrechte angeht. Die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung sind im Vergleich zu anderen Bundesländern stark beschnitten. DIE LINKE will das ändern. Deshalb fordern wir:

Mehr direkte Demokratie!

In Baden-Württemberg herrscht die weitverbreitete Meinung, der Staat müsse möglichst frei von Bürgereinfluss sein, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Da ist DIE LINKE ganz anderer Ansicht: Je vielfältiger die gesellschaftlichen Interessen, je komplexer die öffentlichen Aufgaben sind, desto notwendiger ist die direkte demokratische Beteiligung aller Betroffenen. In einer modernen Demokratie können angemessene politische Entscheidungen nur getroffen werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger in den Diskussions- und Entscheidungsprozess einbezogen sind.

Hier besteht in Baden-Württemberg erheblicher Reformbedarf:

- Bürgerbegehren werden bis jetzt im Land durch hohe bürokratische Hürden behindert. Das schränkt die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung stark ein. Ähnlich wie heute schon in Bayern oder der Schweiz fordert DIE LINKE auch für Baden-Württemberg:

- die für ein Bürgerbegehren notwendige Unterschriftenanzahl ohne Einschränkung durch eine Frist deutlich zu senken;

- die sogenannte Kostendeckungsklausel als Zulassungsvoraussetzung abzuschaffen;

- Bauleitpläne dürfen nicht länger als Gegenstand von Bürgerbegehren ausgeschlossen bleiben. Denn gerade große Bauprojekte treffen den Nerv der Bürgerschaft, wie das aktuelle Beispiel Stuttgart 21 deutlich macht.

- Wie bei Wahlen soll auch bei Bürgerentscheiden allein das Prinzip gelten: »Die Mehrheit entscheidet!« Es soll nicht mehr möglich sein, dass ein Gemeinderat dann doch anders entscheidet, als es die Mehrheit der Abstimmenden beim Bürgerentscheid will.

- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollen auch auf Landkreisebene ermöglicht werden. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat die

Landesregierung in Baden-Württemberg das bis heute verhindert. DIE LINKE meint: Wenn sich ein Projekt nicht nur auf eine Gemeinde, sondern auf den ganzen Landkreis bezieht, muss die Bevölkerung des Landkreises darüber abstimmen können.

- Einwohneranträge sind ein demokratisches Instrument, das in anderen Bundesländern immer wieder genutzt wird. In Baden-Württemberg ist es unbekannt. Bei einem Einwohnerantrag kann ein bestimmter Prozentsatz der Einwohner verlangen, dass ein Thema auf die Tagesordnung des Gemeinderats, des Kreistags oder des Landtags gesetzt wird, worüber dann das jeweilige Gremium eine Entscheidung herbeiführen muss. DIE LINKE hat einen umfassenden Gesetzentwurf ausgearbeitet, um Einwohneranträge auch in Baden-Württemberg zu ermöglichen. Wir werden ihn umgehend einbringen, sobald wir in den Landtag eingezogen sind.

- Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene werden in Baden-Württemberg durch unüberwindbare gesetzliche Hürden faktisch unmöglich gemacht. DIE LINKE fordert, die Zahl nötiger Unterschriften für ein landesweites Volksbegehren von 17 Prozent auf 5 Prozent der Wahlberechtigten zu senken. Sechs Monate sind mindestens für die Unterschriftensammlung einzuräumen, statt wie bisher nur zwei Wochen, was völlig unrealistisch und undurchführbar ist. Die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren muss in freier Sammlung oder auf den Rathäusern möglich sein.

Eine der ersten Maßnahmen der Landtagsfraktion DIE LINKE wird ein Gesetzentwurf zur Ausweitung direktdemokratischer Elemente (Volksabstimmung und Bürgerentscheid) sein.

Keine Manipulationen beim Wahlrecht!

Im Unterschied zu anderen Bundesländern ist das Wahlrecht in Baden-Württemberg so gestaltet, dass die CDU bevorzugt und andere Parteien benachteiligt werden. Das ist undemokratisch. Daher fordert DIE LINKE eine umfassende Wahlrechtsreform, wofür wir im Landtag einen Gesetzentwurf einbringen werden.

- In den Landkreisen sollen die Landräte, in den Städten die Bezirksbeiräte direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden.

- Die Amtszeit von Bürgermeistern soll von acht auf sechs Jahre reduziert werden, damit sie den Wählerwillen nicht so schnell vergessen. Sie sollen jederzeit abwählbar sein. Außerdem sollen sie keine weiteren Mandate bekleiden dürfen, beispielsweise in Kreistagen. Auch bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern darf es keine Ämterhäufung geben.

- Das Wahlrecht bei Kreistagswahlen ist dahingehend zu modifizieren, dass keine unausgeglichene Überhangmandate mehr auftreten und die Zahl der Sitze für die Parteien ihrem Anteil an Wählerstimmen entspricht.
- Das veraltete Sitzzuteilungsverfahren nach d'Hondt in den baden-württembergischen Kommunalparlamenten, das großen Parteien – insbesondere der CDU – mehr Sitze zuteilt, als es ihrem Wählerstimmenanteil entspricht, gehört abgeschafft und ist durch das proporzgerechte Verfahren von Sainte-Laguë/Schepers zu ersetzen.
- Um ein faires Wahlrecht bei Landtagswahlen zu erreichen, wird DIE LINKE einen Gesetzentwurf mit folgenden Kernpunkten in den Landtag einbringen: Einführung einer Zweitstimme für die Landeslisten wie bei Bundestagswahlen mit verbindlicher Geschlechterquotierung der Landeslisten der Parteien. Wahl von zwei Direktkandidatinnen und Direktkandidaten pro Wahlkreis, wobei die Zahl der Wahlkreise reduziert wird und deren Größe sich an den Bundestagswahlkreisen orientiert. Langfristiges Ziel ist die Abschaffung der undemokratischen Fünf-Prozent-Hürde. Solange dies keine Mehrheiten findet, streben wir die Einführung einer Ersatzstimme an, durch die angegeben werden kann, wer die Stimme ersatzweise erhalten soll, falls die Lieblingspartei die Fünf-Prozent-Hürde oder der Lieblingskandidat die notwendige Mehrheit für ein Direktmandat verfehlt.
- DIE LINKE fordert die konsequente Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts. Das bedeutet, dass alle unabhängig von der Staatsangehörigkeit ab dem 16. Lebensjahr dazu berechtigt sein sollen, dort zu wählen, wo sie leben und wohnen. Dieses Recht soll nicht nur Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zustehen, sondern allen, die ihren Lebens- und Arbeitsmittelpunkt in Baden-Württemberg haben.

Transparenz statt Klängelei – Öffentlichkeit und bürgernahe öffentliche Verwaltung statt Überwachungsstaat

Immer mehr Vorgänge in der Politik spielen sich hinter verschlossenen Türen ab. Bürgerinnen und Bürger werden nicht nur von Entscheidungsprozessen ferngehalten, sondern nicht einmal informiert. DIE LINKE fordert Offenheit und Transparenz, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern rechtzeitig Einwände und Einspruch erheben können.

- Jede Gemeinde und jeder Landkreis muss mindestens einmal jährlich eine öffentliche Bürgerversammlung durchführen, um die Bürgerschaft über aktuelle Vorgänge zu informieren und Gelegenheit zur Diskussion zu geben. In Baden-Württemberg gibt es hierzu lediglich eine unverbindliche Soll-Bestimmung für Gemeinden, die von den verantwortlichen Politikern gerne ignoriert wird.

- Gemeinderäte und Kreistage sowie alle ihre Ausschüsse tagen grundsätzlich öffentlich. Ausnahmen darf es nur noch geben, wenn dies gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, zum Beispiel wenn ein Persönlichkeitsrecht zu schützen ist. Die Kungelei hinter verschlossenen Türen muss ein Ende haben. Auch in privatrechtlich organisierten kommunalen Unternehmen müssen alle gewählten Gemeinde- und Kreisräte jederzeit uneingeschränkter Zugang zu Informationen haben.
- Alle Protokolle und Antragsunterlagen von öffentlichen Sitzungen der Kommunalparlamente und ihrer Ausschüsse sind umgehend im Internet zu veröffentlichen, damit jede Bürgerin und jeder Bürger genau nachvollziehen kann, was eigentlich verhandelt und beschlossen wurde.
- Der wachsende und immer weiter um sich greifende kapitaldominierte Lobbyismus muss endlich ein Ende haben. Ein großer Teil der Abgeordneten unserer Parlamente gehört gleichzeitig Vorständen von Konzernen und Unternehmen an. Durch hohe Nebenverdienste und mögliche Weitergabe von internen Informationen ist nicht mehr gewährleistet, wem die Abgeordneten dienen und wessen Interessen sie eigentlich vertreten. Auch durch Parteispenden von Großkonzernen wird in die parlamentarische Willensbildung eingegriffen und großer Einfluss auf sie ausgeübt. Zudem gehen immer wieder große Spenden auch an Ministerien, um sich Vorteile zum Beispiel bei der Vergabe von Aufträgen zu erkaufen. Damit muss Schluss sein! Deshalb fordert DIE LINKE auch in Form von Bundesratsinitiativen: Es dürfen nur noch Privatpersonen an Parteien spenden. Spenden müssen offengelegt werden. Einrichtungen in öffentlicher Hand und demokratisch gewählte Parlamentarier dürfen nur noch private Spenden annehmen. Mitglieder des Landtages sollen ihre Nebeneinkünfte spenden.

Gesetz zur Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg

Weitgehende Transparenz und umfassende zeitnahe Information sind wesentliche und mithin unverzichtbare Verhaltensweisen von öffentlichen Behörden und Verwaltungen in einer lebendigen Demokratie. DIE LINKE fordert auch für Baden-Württemberg ein Informationsfreiheitsgesetz, das jeder Person einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen oder amtsähnlichen Informationen gewährt. Bürgerinnen und Bürgern dürfen solche Informationen nicht mehr unter dem Vorwand des Amtsgeheimnisses vorenthalten werden. Damit würden sie von ihrer demokratischen Teilhabe ausgeschlossen. Bisher blockiert die schwarz-gelbe Landesregierung alle Bestrebungen, auch in Baden-Württemberg ein Informationsfreiheitsgesetz zu verabschieden, wie es bereits in anderen Bundesländern in Kraft ist.

DIE LINKE fordert, dass in den Beratungen über ein Informationsfreiheitsgesetz für Baden-Württemberg auch hemmende Aspekte des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes beseitigt, die Pflichten der Behörden, öffentlicher Verwaltungen und vergleichbarer Einrichtungen unmissverständlich festgestellt und der Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger eindeutig geregelt und klar verständlich formuliert werden.

DIE LINKE wird sich unmittelbar nach den Wahlen zum neuen Landtag nachdrücklich für die Einführung eines »Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Baden-Württemberg« einsetzen und dafür auch einen eigenen Gesetzesentwurf einbringen. Dieser wird insbesondere:

- den klaren Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auf nachvollziehbare Transparenz und unverzügliche beziehungsweise zeitnahe umfassende Information zu Vorgängen und Daten der Verwaltungen festlegen und die Verwaltungen des Landes zu einem entgegenkommenden Verhalten verpflichten;
- mögliche Widersprüche mit anderen Gesetzen oder Bestimmungen klären und gegebenenfalls zugunsten der Informationsfreiheit regeln;
- Zuständigkeiten und unabdingbare Ausnahmen (Persönlichkeitsrechte etc.) nachvollziehbar klar und eindeutig formulieren beziehungsweise auf solche ausdrücklich verweisen;
- Ausnahme-, Kann- und Soll-Regelungen auf ein unabdingbares Mindestmaß reduzieren;
- Einrichtungen und Gesellschaften, die sich überwiegend oder ganz in öffentlicher Hand befinden (Stadtwerke, Abfallwirtschaftsunternehmen etc.), ausdrücklich in die Auskunftspflicht mit einschließen;
- eine Auskunft nach dem Informationsfreiheitsgesetz tatsächlich unverzüglich und in einfachen Fällen kostenlos, bei aufwändigeren Anfragen zeitnah und kostengünstig, gewährleisten. Für Auskünfte sind klare Fristenregeln vorzusehen und die oder der Auskunftsbegehrende im Zweifels- oder Verweigerungsfalle unverzüglich zu benachrichtigen.

Versammlungsfreiheit statt Behördenwillkür!

Seit Jahren will die schwarz-gelbe Landesregierung die Versammlungsfreiheit in Baden-Württemberg einschränken – angeblich, um den Kampf gegen den Rechtsextremismus zu führen. Neonazis bekämpft man jedoch nicht durch Angriffe auf demokratische Grundrechte, sondern durch Verbot ihrer verfassungswidrigen Organisationen und eine aktive Aufklärung über ihre Machenschaften. Doch geht es nach den Plänen der Landesregierung aus CDU

und FDP, soll jeder öffentliche Protest erschwert werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie der öffentlichen Demonstration wollen sie der Willkür staatlicher Behörden aussetzen. Setzen sich die Regierungsparteien durch, kommt es zu einer gefährlichen Einschränkung der Versammlungsfreiheit, der DIE LINKE entschieden entgegentritt.

Darüber hinaus gibt es gegen Polizeibeamte immer wieder ernst zu nehmende Vorwürfe wegen rechtswidriger Gewaltanwendung, die zum Teil nicht ausreichend untersucht werden. Die Aufklärung wird nicht selten dadurch erschwert, dass die betroffenen Polizeibeamten aufgrund fehlender Kennzeichnung nicht identifiziert werden können. Das kann zu einem Mangel an Verantwortlichkeit und zu einem Klima der Straflosigkeit führen. Um dem entgegen zu treten fordert DIE LINKE eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, zum Beispiel durch Namensschilder oder individuelle Identifizierungsnummern, die Gewährleistung unabhängiger, umfassender, unmittelbarer und unparteiischer Untersuchungen, wenn Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen gegen die Polizei erhoben werden, sowie ein Verbot des Tragens von Schusswaffen im alltäglichen Streifendienst sowie bei Demonstrationen und Großveranstaltungen.

Vorsicht Überwachungsstaat!

DIE LINKE setzt sich im Bundesrat, sowie im Zusammenwirken mit dem Landesdatenschutzbeauftragten, für Datenschutz ein, und zwar sowohl Schutz der Bürger und Bürgerinnen gegenüber dem Staat wie auch der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern. Dazu gehören Themen wie die Vorratsdatenspeicherung von Telefondaten, die umfassende Datenübermittlung nach ELENA-Vorschriften von Arbeitgebern an öffentliche Stellen, der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Arbeitsplatz vor Bespitzelung mit Videoaufnahmen, Mailüberwachung und werkärztlichen Untersuchungen, und die Sammlung gewaltiger Datenmengen in der Volkszählung 2011. In diesen Fällen sind zahlreiche Klagen anhängig. Das im August 2010 vom Bundeskabinett vorgelegte Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz ist völlig unzureichend.

DIE LINKE lehnt die im Polizeigesetz von Baden-Württemberg seit 2001 verankerte Verwaltungsvorschrift zur Videoüberwachung von Bürgerinnen und Bürgern ab. Diese Vorschrift ermöglicht willkürliches Handeln der durchführenden Organe. Auch das Beispiel von Videoüberwachungen an 17 öffentlichen Schulen in Mannheim, die 2009 vom Landesdatenschutzbeauftragten kritisiert und schließlich durch das Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärt wurden, zeigt die Bereitschaft der Landesregierung zum unbegründeten Eingriff in die Persönlichkeitsrechte jedes Einzelnen. Wissenschaftliche Untersuchungen hingegen belegen: Kameraüberwachungen vermindern die Kriminalität nicht,

sondern verlagern sie bestenfalls an andere Orte. Damit werden die Kriminalität und ihre Ursachen nicht beseitigt!

Nach Auffassung der LINKEN trägt – neben einer grundsätzlich sozial gerechten Politik – zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger eher eine personelle Aufstockung der Polizei und der kommunalen Ordnungsdienste bei als der derzeit betriebene Stellenabbau, die Verlängerung der Dienstpläne und die Kürzung der Gehälter.

Polizei und innere Sicherheit

Die Alternative zu der willkürlichen Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, Schulen und in öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine Personalaufstockung bei Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten, um gesellschaftlich notwendige öffentliche Ordnung und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger besser gewährleisten zu können. Durch den immer weiteren Stellenabbau der letzten Jahre ist es heute kaum mehr möglich, dass die Polizei ihre öffentlichen Verwaltungs- und Ordnungsaufgaben zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllen kann.

Widersinnig ist zudem die von der Landesregierung verantwortete neue Festsetzung, dass für die Höchstpension 45 Dienstjahre Voraussetzung sind. Das kann von niemandem erreicht werden und bedeutet somit faktisch eine Kürzung der polizeilichen Beamtenpensionen. Der Polizeiberuf wird dadurch immer unattraktiver.

Während in anderen Bundesländern wie Hessen und Rheinland-Pfalz durch eine Laufbahnreform der mittlere Polizeidienst faktisch abgeschafft wurde, befinden sich in Baden-Württemberg immer noch 50 Prozent der Polizeibeamten im mittleren Dienst. Der in Aussicht gestellte Übergang lebensälterer Polizeibeamter vom mittleren in den gehobenen Dienst ist nur über ein verdünntes Ausbildungsprogramm (sogenanntes »W8-Programm«) möglich. DIE LINKE fordert eine Ausweitung des Qualifizierungsprogramms und eine Anhebung des Stellenschlüssels für den gehobenen Dienst bei der Polizei auf mindestens 80 Prozent. Entsprechend ist auch bei den Landesfeuerwehren und im Justizvollzug zu verfahren.

In vielen abgelegenen Orten Baden-Württembergs steht der Polizei heute immer noch keine Funkverbindung zur Verfügung, die lebensrettend sein kann. Hier fordert DIE LINKE die unverzügliche Einführung des Digitalfunks, der sich nun schon seit zirka zehn Jahren nur »in Planung« befindet. Das ist weit wichtiger als etwa die Farbe der Uniform (wobei die Beamten den Uniformwechsel auch noch durch jahrelange Kürzungen ihres Kleiderkontos faktisch selbst finanzieren).

Zusätzlich fordert DIE LINKE die Einführung einer vom Landtag beauftragten unabhängigen Kontroll-

kommission zur Aufklärung von Straftaten von Polizistinnen und Polizisten.

Justiz- und Rechtspolitik

Justizminister Ulrich Goll (FDP) betreibt seit Jahren eine Politik, die das Gegenteil von liberal ist. Seine Aufgabe wäre es, die Unabhängigkeit der Gerichte gegen Einmischungen aus der Politik zu verteidigen. Tatsächlich jedoch mischt er sich selbst in die Angelegenheiten der Justiz ein. Zum Beispiel ist seine Positionierung gegen die Forderung nach einer Restriktion der privaten Waffenhaltung kaum zu trennen von seiner eigenen hinlänglich bekannten Waffenvorliebe.

Als Antwort auf überfüllte Gefängnisse sieht die baden-württembergische Regierung ihr Heil in der höchst bedenklichen Privatisierung des Strafvollzugs. Da soll der Bock zum Gärtner gemacht werden. Auch die Einführung einer elektronischen Fußfessel führt nicht zu einer Lockerung des Strafvollzugs, sondern zu seiner Ausdehnung. DIE LINKE wird im Landtag auf die Tagesordnung setzen:

- Das soeben verabschiedete Strafvollzugsgesetz und das Polizeigesetz dürfen nicht hinter europäische Rechtsstandards zurückfallen und müssen reformiert werden.
- In Baden-Württemberg muss eine unabhängige Institution einer oder eines Beauftragten für Gefangene und Justizvollzug eingerichtet werden, damit Betroffene eine Anlaufstelle haben, an die sie sich wenden können – ähnlich der Institution der oder des Wehrbeauftragten.
- Die Privatisierung des Strafvollzugs muss sofort beendet und rückgängig gemacht werden. Der Strafvollzug ist eine öffentliche Aufgabe und gehört nicht in die Hand privater Profitinteressen. Das gilt auch für die Bewährungshilfe.
- Gefängnisse dürfen keine Abschiebeanstalten sein. Wir fordern ein Bleiberecht für alle von Verfolgung, Folter und Tod bedrohten Menschen. Sie dürfen nicht dem Strafvollzug unterworfen werden – das ist unmenschlich! Die Abschiebehaft von Frauen, Kindern, Kranken und Alten muss sofort beendet werden.
- Jeder Richter des Landes wird durch einen Richterwahlausschuss gewählt. Dieser besteht aus zwölf Mitgliedern. Davon werden sechs vom Landtag, die übrigen von den jeweiligen Richtervertretungen gewählt.

Über den Bundesrat soll die Landesregierung die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft und erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten durchsetzen, also eine Änderung des Ausländer- und Asylrechts anstoßen.

Verfassung schützen

Die Verfassung, das Grundgesetz, muss geschützt werden, oft leider nicht nur vor Feinden der Demokratie, sondern auch vor regierenden Parteien und ihren verfassungswidrigen Beschlüssen. Das belegen zahlreiche Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des baden-württembergischen Staatsgerichtshofes.

Die freiheitlichen und demokratischen Elemente unseres Grundgesetzes müssen verteidigt werden. Zusätzlich ist aber auch erforderlich, der Gefahr einer schleichenden Entdemokratisierung entgegenzutreten, die unter anderem dadurch droht, dass sich herrschende Eliten verselbständigen und Wirtschaftsunternehmen ihre Parteilobby durch »Spenden« kaufen. Das Grundgesetz muss ständig im Sinne von mehr Emanzipation und Rechten für die Bürgerinnen und Bürger weiterentwickelt werden.

Einige Entwicklungen in der als »Verfassungsschutz« bezeichneten Behörde sind allerdings nicht unproblematisch, insbesondere in Baden-Württemberg. Weil das »Landesamt für Verfassungsschutz« unmittelbar dem Innenminister untersteht, fehlt es ihm an politischer Unabhängigkeit. Immer wieder wurde es in der Vergangenheit dazu missbraucht, missliebige politische Konkurrenz bespitzeln zu lassen und in der Öffentlichkeit durch haltlose Unterstellungen zu verunglimpfen.

Wenn in Papieren der Jungen Union Baden-Württemberg Nazi-Parolen kursieren und demagogisch eine Überfremdungsfahr beschworen wird, ohne dass die CDU-Führung oder das Landesamt für Verfassungsschutz dagegen einschreiten, wirft das ein grelles Licht auf die tatsächlichen Verhältnisse in Sachen Schutz der Grundwerte und Freiheitsrechte in Baden-Württemberg.

DIE LINKE fordert die Umwandlung des Landesamtes für Verfassungsschutz in ein von der Landesregierung unabhängiges wissenschaftliches Institut, das die Einhaltung der Verfassung und die Respektierung von Bürgerrechten laufend überprüft und darüber berichtet. Die Programme und Aktivitäten aller politischen Parteien und Bewegungen sollen dabei gleichermaßen analysiert und ausgewertet werden.

Konsequente Friedenspolitik – Keine Bundeswehr im Inneren

DIE LINKE Baden-Württemberg spricht sich für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und gegen Bundeswehreinräte im Ausland und im Inneren unseres Landes aus. In den letzten Jahren wurden systematisch die Grenzen zwischen polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Aufgaben aufgeweicht. DIE LINKE fordert, auch als Konsequenz aus den Verbrechen des Dritten Reiches, eine klare Trennung dieser Bereiche. Immer häufiger

versucht die Bundeswehr durch Auftritte im öffentlichen Raum, zum Beispiel durch Gelöbnisse mitten in baden-württembergischen Städten, für Akzeptanz oder zumindest Gewöhnung an ihre Präsenz zu sorgen.

Ein wesentlicher Baustein für gegenwärtige und zukünftige Bundeswehreinräte im Inneren ist die zivilmilitärische Zusammenarbeit. Diese wurde in den letzten Jahren grundlegend neu geordnet, so dass die Bundeswehr nun mit Kreisverbindungskommandos in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt präsent ist und mit Bezirks- und Landeskommandos in den Regierungspräsidien und in der Landespolitik Einfluss nehmen kann. Das Militär ist damit dauerhaft in die Katastrophenschutzstäbe auf Landesebene eingebunden. Dadurch wird die Unterscheidung zwischen zivilem Katastrophenschutz und militärischem Zivilschutz dauerhaft unterlaufen. Das Militär bestimmt maßgeblich die Katastrophenschutzpläne und darüber, was als Katastrophe zu definieren ist. Über Programme von Innenministerien und Bundeswehr zum Schutz so genannter »kritischer Infrastruktur« (Bahnhöfe, Flughäfen, Energieversorgungsunternehmen, Banken etc.) können auch Streiks oder Demonstrationen vor solchen Einrichtungen zum Katastrophenfall erklärt werden, so dass Einsätze der Bundeswehr gegen Streikende oder Demonstrierende zu befürchten sind.

Gleichzeitig stehen für den zivilen Katastrophenschutz immer weniger Gelder zur Verfügung. Doch nur, wenn es einen gut ausgestatteten zivilen Katastrophenschutz gibt, ist auch die tatsächliche Versorgung der Zivilbevölkerung in einem Katastrophenfall gesichert. Militärische Prioritäten sind keineswegs immer identisch mit dem, was den Bedürfnissen der Zivilbevölkerung entspricht.

DIE LINKE begrüßt, dass immer mehr militärische Liegenschaften aufgegeben werden, und sieht das als Chance für eine zivile Entwicklung der betroffenen Regionen. Sämtliche in Baden-Württemberg stationierte Bundeswehreinheiten müssen aufgelöst und die Kasernen einer friedlichen Nutzung zugeführt werden. Das gilt zuerst für die Kaserne in Calw, von der aus das Kommando Spezialkräfte in Kriege in aller Welt geschickt wird, und für den Sprengplatz am Heuberg, wo beim Trainieren von »Kriegsspielen« auch das Grundwasser der Region gefährdet wird. Die anderen Kasernen sollten dann schrittweise folgen.

DIE LINKE lehnt die Versuche der Bundeswehr ab, in Arbeitsagenturen, auf Messen, in Schulen und Hochschulen junge Menschen für den Militärdienst zu rekrutieren. Es darf nicht sein, dass Offiziere in ARGen die Notlage junger Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger für ihre Anwerbebemühungen ausnutzen. Stattdessen benötigen diese Menschen Perspektiven für berufliche Bildung im zivilen Bereich.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

■ Die institutionalisierte zivilmilitärische Zusammenarbeit zu beenden;

■ keine öffentlichen Aufmärsche und Gelöbnisse der Bundeswehr;

■ keine Einsätze der Bundeswehr im Inland;

■ Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Arbeitsämtern müssen aufgelöst werden.

■ Für die Konversion militärischer Liegenschaften erstellt das Land Konzepte für zivile Nutzung und entsprechende finanzielle Unterstützung zur Verfügung.

■ Demilitarisierung der Wirtschaftsförderung: Keine Subventionen und Fördergelder an Firmen und Konzerne in Baden-Württemberg, die an Rüstungsforschung, Herstellung von Rüstungsgütern und Komponenten für Kriegsmaterial beteiligt sind. Baden-Württemberg legt Programme zur Rüstungskonversion auf, so dass an Stelle von Arbeitsplätzen in der Rüstungsproduktion zivile Arbeitsplätze (zum Beispiel im Bereich nachhaltiger Energiegewinnung) entstehen können.

Kein Boden für Rassismus und Neofaschismus!

Auch in Baden-Württemberg nehmen rassistische, antisemitische und neofaschistische Aktivitäten und Übergriffe zu. Von solchen Aktivitäten und Übergriffen sind auch immer mehr Menschen mit Behinderungen betroffen. Die »Jungen Nationaldemokraten« haben seit 2005 in Baden-Württemberg ihre Mitgliederzahl verdoppelt, und mit den »Autonomen Nationalisten« ist eine neue, gewaltbereite Jugendgruppierung entstanden. Statt der neofaschistischen Gewalttäter verfolgt und bestraft die Landesregierung jedoch die antifaschistische Gegenwehr.

Da Rassismus und Neofaschismus jedoch in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt sind, darf der Kampf dagegen nicht überwiegend bei sogenannten Randgruppen der Gesellschaft geführt werden. Beispielsweise treten bei der Jungen Union in Baden-Württemberg immer wieder rechtsextreme Tendenzen auf, die von der Mutterpartei nur ungenügend kritisiert oder sogar verharmlost werden.

Die Mitarbeit in antifaschistischen Bündnissen zählt zum Grundverständnis der LINKEN. Alle den Faschismus und den Holocaust relativierenden Vergleiche lehnen wir ab, insbesondere die unhistorische Gleichsetzung von links und rechts.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

■ Keinerlei finanzielle oder sonstige Unterstützung für das reaktionäre Studienzentrum Weikersheim;

■ keine steuerliche Begünstigung rechtsextremer und geschichtsrevisionistischer Organisationen oder

Tarnorganisationen wie beispielsweise der sogenannten Gesellschaft für freie Publizistik in Baden-Württemberg;

■ Bekämpfung sowohl von Antisemitismus als auch von Islamophobie;

■ antifaschistisches Engagement und Erinnerungsarbeit sollen gefördert und gestärkt statt behindert und kriminalisiert werden.

■ Sowohl alter als auch neuer Faschismus sollen im Geschichtsunterricht aufgearbeitet werden. Antirassistische Aktivitäten sind an den Schulen des Landes im Rahmen von »Schule ohne Rassismus« stärker zu unterstützen.

■ Migrantinnen und Migranten aus aller Welt sind selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens und der kulturellen Vielfalt dieses Landes. Entschieden bekämpft DIE LINKE Rassismus, Vorurteile, Benachteiligung und Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund.

■ DIE LINKE lehnt ein Kopftuchverbot ab. Wir sind für eine Gleichbehandlung aller Religionen. Solange in Schulen christliche Symbole und Kleidung geduldet werden, kann es nicht sein, dass muslimischen Lehrerinnen mit Kopftuch Berufsverbot erteilt wird. Darüber hinaus halten wir am Prinzip der Trennung von Kirche und Staat fest. Unser Ziel bleibt eine Schule frei von religiösen Symbolen.

■ Die Arbeit der Gedenkstätteninitiativen und Dokumentationszentren wie beispielsweise jenes der Sinti und Roma in Heidelberg sind aufzuwerten und zu fördern. Die finanziellen Mittel sollen sich am künftigen Bedarf der jeweiligen Gedenkstätten orientieren.

■ Umfassende Aufarbeitung der Euthanasie gegen Menschen mit Behinderungen; entsprechende Gestaltung von Gedenkstätten;

■ das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen;

■ die Einleitung eines erneuten Verbotsverfahrens gegen die NPD und ihre Unterorganisationen durch einen entsprechenden Antrag im Bundesrat; zu diesem Zweck muss das Landesamt für Verfassungsschutz seine V-Leute in der NPD abschalten.

■ sofortige Beendigung der pauschalen Überwachung antifaschistischer und linker Initiativen, Verbände und Parteien durch das Landesamt für Verfassungsschutz.

Erinnerungskultur: NS-Dokumentationszentrum für Baden-Württemberg im »Hotel Silber« aufbauen

Das Land plant zusammen mit dem Kaufhauskonzern Breuninger ein Neubauprojekt am Stuttgarter

Karlsplatz. Die Investoren planen hier ein Einkaufszentrum, ein Luxushotel und Büros für Ministerien. Hierfür soll das Gebäude in der Dorotheenstraße 10, bekannt als »Hotel Silber«, abgerissen werden.

DIE LINKE wendet sich entschieden gegen diese »Entsorgung der Geschichte«. Hier war in der NS-Zeit der Sitz der Gestapo-Leitstelle und damit die Zentrale des NS-Terrors in Württemberg-Hohenzollern. Von hier aus wurden die Gestapo-Gefängnisse und »Arbeitserziehungslager« im Land eingerichtet. Von hier aus wurde die Überwachung und Bespitzelung der Bevölkerung organisiert. Von hier aus wurden die Verfolgungsmaßnahmen gegen so genannte Asoziale und gegen Homosexuelle organisiert. Die Gestapo-Zentrale war in ganz verschiedene Referate aufgeteilt. Die Liste der Sachgebiete reichte vom »Judenreferat« die Gestapo organisierte die Deportation – bis hin zur Niederschlagung des kommunistischen Widerstands und der Verfolgung von Kritikern des NS-Regimes innerhalb der Kirchen. Von hier aus wurden die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter überwacht und in etlichen Fällen über ihre Ermor-

dung am Galgen entschieden. Von hier aus wurden die Züge der württembergischen Juden in die Vernichtungslager organisiert.

DIE LINKE fordert, das »Hotel Silber« zu erhalten und zwar als Gedenk- und Lernort, wo sich am authentischen Ort Bürgerinnen und Bürger, insbesondere junge Menschen, Zugang zum dunkelsten Kapitel der Stadt- und Landesgeschichte erarbeiten können. Wir fordern, dass das Land auf einen Teil der geplanten Büros an dieser Stelle verzichtet und als Investor Architekten beauftragt, eine Planung zu entwickeln, die den Erhalt des Gebäudes möglich macht. DIE LINKE will, dass das Land mit der Stadt Stuttgart Verhandlungen aufnimmt mit dem Ziel, hier das längst überfällige NS-Dokumentationszentrum für Stuttgart und Baden-Württemberg einzurichten, als einen die dezentralen Gedenkstätten ergänzenden Ort, an dem die Verfolgung aller Opfergruppen, der Widerstand in all seinen Facetten und das Funktionieren des NS-Regimes systematisch und konkret auf Stuttgart und Württemberg-Hohenzollern bezogen dargestellt wird.

8. Für die soziale und ökologische Wende jetzt!

DIE LINKE steht für die »Drei-E-Strategie« zum Wandel der Energiewirtschaft:

- Energie und Ressourcen einsparen,
- Energieeffizienz steigern,
- Erneuerbare Energien ausbauen.

Umweltpolitik geht alle an

Der Klimawandel, die irreversible Ausbeutung und Verschwendung der natürlichen Ressourcen, die Gesundheitsgefährdung durch Chemikalien, Atom- und Verkehrsmüll, verkehrsbedingte Emissionen, zunehmende Allergierkrankungen durch Umwelteinflüsse und das Artensterben sind bedrohliche Entwicklungen. Den zukünftigen Generationen ist die Chance auf ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Dazu muss der Verbrauch von Ressourcen und Energie, Boden und Wasser der Regenerationsfähigkeit unserer Erde Rechnung tragen.

Ökologie betrifft alle Lebensbereiche. Sie muss in nahezu allen Politikfeldern berücksichtigt werden: In der Wirtschafts-, der Verkehrs-, der Landwirtschafts- und Forstpolitik, beim Wohnungs- und Städtebau, bei der Energie- sowie in der Sozial- und Gesundheitspolitik. Der beispielgebende ressourcenschonende ökonomische Umbau ist auch eine Grundvoraussetzung konsequenter Friedenspolitik, denn ohne eine nachhaltige und regionalisierte Energie- und Rohstoffnutzung werden militärische Auseinandersetzungen um

die Ressourcen der Erde das friedliche Zusammenleben der Völker zunehmend gefährden.

DIE LINKE steht für die Einheit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und eine zukunftsfähige Politik der ökologischen Erneuerung. Eine intakte und lebenswerte Umwelt für das Hier und Jetzt, aber insbesondere für die nachfolgenden Generationen ist uns ein zentrales Anliegen. Um die Klimaerwärmung auf 2 Grad zu begrenzen, muss bis 2050 der CO₂-Ausstoß weltweit um 80 Prozent vermindert werden. Es muss sofort in den Industriestaaten damit begonnen werden, zumal diese bis 2050 den Ausstoß von CO₂ um etwa 90 Prozent vermindern müssen. Bis 2020 hat sich die Bundesregierung verpflichtet, den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern.

Es muss endlich mit der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll ernst gemacht werden. DIE LINKE fordert, dass der kommende Landtag Sofortmaßnahmen beschließt, um dieses Ziel einzuhalten.

Mappus mit Merkel am Gängelband der Atomkonzerne

Die CDU/FDP-Landesregierung, angeführt von Ministerpräsident Stefan Mappus, ist eine der größten Verfechterinnen der Verlängerung von AKW-Laufzeiten. Die Landesregierung versucht dadurch, die EnBW als Global Player im Energiesektor zu stärken. Die Privatisierung der Energieversorgung war falsch. Baden-Württemberg darf diesen Fehler mit

den zurückgekauften EnBW-Anteilen nicht wiederholen. Das Land darf seine Anteile nicht an die Börse bringen, sondern muss sie zu einer strategischen Neuausrichtung der EnBW hin zum Einsatz erneuerbarer Energien nutzen.

Die Privatisierung und die Politik der CDU/FDP-Regierung verhinderte einen ökologischen Wandel in der Energiewirtschaft, obwohl bereits heute die ungeklärten Fragen zur Endlagerung und dramatisch ansteigende Weltmarktpreise für Brennstoffe die Anwendung der Technologie unverantwortbar macht. Mit der Laufzeitverlängerung beabsichtigt die Landesregierung, den Energiekonzernen enorme Zusatzgewinne zu sichern. Eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke bremst jedoch den notwendigen ökologischen Wandel und schwächt damit die Wirtschaft.

Dafür nimmt die CDU/FDP-Landesregierung das wachsende Risiko beim Betrieb von technisch veralteten Reaktoren in Kauf. Die Landesregierung setzt damit die Bevölkerung einem unverantwortbaren Risiko aus, obwohl im Zuge der enormen Stromüberschüsse bereits heute deutschlandweit acht Atomkraftwerke stillgelegt werden könnten, ohne dass hierdurch Versorgungsengpässe entstünden.

Die Energiepolitik der LINKEN: Der Weg zum Energiemusterland Baden-Württemberg

Wir stehen weltweit am Beginn einer revolutionären Veränderung der Energieerzeugung. Seit Beginn des Industriezeitalters vor circa 250 Jahren basierte die Energiegewinnung auf dem irreversiblen Verbrauch von Ressourcen auf Kosten der Biosphäre und des Klimas. Die erneuerbaren Energien (Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft) bieten der Menschheit jedoch das Potential, klima- und ressourceneffizient Energie aus nachhaltigen Kreisläufen zu entziehen. Die technischen Voraussetzungen für Anlagen und Infrastruktur sind bereits gegeben. Zudem bieten die erneuerbaren Energien große Potentiale, die Wirkungsgrade in der technischen Anwendung zu erhöhen. Die Energieversorgung der Zukunft muss ausschließlich auf einer intelligenten Mischung erneuerbarer Energien basieren. Dazu muss die heutige Stromversorgung mit großen zentralen Kohle- und Atomkraftwerken auf ein enges Netz koordinierter, dezentraler Energieerzeugung umgestellt werden. Wir wollen, dass bis zum Jahr 2035 die gesamte Stromerzeugung in Baden-Württemberg ausschließlich mit erneuerbaren Energien erfolgt. Die technischen Voraussetzungen sind bereits gegeben.

Baden-Württemberg hat die Chance, an der Spitze der Erneuerung zu stehen und damit eine nachhaltige, zukunftssichere industrielle Basis mit massenhaft neuen Arbeitsplätzen zu schaffen. Wir alle sollten die drohende Klimakatastrophe als heilsamen Zwang begreifen.

Linke Umweltpolitik: demokratisch und sozial

Die Erneuerbaren Energien wie Windkraft, Photovoltaik und Biomasse müssen in Baden-Württemberg ausgebaut werden, um eine zukunftsfähige Energiepolitik zu etablieren. Bis 2020 müssen 40 Prozent des Strombedarfes über Erneuerbare Energien gedeckt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Forschung für die Erneuerbaren Energien ausgebaut und eine verlässliche und ausreichende finanzielle Förderung zum Beispiel durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) gesichert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die schädlichen Auswirkungen unseres Energiehungers nicht länger in die so genannte Dritte Welt exportiert werden wie bei Abbau von Uran, Kohle, Öl etc. Die Energie muss größtenteils in Deutschland produziert und negative Auswirkungen zum Beispiel auf Natur und Landschaft müssen reduziert werden. Die Produktion der Erneuerbaren Energien muss naturverträglich und effizienter erfolgen:

- Photovoltaikanlagen gehören auf Dachflächen und weniger auf Acker- und Grünlandflächen. Diese sollten insbesondere der Produktion von Nahrungsmitteln dienen.

- Zur Biogasproduktion sollen verstärkt organische Abfall- und Reststoffe sowie Landschaftspflegematerial verwendet werden, damit auf Acker- und Grünlandflächen Nahrungsmittel hergestellt werden können. Eine Förderung nach dem EEG ist nur zu gewährleisten, wenn mindestens 10 Prozent der Produktionsflächen von Biogassubstraten als ökologische Vorrangflächen vorgehalten werden.

- Die Zahl der Windkraftanlagen ist deutlich zu erhöhen, und bestehende Windkraftanlagen sind zu ertüchtigen (Repowering). Neuanlagen sollen in Zukunft einfacher und schneller in geeigneten Gebieten errichtet werden können. Ökologisch sensible Standorte wie Naturschutzgebiete, Kernzonen von Großschutzgebieten, bedeutende Rast-, Jagd- und Brutschutzgebiete inklusive Zugkorridore von Vögeln und Fledermäusen sowie landschaftlich einmalige Gebiete sind jedoch grundsätzlich von Windkraftanlagen freizuhalten.

Bereits geplante Kohlekraftwerke dürfen nicht gebaut werden. Beim Neubau von Kraftwerken fossiler Energieträger wird ein Wirkungsgrad von mindestens 90 Prozent vorgeschrieben, wie er durch Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung erreicht werden kann.

Bis 2020 beträgt der Anteil von Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung 25 Prozent. Der Ausbau von Nahwärmenetzen in den Kommunen wird verstärkt gefördert.

Ebenso wird die Steigerung der Energieeffizienz in allen Sektoren angestrebt, und es werden Anreize

zur Senkung des Energieverbrauchs bis 2020 um 20 Prozent gegeben. Es soll mehr Fördermittel für die energieeffiziente Gebäudesanierung geben und weitere Gebäudearten in die Fördermittelvergabe einbezogen werden. Nachtspeicherheizungen sind zügig auszutauschen.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Energie- und Wasserversorgung ist unabdingbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss demokratisiert werden. Hierfür bieten sich zwei einander nicht ausschließende Wege an: (a) die Rekommunalisierung und (b) die verstärkte staatliche Lenkung der Energieerzeugung. Wo immer sich die Möglichkeit bietet, ist die Rekommunalisierung durch die Landesregierung bevorzugt zu unterstützen mit dem Ziel der Wiederherstellung der Autonomie der Stadtwerke als wichtigem Rückgrat der kommunalen Daseinsvorsorge.

- Die zurückgekauften EnBW-Anteile müssen in Landesbesitz bleiben.

- Bezahlbare Energiepreise auch für einkommensschwache Haushalte.

- Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie.

- Keine neuen Kohlekraftwerke.

- Verstärkte Förderung der Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien, vor allem der Netzintegration erneuerbarer Energien. Staatliche Förderung energiesparender Technologien. Durch entschiedenes Umsteuern sind die Voraussetzungen zu schaffen, damit der Strom baldmöglichst komplett mittels erneuerbare Energien produziert werden kann.

- Die Entkopplung der Stromnetze von der EnBW und die Wiederherstellung der Autonomie der Stadtwerke als wichtigem Rückgrat der kommunalen Daseinsvorsorge und des Energiemanagements.

- Wiedereinführung der Strom- und Gaspreiskontrolle.

- Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden. Das Land muss Vorbild bei der energetischen Erneuerung landeseigener Gebäude sein.

- Hilfe bei der Erstellung von Solarkatastern und Gebäudekatastern für alle Gemeinden.

- Die Abscheidung und Verpressung von CO₂ in unterirdischen Anlagen lehnen wir konsequent ab.

- Konsequente Förderung der privaten und genossenschaftlichen Investitionen in erneuerbare Energien, zum Beispiel indem kostengünstig Dächer und andere Flächen für Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt werden.

- Ausweisung aller für Windkraftanlagen geeigneten Standorte in Baden-Württemberg unter Abwägung aller naturschutzrechtlichen Belange.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Energiewende für Baden-Württemberg:

- Erneuerbare Energien wirken als Motor für den Arbeitsmarkt.

- Regionale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien.

- Dezentrale Energieversorgung bedeutet Stärkung der Kommunen durch Rekommunalisierung. Mit Stadtwerken können die kommunalen Einnahmen erheblich verbessert werden, die Bürgerinnen und Bürger bestimmen über ihre Energieerzeugung selbst.

Baden-Württemberg als Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien hätte Vorzüge wie zum Beispiel:

- Eine saubere Energieversorgung.

- Dauerhaft stabile Strompreise mit Erzeugerkosten von wenigen Cent pro Kilowattstunde, deutlich unterhalb der zu erwartenden Erzeugungskosten konventioneller Kraftwerke.

- Unabhängigkeit von Energieimporten und mehr Versorgungssicherheit durch viele dezentrale Kraftwerke.

- Milliarden, die in der regionalen Wirtschaft verbleiben, wenn sie nicht für Öl, Gas, Kohle und Uran ins Ausland gehen.

Dieses Energiekonzept führt zu mehr Versorgungssicherheit. Es macht unabhängig von stark schwankenden Weltmarktpreisen für Öl, Gas, Kohle und Uran sowie deren umweltzerstörende Förderungen. »Die BP-Katastrophe im Golf von Mexiko ist eine Folge falscher Energiepolitik«, sagt Sven Teske, Energieexperte bei Greenpeace International. »In Menschen und Arbeitsplätze zu investieren statt in Brennstoffe, zahlt sich mehrfach aus: Es schützt das Klima, spart Anpassungskosten und nutzt der Wirtschaft.«

Energie und Ressourcen einsparen

Etwa 30 Prozent des CO₂-Ausstoßes in Baden-Württemberg entstehen bei Heizwärme und der Warmwasseraufbereitung. Hier bieten sich große Einsparpotenziale, die zum einen stetig steigende Mietnebenkosten reduzieren und Aufträge für das Handwerk bringen würden. Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes muss drastisch beschleunigt werden, da bislang jährlich lediglich 2 Prozent des Gebäudebestands energetisch saniert werden, obwohl 70 Prozent aller Gebäude ohne Vorgaben zur Wärmedämmung

errichtet wurden. Die energetischen Standards für Gebäude sind grundsätzlich zu verschärfen. Das Ziel muss im Wohnungsbau das Null-Energie-Haus sein, und bei Komplettrenovierungen ein Anteil von 50 Prozent an Wärmebedarf aus erneuerbaren Energien. Hierbei ist durch zinsgünstige öffentliche Kredite (Energy-Contracting) abzusichern, dass Mieten und Nebenkosten in der Summe nicht steigen. Hierzu ist das Erneuerbare-Energie-Wärme-Gesetz Baden-Württembergs anzupassen. In Gewerbe- und Industrieanlagen sind Einsparpotentiale durch Gesetze und Verordnungen stärker zu aktivieren. Auf Landesebene ist ein kapitalintensiver Fonds einzurichten, der landesweit Contracting-Maßnahmen zur energetischen Sanierung des Gebäudebestands finanziell absichert. Maßnahmen zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs in der Industrie sind zu fördern. Die Energie-Agenturen in Baden-Württemberg sind dauerhaft aus Steuermitteln zu finanzieren.

Energieeffizienz steigern

Dezentrale Kleinanlagen wie Blockheizkraftwerke oder Biogasanlagen sind deutlich effizienter als fossile und atomare Großkraftwerke, da neben der Stromerzeugung auch die entstehende Abwärme zum Heizen genutzt werden kann. Energieeffizienz betrifft aber auch alle technischen Komponenten wie beispielsweise Haushaltsgeräte. DIE LINKE fordert gesetzliche Standards nach dem neuesten Stand der Technik (Top-Runner-Prinzip). Nur die effizienteste Technik darf marktfähig werden. Forschungsergebnisse im Bereich der Energieeffizienz an öffentlichen Hochschulen müssen für alle frei zugänglich sein.

Erneuerbare Energien ausbauen

Die gegenwärtige Stromerzeugung in Baden-Württemberg basiert im Wesentlichen auf Atomenergie (circa 50 Prozent) und fossilen Energiequellen (circa 36 Prozent). Die erneuerbaren Energien haben nur einen Anteil von rund 14 Prozent. Die Landesregierung setzt sich in ihrem »Energiekonzept 2020« das bescheidene Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent im Strommarkt zu erhöhen. Mit den 20 Prozent bleibt die Landesregierung auch deutlich hinter dem Ziel der Bundesregierung, die bis 2020 einen Anteil von 30 Prozent Erneuerbarer Energie anstrebt.

DIE LINKE fordert den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien: 40 Prozent bis 2020! Dafür ist auch eine großzügigere Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen notwendig. Beschränkungen sind umwelt- und raumverträglich zu reduzieren. Im Rahmen des Baurechts ist der Einsatz von regenerativen Energien stärker einzufordern.

Verkehrspolitik – für ein neues Mobilitätskonzept

Die Landesregierung setzt weiterhin auf eine Politik des Straßenbaus, welche die Naturräume zerschnei-

det, die Böden versiegelt und enorme Mittel und Ressourcen für die Instandhaltung bindet. Jedes Ausbauprojekt der Straßeninfrastruktur ruft weiteren Verkehr hervor und schafft damit neue Kapazitätsengpässe.

Die Situation im öffentlichen Nahverkehr ist vor allem im ländlichen Raum oft katastrophal. Dabei ist ein leistungsfähiger ÖPNV ein wichtiger Schlüssel, den umweltschädlichen individuellen Personenverkehr zurückzudrängen. Zum Symbol der verfehlten Politik der schwarz-gelben Regierung ist das Prestige- und Spekulationsobjekt Stuttgart 21 geworden.

Das Bahnprojekt mit einem geschätzten Kostenumfang von zehn Milliarden Euro, das städtebaulich und ökologisch irreversible Schäden anrichtet, wird von über der Hälfte der Bürgerinnen und Bürger landesweit und von mehr als Zweidrittel der Menschen in Stuttgart selbst abgelehnt. DIE LINKE unterstützt aktiv die Widerstandsbewegung.

DIE LINKE setzt auf die Vermeidung von Verkehr, auf die konsequente Verlagerung der Mobilität auf öffentliche Verkehrsmittel und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Um allen Bedürfnissen nach Mobilität gerecht zu werden, bedarf es integrierter Mobilitätskonzepte auf Gemeinde- bzw. Kreisebene, die unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Verhältnisse Bus, Bahn, Car-Sharing, Fahrrad und Fußwege sinnvoll vernetzen und durch einheitliche Zugangs- und Abrechnungssysteme ein unkompliziertes Umsteigen in alternative Verkehrsträger ermöglichen. Das Land schafft die gesetzlichen Voraussetzungen, damit Gemeinden und Landkreise die Aufgabenträgerschaft für ein gesamtes Mobilitätsangebot erhalten, und fördert die Erstellung der Konzepte und deren Umsetzung organisatorisch und finanziell.

DIE LINKE fordert:

- Die sofortige Einstellung des Projektes »Stuttgart 21« und Priorität für die Realisierung des K21-Projekts im Zusammenhang mit einer auch regionalverkehrstauglichen Schnellbahnstrecke Ulm-Stuttgart und des Ausbaus der Rheintalstrecke mit der dazu erforderlichen vierspurigen Tunnelstrecke durch Rastatt und der Trassenführung im Breisgau entlang der Autobahn.

- Weitere wichtige Schienenprojekte sind: die Elektrifizierung der Strecken Ulm-Friedrichshafen-Lindau und Ulm-Wertheim-Aschaffenburg; die Elektrifizierung und der zweigleisige Ausbau der Strecke Aalen-Ulm; die Bodensee-Gürtelbahn und die Hochrheinbahn, die Reaktivierung der Strecke Calw-Weil der Stadt und der zweigleisige Ausbau der Gäu- und der Murrbahn und der Strecke Friedrichshafen-Lindau, ebenso die Schnellbahnstrecke Mannheim-Frankfurt und der Ausbau der Strecke Heidelberg-Mannheim.

- Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs durch attraktivere Preise, einen landesweiten integralen Taktfahrplan und umfassende räumliche Erschließung. Öffentliche Investitionen in die Bahninfrastruktur, die den sozialökologischen Umbau des Landes fördern und dauerhaft Arbeitsplätze schaffen.
- Ein sozial gestaffeltes Nahverkehrsticket in einem landesweiten barrierefreien Verkehrsverbund für Baden-Württemberg. Mittelfristig wird ein kostenloser ÖPNV angestrebt.
- Ein ÖPNV-Finanzierungsgesetz auf Landesebene;
- Bürgerbahn statt Börsenbahn: DIE LINKE lehnt die Privatisierung der Deutschen Bahn ebenso wie die anderer Verkehrsbetriebe in Baden-Württemberg ab. Die Verkehrsbetriebe sind – gerade im ländlichen Raum und vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen – Teil der Grundversorgung.
- Autofreie Modell-Stadtteile; Beseitigung von bürokratischen und bauordnungsrechtlichen Hindernissen für solche Vorhaben;
- Ausbau des Radwegenetzes, Vorrang für Fahrräder sowie für Fußgängerinnen und Fußgänger in den Städten;
- Emissionsobergrenzen für Neuwagen;
- kein weiterer Ausbau von Flughäfen in Leistungsumfang und Fläche sowie Kerosinbesteuerung im Flugverkehr.

Land- und Forstwirtschaft erhalten und stärken

Mit seinen Tälern und Bergen, Streuobstwiesen und abwechslungsreichen, kleinparzellierten Äckern ist Baden-Württemberg eine kleinstrukturierte Kulturlandschaft. Die Kleinbetriebe wirtschaften überwiegend nachhaltig und umweltschonend, aber sie sind im globalen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig. Dies zwingt Landwirte unter den gültigen Marktbedingungen zur Intensivbewirtschaftung, die durch hohen Chemikalien-, Energie- und Kunstdüngereinsatz die Boden- und Gewässerqualität vermindert.

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg stehen vor großen Problemen. Immer mehr Betriebe geben auf oder Landwirte werden zu Teilzeitlandwirten. Die EG-Subventionen bevorzugen vor allem die industrialisierte Landwirtschaft. Des Weiteren sind die Landwirte einer Marktmacht von Lebensmitteldiscountern ausgeliefert. Ein ruinöser Wettbewerb hat im konventionellen Bereich begonnen und erfasst jetzt auch den Biomarkt. Viele Landwirte arbeiten heute – ohne Urlaub und Wochenende – doppelt so viele Wochenarbeitsstunden wie der Durchschnitt der Beschäftigten, um ihre Betriebe am Leben zu erhalten.

DIE LINKE Baden-Württemberg setzt sich für eine regionalisierte, nachhaltige Landwirtschaft ein

Wir wollen den Umbau der Landwirtschaft zur regionalen Versorgung der Bevölkerung mit gesunden, preiswerten Lebensmitteln. Die schon in Gang gesetzte Ökologisierung der Landwirtschaft muss weiter voran gebracht und sozial ausgestaltet werden. DIE LINKE will die Agrarsubventionen ausschließlich für die Förderung von Familienbetrieben und von Genossenschaften verwenden, die den Anforderungen an umwelt- und tiergerechtes Wirtschaften und an die Erzeugung gesunder, chemisch unbelasteter Lebensmittel genügen. Futtermittel sind vorrangig regional zu erzeugen.

DIE LINKE fordert:

- Förderung von Betrieben und Genossenschaften des Biolandbaus vor allem im Übergang von konventioneller zu nachhaltiger Feldbewirtschaftung;
- Förderung der regionalen Vermarktung, zum Beispiel durch Unterstützung kleiner Genossenschaftsmolkereien;
- Unterstützung der Landwirte als Energiewirte bei der Nutzung von Windkraft, Photovoltaik und Biogas aus Abfallprodukten;
- eine regionale Landwirtschaft, die mittels ökologisch-nachhaltiger Kreisläufe unsere Kulturlandschaft schützt, artgerechte Tierhaltung gewährleistet und gesunde Lebensmittel produziert. Tiertransporte sind so weit wie möglich einzuschränken.
- Lebensmittel müssen vernünftige Preise haben, damit die Landwirte von ihrer Arbeit leben können. Gleichzeitig ist jedoch sicherzustellen, dass alle Verbraucher Zugang zu gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln bekommen.
- Keine Gentechnik in der Landwirtschaft und kein Import von genmanipulierten Produkten;
- keine Subventionen im Gießkannenprinzip und keine Subventionierung der Lebensmittelindustrie;
- die Liefermengen müssen vertraglich festgelegt werden, um Überproduktion zu vermeiden.
- Agrarbetriebe erhalten Subventionen für Landschaftspflege und Artenschutz.
- Bessere Beratung für Landwirte, damit sie sich aus der Abhängigkeit von der Agrarindustrie lösen können. Die Landwirtschaftsämter müssen personell aufgestockt werden.
- Schutz von Zuchtbetrieben ohne Genmanipulation als Kulturträger, damit sie den Verdrängungswettbewerb mit den Saatgutmultis bestehen können.

- Die Agrarförderung des Landes und der EU soll in Zukunft nur noch nachhaltig wirtschaftenden Betriebe zugute kommen: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen! Die Agrarpolitik ab 2013 muss auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sozial und ökologisch umgebaut werden.
- Mindestens 10 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen sind als ökologische Vorrangflächen vorzuhalten, wie zum Beispiel Bienenflächen, Hecken, Gewässerrandstreifen, artenreiche Wiesen und Felder. Solche ökologischen Vorrangflächen zu erhalten und zu schaffen, muss die Voraussetzung für die Gewährung von Flächenprämien der EU-Agrarpolitik sein.
- Die Landwirtschaftsförderung muss bei den wirtschaftenden Bauern ankommen und nicht bei den Grundbesitzern.
- Um die Ausbeutung in ärmeren Ländern zu verringern und den Klimaschutz zu fördern, sind Futtermittelimporte zu reduzieren. Die Nutztierförderung ist auf Grünland-Aufwüchse zu heimischen Eiweiß- und Kohlenhydratträgern umzustellen.
- Die Mittel für das Agrarumweltprogramm MEKA und die Landschaftspflege sind sowohl insgesamt deutlich zu erhöhen als auch die Fördersätze. Eine naturverträgliche Landwirtschaft muss sich für die teilnehmenden bäuerlichen Betriebe lohnen.
- Einführung einer flächendeckenden Nachhaltigkeitsberatung für Landwirtschaftsbetriebe in Kombination, um eine sozialverträgliche und ökologische bäuerliche Landwirtschaft zu fördern.

Wald und Forst

Der Wald ist ein unersetzbarer, natürlich gewachsener Teil unserer Landschaft und Kultur und Rückzugsgebiet vieler Arten, sowie Speicher von Wasser und nährstoffreichen Böden. Ursprüngliche oder naturnahe Wälder gibt es heute kaum noch. Forste sind vom Menschen geschaffene, zumeist monokulturell angelegte Lieferanten nachwachsender Baustoffe und Energieträger. Die Forstwirtschaft ist heute vor allem darauf ausgerichtet, Gewinne zu erwirtschaften und die Investitionen gering zu halten. Aus diesem Grund wurden trotz Subventionen die Reviere vergrößert und das Personal reduziert, um Kosten zu sparen. Die schwache Widerstandsfähigkeit solcher Wälder führt immer wieder zu Problemen wie Schädlingsbefall oder Schäden durch Unwetter.

Anstelle einer rein betriebswirtschaftlich orientierten Forstwirtschaft macht sich DIE LINKE für eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung stark. DIE LINKE möchte langfristig die Umwandlung von 10 Prozent der Landesfläche in naturnahe Räume ohne wirtschaftliche Ausnutzung erreichen. Dies dient zum langfristigen Schutz der Klimaregulierung, Wasserversorgung und Artenvielfalt im Rahmen des Klimawandels.

DIE LINKE fordert:

- Verkaufsverbot für Holz aus nicht nachhaltiger Waldwirtschaft;
- bodenschonende Abbaumethoden;
- mehr naturnahe Mischwälder statt anfälliger Monokulturen;
- kein Personalabbau in den Forstbehörden;
- keine Dumpinglöhne in der Forstwirtschaft.
- Im Landeswaldgesetz werden Standards für eine natur-, umwelt- und klimaverträgliche Forstwirtschaft festgeschrieben (gute fachliche Praxis). Dazu gehören insbesondere der Vorrang der Naturverjüngung vor forstlichen Pflanzungen, die Einzelstammnutzung und Femelschlag vor flächigen Räumungen und angepasste Wilddichten.
- Die Holzvorräte im Wald werden nicht gemindert, sondern – wie auch der Alt- und Totholzanteil – deutlich erhöht, denn naturnahe Wälder sind wichtige Kohlenstoffsinken für den Klimaschutz.
- Die Wälder des Landes sind mittelfristig nach dem Forest-Stewardship-Council (FSC) zu zertifizieren. FSC ist ein international gültiges Zertifizierungssystem für eine ökologische und sozialverträgliche Holzproduktion.
- Der Anteil der Bannwälder ist mittelfristig auf mindestens 5 Prozent der Waldfläche des Landesforsts zu erhöhen, um die Ziele der Nationalen Strategie zur Sicherung der Biologischen Vielfalt zu erfüllen.
- Die Forstverwaltung darf nicht weiter kaputt gespart werden. Auch die Forstverwaltung muss verjüngt und nachhaltig entwickelt werden.

Verbraucherschutz ausbauen

Der Verbraucherschutz muss das vorrangige Ziel werden, die Interessen von Unternehmen und Konzernen sind dem unterzuordnen. Dazu müssen alle Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status Zugang zu neutraler Information und Beratung erhalten können. Gebührenfreiheit gehört ebenso dazu wie ein dezentrales Netz von Beratungsstellen und leicht verständliche, eindeutige Erklärungen der Produkte. Der Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom Produkthersteller durch unabhängige Institute erbracht werden. Die Lebensmittelkennzeichnung muss für den Verbraucher transparent und verständlich sein.

DIE LINKE fordert:

- Integration der Lebensmittelüberwachungsbehörden in die Landespolizei und die Aufstockung des Personals;

- Nahrungsmittelindustrie, Vertrieb und Gastronomie müssen häufiger kontrolliert werden, die Prüfergebnisse sind zu veröffentlichen.
- Regelmäßige unangekündigte Kontrollbesuche in der Lebensmittelverarbeitung und -produktion.
- Der Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit muss durch unabhängige Prüfinstitute erfolgen.
- Eine transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung, zum Beispiel die Ampelkennzeichnung. Genmanipulierte Produkte müssen deutlich als solche erkennbar sein.
- Verbot von Geschmacksverstärkern in Kindernahrung und von hormonell wirksamen Chemikalien in der Industrie;
- Kosten-Transparenz und faire Beratung durch Banken und Versicherungen.

Tourismus – sanft und ökologisch

Beim Ausbau des Tourismus in Baden-Württemberg folgt DIE LINKE dem Leitbild eines sozial gerechten, barrierefreien, ökologisch sanften und Ressourcen schonenden Tourismus. Urlaubs- und Erholungsgebiete sollen möglichst durch den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erschlossen werden. Wir befürworten die weitere Entwicklung des Fahrrad-, Wander-, Wasser- und Reittourismus. Wir sehen Tourismuspolitik auch als Mittel zur Entwicklung der Naherholung für Menschen aus den städtischen Zentren. Der Tourismus soll in all seinen Erscheinungsformen so umwelt- und sozialverträglich wie möglich gestaltet werden.

DIE LINKE fordert:

- Schutz der Beschäftigten der Tourismusbranche vor Lohndumping durch Tarif- und Mindestlöhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
- Mehr Möglichkeiten schaffen, dass auch Menschen mit niedrigem Einkommen Reise- und Erholungsmöglichkeiten nutzen können.

Raumordnung und Naturschutz – Lebensgrundlagen erhalten

Um unsere Umwelt zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten, muss vor allem die Versiegelung der Flächen gestoppt werden. Angesichts der zu erwartenden sinkenden Bevölkerungszahlen sind bei der Ausweisung neuer Wohnbau- und Gewerbegebiete strenge Vorschriften zu entwickeln. Statt bislang unversiegelter Flächen sollten bei Bedarf Baulücken und Industriebrachen genutzt werden. Dadurch würde auch der Lebensraum für Tiere und Pflanzen nicht weiter eingeschränkt. Die durch den Straßenbau

zerschnittenen Waldflächen sind für das Wild durch »Naturbrücken« wieder zu größeren zusammenhängenden Lebensräumen zu verbinden. Besonders schützenswerte Flächen wie Grünzüge und Grünzäsuren und Streuobstwiesen müssen vor jeglichem baulichen Eingriff bewahrt werden.

Um Schutzgebiete auszubauen und zu erhalten sowie für Renaturierungsmaßnahmen müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Gemeinden sollen nur dann neue Baugebiete ausweisen dürfen, wenn sie ein zu erwartendes Bevölkerungswachstum nachweisen können und unbebaute, aber ausgewiesene Bauflächen nur in geringem Umfang zur Verfügung stehen.

DIE LINKE fordert:

- Priorität des Schutzes der biologischen Vielfalt bei allen Eingriffen in die Natur. Prüfung der Wirkung auf die Ökosysteme auch bei kleineren baulichen Maßnahmen. Hierzu sollen aktive Umweltgruppen in den Gemeinden einbezogen werden.
- Die Aufnahme des Schutzes der Biodiversität (Artenschutz) in die Landesverfassung;
- Erarbeitung und Umsetzung eines Moorschutzprogramms. Ziel ist die Einführung und Unterstützung einer moorfördernden Landwirtschaft sowie die Renaturierung des überwiegenden Teils der renaturierbaren Moore in Baden-Württemberg.
- Landesprogramm zur Förderung der »Grünen Infrastruktur« – die zeitnahe Vorlage und Umsetzung eines landesweiten, flächenscharfen und behördenverbindlichen Biotopverbundplanes für mindestens 10 Prozent der Landesfläche;
- Umsetzung und Sicherung der Biotopverbundplanung in den Flächenplanungen im Land (Landesentwicklungsplan, Regionalpläne, Bauleitpläne etc.).
- Es wird ein erster Nationalpark in Baden-Württemberg eingerichtet, der mit ausreichend Finanzmitteln für Aufbau und Betrieb ausgestattet wird.
- Zur Erhaltung und Förderung des Europäischen Naturerbes Natura 2000 – einer EU-weiten Pflichtaufgabe – wird ein Finanzierungsinstrument geschaffen. Die schwarz-gelbe Landesregierung geht nach eigenen Berechnungen davon aus, dass zur Umsetzung von Natura 2000 mittelfristig die Haushalte-mittel für den Naturschutz um rund 30 bis 40 Millionen Euro erhöht werden müssen.
- Es wird ein flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden aufgebaut, die eine naturschutzorientierte Regionalentwicklung fördern und insbesondere die Umsetzung der Managementpläne für Natura-2000-Gebiete durch eine Beratung von Land- und Forstwirten und Organisation der Landschaftspflege sichern.

Original sozial – vor und nach der Wahl

CDU und FDP haben abgewirtschaftet – im Land wie im Bund. Ob es zu einem wirklichen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit kommt, entscheidet sich mit dem Einzug der LINKEN in den Landtag.

Alle Beispiele der zurückliegenden Jahre zeigen, dass SPD und Grüne nur unter dem Druck der LINKEN und der sozialen Bewegungen beginnen, ihre verfehlte Politik der Vergangenheit zu korrigieren. Nur der Einzug der LINKEN in den Landtag wird SPD und Grüne vor die Frage stellen, ob sie als unterwürfige Koalitionspartner der CDU existieren oder wirklich eine Politikwende einleiten wollen.

Im ersten Fall wird es im Landtag wenigstens nach langen Jahren wieder eine wirkliche Opposition geben, im zweiten Fall eröffnet sich die Chance einer gerechten Zukunft auch in Baden Württemberg.

Als Teil von gewerkschaftlichen Kämpfen, Bildungsstreiks, Umweltbewegungen und anderen Protesten werden wir auch nach den Wahlen für diese Forderungen eintreten.

Denn für DIE LINKE gilt:

»Original sozial – vor und nach der Wahl«.

Impressum:
DIE LINKE
Landesverband Baden-Württemberg

Landtagswahlprogramm 2011,
beschlossen vom Landesparteitag
DIE LINKE Baden-Württemberg
am 20./21. November 2010 in Stuttgart

Herausgeber:
Landesvorstand
DIE LINKE Baden-Württemberg
Marienstraße 3a
70178 Stuttgart
Telefon 0711/24 10 47
info@die-linke-bw.de

V.i.S.d.P.: Bernhard Strasdeit

www.dielinke-in-den-landtag.de